

Heft 188

Ausgabe 1 | 2012

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

SPÖW

Feminismus für alle!

Uta M. Biermann et al.
Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik
braucht neue Leitbilder

Vivien Barlen, Claudia Bogedan
Mind the gap! Arbeitszeiten von Frauen und
Männern zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Matthias Machnig
Politik neu denken – Die Bedeutung von
Fortschritt im Jahr 2012

Interview mit Timon Gremmels
„Der Atomausstieg allein ist noch
keine Energiewende“

Kurzum | von Felix Welti

Ob Peter Zwegat oder Angela Merkel: „Raus aus den Schulden“ ist Zeitgeist. Die Kritik des Kredits ist wohlfeil. Auf dieser Welle liegt auch die „Generationenbilanz“: Alle künftigen Renten- und Pensionsansprüche werden zur öffentlichen Verschuldung gezählt, die dadurch noch mehr Furcht erregt. Wäre es nicht am Besten, jeder zahlt nur für sich selbst?

Wer so denkt, rechnet auch die Ansprüche gegen den Staat auf das Existenzminimum zur öffentlichen, diejenigen der Kinder gegen ihre Eltern und der Eltern gegen ihre Kinder zur privaten Schuld. Dann wird bewusst, dass jede menschliche Gesellschaft auf einem System wechselseitiger Ansprüche – und somit auch Schulden – aufbaut, je zivilisierter, arbeitsteiliger und längerfristig, desto mehr Schulden und Ansprüche gegen Mitmenschen und Gesellschaft bestehen.

Kurzum: Die schuldenfreie Gesellschaft taugt nicht als Utopie.

Schuld und Sühne, Soll und Haben, Anspruch und Gegenforderung sind nicht ohne Grund Kategorien von Religion, Ökonomie und Recht. Sie basieren auf Vertrauen und Verantwortlichkeit. Der Gläubiger muss glauben, dass Schulden bezahlt werden, der Schuldner muss Verantwortung übernehmen. Werden Vertrauen und Verantwortung in der bewussten Selbstverwertung von Kapital aufgelöst, erscheinen Aufnahme und Tilgung, Zins, Stundung oder auch Erlass nicht mehr als bewusste Entscheidungen, sondern als fremde Macht.

Private Schulden werden individuell, öffentliche Schulden politisch entschieden und verantwortet. Wird dies nicht mehr erkennbar, ist das Vertrauen in die gegenseitige Verpflichtung gefährdet. Wenn sich Individuen oder Staaten nur noch als Objekte ihrer Verschuldung in Schuldknechtschaft empfinden und nicht mehr als Subjekte von Ökonomie und



↳ Dr. Felix Welti ist Professor an der Universität Kassel am Institut Sozialwesen des Fachbereichs Humanwissenschaften und im spw-Zusammenhang aktiv.

Foto:privat

Politik, untergräbt der Kapitalismus sein Fundament.

Kurzum: Schulden sind gefährlich, wenn scheinbar freie Entscheidungen von Marktsubjekten die Freiheit abschaffen, über Schulden bewusste Entscheidungen zu treffen. Finanzmärkte müssen so reguliert werden, dass Individuen und Staaten das nötige Maß an Freiheit bleibt.

Staaten verschulden sich, um Schwankungen der Wirtschaft auszugleichen oder um zu investieren. Dann entsteht der Glaube an Rückzahlung aus künftiger Wertschöpfung. Staaten können sich auch verschulden, um aktuelle Verteilungskonflikte aufzuschieben. Das kann legitim sein. Nur muss der aufgeschobene Konflikt irgendwann entschieden werden. Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ist das vernünftigste Mittel dazu. Wer die schuldenfreie Gesellschaft propagiert, denkt öfter an die eigene Steuerschuld als an seinen Sparbuchzins, der auf den Schulden anderer Leute oder des Staates beruht. Solidarität bedeutet gemeinsame Schuld. Der soziale Rechtsstaat stellt sich dem Auftrag, die gemeinsame Schuld der Gesellschaft zu organisieren, um ihre gemeinsamen Ansprüche zu befriedigen. Europa kann das nur noch als Union sozialer Rechtsstaaten tun, wenn es in einer gemeinsamen Ökonomie verbunden ist.

Kurzum: Auf den Punkt bringt es Art. 1 Abs. 2 im Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR: Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleicher. ■

■ Meinung

Arbeitsmarkt: Chancen für Alleinerziehende endlich wirklich verbessern! | Gabriele Hiller-Ohm 4

Debatte:

ACTA – Vom Symptom zum Wendepunkt? | Leonhard Dobusch 5

Kulturfltrate statt Acta 2.0 | Nathalie Golla 6

„Der Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende“

| Interview mit Timon Gremmels, MdL 7

Was bringt das neue Familienpflegezeitgesetz? | Lena Oerder 10

■ ■ Im Fokus: Feminismus für alle!

Einleitung zum Schwerpunkt | Claudia Bogedan, Katharina Oerder 12

Feminismus: Kritik und Intervention | Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff, Alexandra Scheele 16

Feministische Interpretationen heute | Katharina Oerder 21

Mind the gap! Arbeitszeiten von Frauen und Männern zwischen Wunsch und Wirklichkeit | Vivien Barlen, Claudia Bogedan 25

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik braucht neue Leitbilder | Uta M. Biermann et al. 30

Die Geschichte der Frauenbewegungen in Ost- und Westdeutschland | Gisela Notz 35

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Gysis Geheimnisse | Tom Strohschneider 40

Stichwort Wirtschaftspolitik: Der europäische Fiskalvertrag und das Wachstum in der Eurozone | Arne Heise 41

Die aktuelle Zahl | Claudia Bogedan 43

Gewerkschaften und Genossenschaften: Versuch einer Positionsbestimmung | Walter Vogt 44

Politik neu denken – Die Bedeutung von Fortschritt im Jahr 2012 | Matthias Machnig 48

Georgien: Libertäres Experiment am Rande Europas | Matthias Jobelius 54

Latenter Kultur-Rassismus ist der Ursprung unserer Probleme | Erkan Ertan 59

Von Frankreich lernen? Nicht immer hilfreich | Stephan Klecha 63

Rezensionen:

Ausgewählte Schriften von Paul Levi auf Englisch | Thilo Scholle 65

Welchen Fortschritt wollen wir? | Thilo Scholle 66

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen: Frühjahrstagung „Marx Heute“ Teil&2 68

DL 21 Aktuell: Die Verteilungsfrage ins Zentrum rücken 69

Fünf Fragen an... Burkhard Zimmermann 70

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schlesingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspel (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:
Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhring
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:
Claudia Bogedan
Katharina Oerder
Michael Reschke

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Michael Reschke
Telefon 0176 - 642 840 03
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:
spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231 - 2 02 00 11
Telefax 0231 - 2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:
Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: www.fotolia.com © unitypix.

Bildnachweis:
S.40 www.fotolia.com © electriceye,
S.41 www.fotolia.com © ferkelraggae

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Februar 2012

Arbeitsmarkt: Chancen für Alleinerziehende endlich wirklich verbessern!

von Gabriele Hiller-Ohm

Wer Arbeit sucht, muss gleiche Chancen haben in Arbeit vermittelt zu werden – ungeachtet der familiären Lebensverhältnisse. Davon sind wir leider weit entfernt. 41 Prozent der Alleinerziehenden sind abhängig von Leistungen nach SGB II – im Vergleich zu acht Prozent der Paarhaushalte mit Kindern. Sie sind öfter und wesentlich länger im Leistungsbezug. Dabei sind sie weder besonders jung oder kinderreich, noch bildungsarm, unmotiviert oder arbeitsmarktfremd. Dass sie auf dem Arbeitsmarkt eine Problemgruppe darstellen, liegt allein daran, dass sie zeitlich eingeschränkter sind als andere, weil sie für ihre Kinder allein die Verantwortung tragen. Dies ist in der heutigen Arbeitswelt ein großer Nachteil. Die Folge: Alleinerziehende verdienen weniger, sind öfter befristet beschäftigt und häufiger in unfreiwilliger Teilzeit als Mütter aus Paarhaushalten. Sie profitieren zudem nicht von familienbezogenen Leistungen wie dem Ehegattensplitting oder der kostenlosen Mitversicherung. Alleinerziehende sind also bei der Arbeitssuche auf gute Unterstützung durch die Jobcenter angewiesen. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2009 veröffentlichte Studie zeigte jedoch: Alleinerziehende wurden schlechter beraten, waren kaum in Maßnahmen, schlossen weniger Eingliederungsvereinbarung ab und wurden seltener vermittelt. Das ließ auch bei Ministerin von der Leyen endlich die Glocken läuten: Alleinerziehende sind seit 2010 einer von sechs Geschäftsschwerpunkten der Bundesagentur für Arbeit. Immer mehr Alleinerziehende sitzen nun in Maßnahmen der Jobcenter. Familienfreundliche Jobs, gute Bezahlung und Aufstiegschancen bleiben ihnen aber weiterhin verschlossen. Um tatsächliche Verbesserungen zu erzielen, muss sich die gesamte Arbeitsmarktpolitik verändern und



☞ Gabriele Hiller-Ohm ist SPD-Bundstagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Foto:privat

der Lebenswirklichkeit von Alleinerziehenden Rechnung tragen.

Geforderte Arbeits- und Wegzeiten sind oft viel zu lang. Auch kann von Alleinerziehenden ein Umzug verlangt werden, der sie oftmals ihre privaten sozialen Unterstützungsnetzwerke kostet. Gehen sie eine neue Partnerschaft ein und gründen einen gemeinsamen Haushalt, ist der neue Partner sofort einstandsverpflichtet, und nicht wie bei Paaren ohne Kinder erst nach einem Jahr. Konsequenz: Alleinerziehende im Leistungsbezug bleiben meist alleinerziehend. Solche strukturellen Barrieren müssen abgeräumt werden. Weil vor allem Frauen betroffen sind, muss Gleichstellungspolitik im SGB II endlich Gesetz werden. Die Jobcenter müssen ihren Auftrag wahrnehmen, Kinderbetreuung sicherzustellen. Dafür braucht es überall gute und ganztägige Betreuungsangebote. Alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen müssen auch in Teilzeit angeboten werden. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen könnten die hohe Bedarfsquote der Alleinerziehenden deutlich reduzieren und ihre Chancen auf existenzsichernde Beschäftigung verbessern. Vor allem: Wir müssen dringend wieder über kürzere Arbeitszeiten sprechen! Die Arbeitswelt muss sich endlich den Erfordernissen von Familien anpassen und nicht umgekehrt. Gerechte Chancen für alle Frauen auf dem Arbeitsmarkt - dies darf in einer Demokratie nicht nur auf dem Gesetzesblatt stehen. Auch ökonomisch betrachtet werden wir nur mit der Kompetenz und dem Fleiß der Frauen wettbewerbsfähig bleiben. ■

Debatte: ACTA – Vom Symptom zum Wendepunkt?

von Leonhard Dobusch

Bis zum Beginn der jüngsten Protestwelle war das Anti-Piraterie-Abkommen ACTA symptomatisch für Regulierung im Bereich des Immaterialgüterrechts. So ist ACTA nur das letzte einer Reihe internationaler Abkommen zu Urheber- und Patentrechten, deren Entstehung immer demselben Schema folgte. Zuerst wird auf Drängen finanzstarker Industrie-Lobbys im Geheimen ein Entwurf für ein Abkommen mit dem Ziel stärkerer Immaterialgüterrechte ohne Rücksicht auf Grundrechte, Gemeinwohl oder Interessen von Entwicklungsländern ausgearbeitet. Früher, wenn ein Beschluss im Rahmen internationaler Foren anstand, oder später, wenn wie bei ACTA an diesen vorbei verhandelt wurde, wird der Entwurf publik und sorgt für meist kleinere Proteste von auf das Themenfeld spezialisierten Verbänden und NGOs. In Reaktion darauf werden die meistkritisierten Passagen durch mehrdeutige oder unklare Formulierungen ersetzt. Denn die ProponentInnen solcher Abkommen wissen, dass internationale Abkommen ohnehin in nationales Recht übersetzt werden müssen; für Forderungen, die sich auf internationaler Ebene nicht durchsetzen lassen, kann so auf der jeweiligen nationalen Ebene neuerlich lobbyiert werden. Mit dem Abkommen sind dann aber schon einmal erste Pflöcke eingeschlagen, hinter die kein Unterzeichner mehr zurück kann.

So lief das im Vorfeld des 1995 beschlossenen TRIPS-Abkommens¹ in der Welthandelsorganisation (WTO), so lief das im Vorfeld der 1996 verabschiedeten Copyright-Verträge unter dem Dach der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und so lief das bis vor kurzem im



↳ Dr. Leonhard Dobusch ist Postdoc am Institut für Management der Freien Universität Berlin und leitet als Fellow im Rahmen der stiftung neue verantwortung das Projekt „The Business Web“.

Foto: © Astrid Dünkelmann

Vorfeld von ACTA. Größere öffentliche Proteste gab es kaum: die Materie galt als zu sperrig, die internationale Ebene als zu weit weg und die Industrielobbys als zu mächtig.

Und so sind bei ACTA weniger einzelne restriktive Vorschriften das Problem, obwohl es eine Reihe solcher enthält. Das Hauptproblem ist vielmehr, dass ACTA ein weiterer Schritt in die falsche Richtung immer stärkerer, immer breiterer und immer längerfristiger Immaterialgüterrechte ist. Schon heute ist das Urheberrecht in vielerlei Hinsicht mit alltäglichen Internutzungspraktiken nicht mehr kompatibel. Der Abmahnwert der durchschnittlichen Facebook-Seite eines 16jährigen wird bisweilen auf 10.000 Euro taxiert.² Gleichzeitig behindert die enorme Zunahme trivialer Patente Innovation mehr als sie zu fördern, von patentbedingten Problemen bei der Herstellung von lebensrettenden Generika-Medikamenten in Entwicklungsländern ganz zu schweigen.

Bleibt die Frage, ob die aktuellen und in ihrer Dimension beispiellosen Proteste gegen ACTA einen Wendepunkt darstellen. Voraussetzung dafür wäre jedoch nicht nur, dass ACTA eingemottet wird, sondern dass sich die ganze Regulierungsdebatte im Bereich von Urheber- und Patentrechten dreht. Und zwar um 180 Grad in Richtung kürzere Schutzfristen, engerer Regelungsbereich und Ausdehnung von Schranken zu Gunsten von Bildung, Forschung, Remix und neue Online-Nutzungspraktiken. ■

¹ TRIPS bezeichnet das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum.

² Vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,813571,00.html>

Debatte: Kulturflatrate statt Acta 2.0

von Nathalie Golla

Ein wenig verwundert kann man schon sein, über die Wucht, mit der Anti-ACTA-Proteste in vielen europäischen Städten auf die Straßen getragen worden sind. Die Sorge darüber, dass das Internet so wie wir es kennen, durch ACTA am Ende sein könnte, hat sich mancherorts bis an die Grenze zur Hysterie gesteigert. In Deutschland haben die Proteste zu einem Etappensieg geführt: die Justizministerin sieht vorerst von einer Unterzeichnung des Vertrages ab. Das bedeutet einen Zeitgewinn, der sich nutzen ließe, um im Windschatten der öffentlichen Aufmerksamkeit über ein neues UrheberInnenrecht zu diskutieren – ab hier bitte frei von Hysterie. Manche sagen, ACTA ändere nichts am bestehenden UrheberInnenrecht und an dessen Durchsetzung. Der in ACTA festgeschriebene sogenannte „Goldstandard“ zum Schutz geistigen Eigentums sei in Deutschland schon lange Gesetz und werde nun lediglich auf alle unterzeichnenden Nationen ausgedehnt. Diese Exegese des Vertragstextes greift zu kurz. Auch wenn ACTA keine konkreten Maßnahmen gegen RechteverletzerInnen neu einführt, so schließt er in seiner juristischen Unbestimmtheit doch nichts aus. Der EU-Kommission wäre auf Basis von ACTA der Erlass von Richtlinien möglich, die die Befürchtungen der ACTA-GegnerInnen bestätigen. Da sich große Teile der EU vorwiegend als Gemeinschaft zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen verstehen – um nichts anderes geht es bei ACTA – ist bei so viel Auslegungsfreiheit zu Gunsten von RechteinhaberInnen Skepsis angebracht.

Dieses Problem ließe sich mit Konkretisierungen, Änderungen und Ergänzungen im Vertragstext lösen. Und trotzdem: auch ein solches ACTA 2.0 bliebe falsch, denn der Vertrag ist im Kern faul. Er stützt sich auf einen überholten Begriff des UrheberInnenrechts.



⇒ Nathalie Golla ist Medienwissenschaftlerin und im Juso-Bundesvorstand zuständig für Netz- und Medienpolitik.

Foto: privat

Die Rechte der UrheberInnen zu schützen ist richtig. KünstlerInnen sollen von ihrer Arbeit leben können. Doch die gratis-Mentalität genießt im Netz offenbar längst Gewohnheitsrecht, was die Legitimität eines mit Repressionen durchgesetzten alten UrheberInnenrechts nicht gerade steigert. Ein neues UrheberInnenrecht muss darauf reagieren, dass (nicht kommerzielles!) Kopieren, Verändern und Weiterverbreiten von Werken Teil der Kommunikationskultur im Internet ist. Zudem ist die Verständigung auf eine Schutzdauer von Werken notwendig, die den beschleunigten Kommunikationsgewohnheiten Rechnung trägt. Überlange Schutzzeiten und die Vererbung von Rechten gehören auf den Prüfstand.

Besonders strittig ist die Suche nach neuen Erlösmodellen. Hier muss auf beiden Seiten die Einsicht her, dass ein „weiter so“ auf Dauer entweder den KünstlerInnen oder den NutzerInnen schadet. Niemand will die Kreativindustrie ausbluten sehen. Das Internet darf aber auch nicht zur Distributionsinfrastruktur der Contentindustrie verkommen, wo deren Interessen mit harschen Repressionen durchgesetzt werden. Ein universeller Zugang zu künstlerischen Werken für alle bei gleichzeitiger Entlohnung für die KünstlerInnen berücksichtigt die Interessen von NutzerInnen und UrheberInnen gleichermaßen und macht die intensive Verfolgung illegalen Zugriffs auf Content überflüssig. Konzepte einer Kulturflatrate liegen bei einigen Parteien schon länger in den Schubladen. Jetzt ist die Zeit, sie wieder hervorzuholen und zur Diskussion zu stellen. ■

„Der Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende“

Interview mit Timon Gremmels, MdL



☞ Timon Gremmels ist Abgeordneter und Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in Hessen.

Foto: privat

spw: Im Angesicht der Atom-Katastrophe von Fukushima am 11. März 2011 und des gesellschaftlichen wie parlamentarischen Protestes beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung am 30. Juni 2011 den Ausstieg vom Ausstieg. Wo steht die Energiewende in Deutschland aktuell?

» **T.G.:** Um es gleich vorwegzunehmen: Der Atomausstieg allein ist noch keine Energiewende. Ein klares Konzept, wie die Energiewende in konkrete Politik umgesetzt werden soll fehlt bis heute. Das Ziel der Bundesregierung, den Stromanteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 35 Prozent zu steigern, stammt noch aus der Vor-Fukushima-Zeit. Wenn man bedenkt, dass wir Ende 2011 bereits einen Anteil von 20 Prozent Erneuerbarer Energie am Strommix hatten, ist das Ziel unambitioniert.

Der größte Hemmschuh bei der Umsetzung ist die Bundesregierung selbst. Statt die Energiewende voranzubringen, arbeiten Wirtschaftsminister Rösler (FDP) und Umweltminister Röttgen (CDU) mehr oder weniger offen gegeneinander. An einer echten erneuerbaren und dezentralen Energieversorgung hat insbesondere Rösler kein Interesse. Mit seinem offenen Kampf für eine Deckelung der Einspeisevergütung für Photovoltaik schadet er der deutschen Solarindustrie massiv. Statt Ressortgeschachere und Kompetenzgerangel brauchen wir ein Energieministerium, indem alle für eine Energiewende relevanten Fäden zusammenlaufen.

spw: Kampagnen gegen die Energiewende und Zweifel gegenüber ihrer Realisierbarkeit und vor allem dem auch von der SPD vertretenem Tempo des Umstieges auf Erneuerbare Energien wurden von der fossilen Energielobby immer wieder an ein einem drohenden Verlustes der Versorgungssicherheit festgemacht. Nun liegt der erste Winter mit nur noch 9 von 17 AKWs hinter uns. Wie haben sich Versorgungssicherheit, Stromimporte und -exporte dargestellt?

» **T.G.:** Der Februar war mit Temperaturen von minus 20 Grad besonders kalt. Erstmals seit 15 Jahren konnte man auf der Außenalster wieder Schlittschuh laufen. Zwar musste auf die Kaltreserve bestehend aus Kohle und Gas zurückgegriffen werden. Wider allen Schreckensszenarien reichte der in Deutschland produzierte Strom, sogar für Exporte nach Frankreich. Die atomversessenen Franzosen, die ihre Wohnungen und Häuser mit strombetriebenen Heizlüftern wärmen, waren durch den heftigen Wintereinbruch auf Strom aus Deutschland angewiesen. Dass wir in diesem Winter dennoch knapp an einem Blackout vorbeigeschrammt sind hatte weder was mit der Kälte oder dem Atomausstieg zu tun, sondern mit Profitgier einiger Energiehändler.

Insgesamt haben wir 2011 – trotz acht abgeschalteter AKWs – immer noch mehr Strom exportiert als importiert: Der Strom-austauschsaldo mit den europäischen Nachbarländern weist einen leichten Ausfuhrü-

berschuss in Höhe von 5 Terawattstunden (TWh) auf. Auch die von Kritikern der Energiewende ins Feld geführte Preisexplosion beim Strompreis blieb aus. Er ist sogar im Laufe des Jahres 2011 wieder gefallen und hat das Preisniveau vor der Reaktorkatastrophe in Fukushima unterschritten.

Dennoch muss es uns gelingen, mittelfristig auf eine Kaltreserve aus Kohle zu verzichten. Wir brauchen dringend leicht regelbare und hocheffiziente Gaskraftwerke, die wir bei Bedarf zuschalten können. Hier bedarf es sinnvoller Investitionsanreize. Gleiches gilt auch für Forschungs- und Investitionsmittel für den Ausbau der Speichertechnologie. Die „Power-to-Gas-Technologie“ liefert vielversprechende Ansätze. Mit der Einführung eines Speicherbonus in das EEG könnten entsprechende Mittel gewonnen werden.

spw: Die Energiewende ist mittlerweile zu einem Identitätsthema der Sozialdemokratie insgesamt geworden. Trotz des gesellschaftlichen Konsenses in der grundlegenden Zielrichtung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien wird der Umstiegsprozess – auch im Hinblick auf 2013 und mögliche Regierungskoalitionen – nicht konfliktfrei ablaufen. Wie wird energieintensiven Produktionsbranchen zu begegnen sein und welche sozialen Flankierungen sind nötig?

» **T.G.:** Es ist die Aufgabe für uns Sozialdemokraten darauf zu achten, dass die Energiewende nicht zu einer neuen sozialen Spaltung führt. Wichtig ist, dass die Befreiung der Großindustrie von der EEG-Umlage und den Netzentgelten nicht weiter ausschließlich von den Verbrauchern über einen erhöhten Strompreis getragen wird. Die privaten Stromkunden könnten entlastet werden, wenn sich die schwarz-gelbe Bundesregierung endlich bei der energetischen Gebäudesanierung bewegt und die Kosten nicht allein auf die Länder abgewälzt werden. Auch stellt der Finanzminister deutlich

weniger Mittel für zinsgünstige KfW-Kredite für die Energetische Gebäudesanierung zur Verfügung als geplant. Ebenfalls von der FDP abgeblockt ist der Vorschlag von EU-Energiekommissar Oettinger, die Energieversorger zu verpflichten ihren Kunden Energiesparmaßnahmen wie Doppelglasfenster oder Hausdämmungen zu finanzieren, um den Verbrauch um jährlich 1,5 Prozent zu drücken. Wie in Dänemark, Großbritannien, Italien, Frankreich und Belgien schon üblich sollen die Energieversorger dafür höhere Preise pro Kilowattstunde berechnen können. Selbst diesen halbherzigen Vorschlag von Oettinger diffamiert Rösler als Instrument der Planwirtschaft und macht stattdessen lieber klassische Klientelpolitik für die Großindustrie. Dabei vergisst, der Bundeswirtschaftsminister zum einen, dass energetische Gebäudesanierungsprogramme ein Konjunkturprogramm für das mittelständische Handwerk darstellen würde. Zum anderen ist die Erneuerbare-Energien-Industrie ein echter Jobmotor. 2011 gab es rund 380.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich. Die Erneuerbaren Energien steuerten im letzten Jahr einen zweistelligen Milliardenbeitrag zur kommunalen Wertschöpfung bei.

spw: Als ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg der Energiewende gilt die gesellschaftliche Akzeptanz. Wie kann diese gegenüber neuen Bebauungsplänen, Strominfrastrukturprojekten oder auch neuen Normen im Baurecht - wie bspw. der berühmten Marburger Solarsatzung - erhöht werden?

» **T.G.:** Die Akzeptanz spielt eine entscheidende Rolle. Die Bürgerinnen und Bürger sind an Anlagen der erneuerbaren Energien direkt und indirekt zu beteiligen. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Widerstand gegen ein Windkrafttrud schwindet, wenn es nicht einem anonymen Investor, sondern dem örtlichen Stadtwerk, oder der Genossenschaft gehört, an der man sich selbst beteiligen kann. Wenn den Bürgern

vermittelt wird, dass durch die Einnahmen aus einer Windkraftanlage der Kindergartenbesuch für die Eltern beitragsfrei gestellt werden kann, steigt die Zustimmung.

Insgesamt müssten den Kommunen allerdings mehr Rechte für eine dezentrale Energiewende eingeräumt werden. In Hessen hat schwarz-gelb durch eine Änderung der Bauordnung den Kommunen die Möglichkeit genommen, Vorgaben wie die vielbeachtete Marburger Solarsatzung zur Einführung einer „solaren Baupflicht“ zu erlassen. Desweiteren erschwert die Gemeindeordnung den Kommunen aktiv in die Energieerzeugung einzusteigen. Dies ist besonders ärgerlich, da die SPD den Kommunen beim Umbau der Energieversorgung hinzu dezentralen und kleinteiligen Strukturen eine Schlüsselrolle einräumt.

Was die Akzeptanz für den Netzausbau angeht, widersprechen sich Verfahrensbeschleunigung und Akzeptanzsteigerung. Ich halte es für problematisch, wenn künftig die großen Höchstspannungstrassen nicht mehr in den betroffenen Regionen, sondern von der Bundesnetzagentur am grünen Tisch geplant werden. Von mehr Bürgerbeteiligung kann da nicht gesprochen werden. Auch ist zu hinterfragen, ob der Umfang des von der Dena geplanten Netzausbaus wirklich nötig ist, wenn man verstärkt auf dezentrale Lösungen setzt.

spw: Welche Maßnahmen und Stellschrauben sind in den Bundesländern zu ziehen, denen eine hohe Bedeutung im Transformationsprozess zu kommen?

» **T.G.:** Die Bundesländer sind mitunter deutlich weiter und ambitionierter als der Bund. Es ist ein Wettlauf unter den Ländern in Sachen Energiewende entbrannt. NRW und Baden Württemberg haben innovative Klimaschutzgesetze in Vorbereitung. Rheinland-Pfalz hat sich das ambitionierte

Ziel gesetzt, sich bis 2030 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien zu versorgen. Und selbst das CDU geführte Hessen, das unter Ministerpräsident Volker Bouffier zu lange auf Atomkraft aus Biblis und auf Steinkohle aus dem Kraftwerk Staudinger gesetzt und gegen „Windkraftmonster“ hetzte, hat sich von SPD und Grünen überzeugen lassen: Mit Hilfe der Onshore-Windkraft, deren Anteil von unter 0,4 Prozent der Landesfläche mehr als verfünffacht werden soll, wollen sich die Hessen von ihrem letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern bei der Windkraftnutzung hocharbeiten. Da die Länderkompetenz aber beschränkt ist, brauchen wir 2013 einen Regierungswechsel im Bund. Mit dem von der Energiekommission des SPD-Parteivorstands unter Federführung von Thorsten Schäfer-Gümbel und Ulrich Kelber erarbeiteten Grundsatzpapier, das vom Bundesparteitag mit breiter Mehrheit getragen wurde, sind wir gut aufgestellt, um der Energiewende neuen Schwung zugeben. ■

☞ Das Interview führte Michael Reschke.

Was bringt das neue Familienpflegezeitgesetz?

von Lena Oerder

Seit Anfang diesen Jahres gibt es ein neues Abkürzungs-konstrukt in der Politik: FPfzG. Hierhinter verbirgt sich der neuste Bürokratisierung des BMFSFJ: Ein Gesetz zur Förderung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf, welches ohne Rechtsanspruch auskommen soll.

Das FPfzG soll eine befristete Arbeitszeit-reduzierung aufgrund von Pflegeverpflichtungen eines nahen Angehörigen erleichtern. Muss eine ArbeitnehmerIn (AN) aufgrund von Pflegeverpflichtungen die Arbeitszeit reduzieren, so ist dies in aller Regel mit einem Rückgang des Entgelts verbunden. Hier soll das FPfzG eingreifen, indem die Arbeitgeb-erInnen (AG) 50 Prozent desjenigen Betrags weiterhin an die AN auszahlen, um die die Arbeitszeit reduziert wird. Beispiel: Ein Arbeit-nehmer reduziert seine Arbeitszeit um die Hälfte. Grundsätzlich würde er sodann ledig-lich die Hälfte des ursprünglich vereinbarten Entgelts erhalten. Bei entsprechender Einig-ung zwischen AN und AG bekämen die AN jedoch 75 Prozent des Ursprungsgehalts aus-gezahlt. In dieser so genannten Pflegephase, welche auf zwei Jahre begrenzt ist, erhalten die AN also ein erhöhtes Entgelt.

Eckpunkte des Gesetzes

Bei der Finanzierung des Aufstockungsbe-trags (die Differenz zwischen Entgelt für tat-sächlich geleistete Arbeit und erhöhtem Ent-gelt) soll nun das FPfzG in's Spiel kommen. Schließen AN und AG eine Vereinbarung über die Inanspruchnahme der Familienpflegezeit ab, erhalten die AG für die gezahlten Aufsto-ckungsbeiträge ein zinsloses Darlehen einer staatlichen Bankengruppe. Im Idealfall sollen die AG diese Beträge also wieder an die Bank zurückzahlen. Dies soll in der Nachpflegepha-se geschehen. In dieser Phase arbeitet der AN



↳ Lena Oerder ist Promotionssti-pendiatin mit dem Forschungsschwer-punkt „Durchsetzung von Entgelt-gleichheit zwischen Männern und Frauen“ im WSI (Wirtschafts- und So-zialwissenschaftliches Institut) der Hans Böckler Stiftung.

Foto: privat

(im obigen Beispiel) wieder zu 100 Prozent, erhält aber nur 75 Prozent seines Entgelts. Die Nachpflegephase dauert so lange, bis der monetäre Vorteil wieder gänzlich ausgegli-chen ist – also in der Regel entsprechend der Zeit der ersten Phase. Neben der schriftlichen Vereinbarung muss für den Erhalt des Dar-lehens die Pflegebedürftigkeit der angehörigen Person nachgewiesen sowie eine Familien-pflegezeitversicherung abgeschlossen wer-den. Diese durch die AN zu finanzierende Ver-sicherung, deckt das Risiko des Todes und der Berufsunfähigkeit vor vollständiger Rückzah-lung des Darlehens ab. Ersten Schätzungen zu Folge sollen die monatlichen Kosten bei circa 15 Euro liegen.

Während der Inanspruchnahme der Fami-lienpflegezeit (inklusive der Nachpflegepha-se) dürfen die AG die betreffenden AN nur „in besonderen Fällen“ kündigen. Hierfür bedarf es der Zustimmung der obersten Landesbe-hörde für Arbeitsschutzsachen. Kündigen die AG den AN, obwohl noch negatives Wert-guthaben vorhanden ist, sind die AN nur bei einer Kündigung aufgrund ihres Verhaltens verpflichtet, das Wertguthaben auszuglei-chen. Problematisch beim Kündigungsschutz ist, dass dieser wohl erst mit Beginn der Pfl-egezeit eintritt und nicht bereits ab Verhand-lungen über den Abschluss einer Vereinba-rung, ähnlich wie bei § 5 PflegeZG.

Scheinaktionismus statt belastbarem Rechtsanspruch

Bereits nach der Analyse der Eckdaten des Gesetzes wird deutlich, warum die Effektivität in der Praxis in der Fachliteratur als eher gering eingeschätzt wird: Nicht nur ist der Versicherungszwang der AN sicherlich abschreckend, in einer Phase des Lebens, in welcher ohnehin monetäre Einschnitte hingenommen werden müssen. Als problematisch muss auch die Tatsache angesehen werden, dass essenzielle Fragen ausdrücklich zur Disposition der Parteien gestellt wurde. So sollen die Bedingungen bei vorzeitigem Ende der Pflegezeit durch Tod oder Heimunterbringung der pflegebedürftigen Person zwischen AG und AN ausgehandelt werden!

Das FPfzG steht und fällt mit den Verhandlungen zwischen AN und AG. Solche Verhandlungen können am erfolgreichsten von solchen AN bestritten werden, die wegen besonderer Qualifikationen o.ä. ein besonders gutes Standing oder hohes Sanktionspotential bei bzw. gegenüber ihren Vorgesetzten haben. Bei dieser Gruppe von AN kann aber vermutet werden, dass sie auch ohne die Darlehens-Variante (denn andere Anreize bietet das Gesetz den AG nicht) mit ihren AG zu einer tragbaren Lösung kommen könnten aufgrund ihrer Marktmacht und in der Regel vergleichsweise hohen finanziellen Ressourcen. Anders bei weniger qualifizierten AN: Weder könnten sie ein solches Verlangen gegenüber ihren AG realistisch durchsetzen, noch ist zu erwarten, dass sie regelmäßig die Gehaltseinbußen bzw. die Versicherungsprämie hinnehmen könnten. Damit blieben lediglich solche AN, welche „in der Mitte“ dieser Varianten stehen. Auch diese müssen allerdings erst den Mut aufbringen, ihre AG um etwas zu bitten, auf das sie ausdrücklich keinen Rechtsanspruch haben. Angesichts des verschärften Kündigungsschutzes und des bürokratischen Aufwands des Darlehens droht

die Bereitschaft der AG ohnehin nicht zu ausgeprägt zu sein.

Ministerin Schröder sagte in einem Interview: „Ich bin überzeugt, dass das Gesetz auch ohne Rechtsanspruch einen großen Erfolg haben wird“. Auch die 2001 abgeschlossene Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft basiert im Wesentlichen auf Freiwilligkeit der Unternehmen. Die relative Wirkungslosigkeit dieses Instruments ist nicht zuletzt in den immer noch geringen Zahlen von Frauen in Führungspositionen abzulesen.

Sicher, man mag argumentieren, dass ein Gesetz ohne Anspruch besser sei als gar kein Gesetz. Bedenkt man aber den fast schon euphorischen Ton, in welchem vom BMFSFJ in der letzten Dekade rechtliche Instrumente angepriesen wurden, deren voraussichtliche Ineffektivität bereits vor Inkrafttreten in der Fachliteratur weitaus größere Beachtung finden als deren Nutzen, so drängt sich einem der Verdacht von Scheinaktionismus zu Lasten der Beschäftigten immer mehr auf. Damit wäre dann auch die Eingangsfrage beantwortet. ■

¹ <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles,did=175072.html>

Feminismus für alle!

Einleitung zum Schwerpunkt

von Claudia Bogedan und Katharina Oerder



Foto: www.fotolia.com, © unitypix

Auf dem Bundesparteitag wurde nach Jahren der Auseinandersetzung der „Reißverschluss“ bei der Listenaufstellung endlich in der Satzung der SPD verankert. Die Kanzlerin und ihre konservativen Regierungskolleginnen diskutieren derweil über die Quote von Frauen in den höchsten Führungsgremien deutscher Unternehmen. Man könnte denken, die Frage der Gleichstellung der Geschlechter ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Geschlossene Männerbünde in Politik und Wirtschaft scheinen heute nicht mehr salonfähig zu sein. Ein großer Erfolg gegenüber vergangenen Zeiten.

Wer sich heute mit dem Thema Feminismus und Geschlechterungleichheit auseinandersetzt, muss sich daher immer wieder

rechtfertigen, keine rückwärtsgewandten Debatten zu führen oder längst vergangene Schlachten zu kämpfen. Wozu also nun ein erneuter spw-Schwerpunkt zu Feminismus?

1. Unerwartetes Comeback: Feminismus wieder auf der öffentlichen Tagesordnung

Nach einer eher Feminismus-feindlich geprägten Umgebung um die Nullerjahre herum, wird nun wieder über das „F-Wort“ gesprochen. Überraschend jedoch, wer genau da über Feminismus redet:

Es war nicht die SPD, die dieses Thema wieder auf die Tagesordnung geholt hat. Die gesellschaftliche Debatte verläuft diesmal weitestgehend losgelöst von linken Par-

teien und Lehrstühlen. Vielmehr sind es das Feuilleton oder die Wirtschaft, die Frauen als Arbeitskräfte benötigen, und die jungen und erfolgreichen Frauen selbst, die es satt haben, sich zwischen Kindern und Karriere aufzureiben.

In vielen Beiträgen und Büchern haben sie damit die Rede vom „neuen Feminismus“ bewirkt. Genauso umstritten wie viele ihrer Themen (Pornographie, Prostitution), ist auch die Frage, was überhaupt neu ist, an diesem Feminismus. Sind es nicht die gleichen Problematiken nur in neuen Gewändern wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, (finanzielle) Gleichstellung im Beruf, Partizipationsmöglichkeiten in allen Ebenen der Gesellschaft (Führungspositionen, Politik)?

Dieser Kampf um Begrifflichkeit und Vereinnahmung wird wie immer besonders erbittert innerhalb der Feministinnen und Feministen selbst geführt. Trotz aller Debatte um die Begrifflichkeit, ob alt, ob neu, ist es eine Errungenschaft dieser neuen Akteurinnen, „Feminismus“ wieder auf die Tagesordnung geholt zu haben.

Veränderte Akteurslandschaft heißt, auch veränderte Bündnisse schmieden zu müssen bzw. zu können. Nicht mehr nur feste institutionalisierte Zusammenschlüsse wie die Frauenausschüsse der Gewerkschaften sind heutzutage Anlaufstellen für einen linken Feminismus. Auch lose Bündnisse von Frauen, kurzfristige Initiativen, single-issue-Gruppen müssen als Kooperationspartnerinnen gewonnen werden. Mit dem Barcamp und dem spd-fem.net haben engagierte junge Sozialdemokratinnen solche Angebote für die junge Generation geschaffen. In der Breite der Partei und insbesondere in der traditionsstarken ASF herrschen jedoch noch eingetretene Pfade und herkömmliche Bündnisstrukturen vor.

2. Zweifel an der Entwicklungsrichtung sind angebracht. Gleichstellungspolitischer Fortschritt verläuft nicht zwangsläufig

Die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten sind kein Überbleibsel aus vergangenen Tagen, die sich von selbst auflösen werden. Trotz der erzielten Erfolge ist das Verschwinden „gläserner Decken“ und des „gender pay gaps“ nicht bloß eine Frage der Zeit. Auch heute werden Geschlechterunterschiede täglich konstruiert und weitergegeben. Aussagen wie „typisch Frau“ oder „typisch Mann“ zeigen die tiefe kulturelle Verwurzelung geschlechtlicher Stereotype, die sich trotz rechtlicher Gleichstellung noch zahlreich in Strukturen niederschlagen: angefangen von den typischen „Frauenberufen“ über Debatten zur Mutterrolle bis hin zum Wunsch der Familienministerin nach einer finanziellen Förderung eines Ausstiegs aus der Erwerbsarbeit („Herdprämie“).

Trotz zahlreicher Belege für erreichte Gleichstellung und gewonnener (Wahl-)Freiheiten wie Frauenwahlrecht, freie Berufs- und Studienwahl, hohe Bildungsmöglichkeiten, treffen Frauen daher auch heute noch auf strukturelle und ideologische Barrieren. Diese wirken heute oftmals subtiler und verdeckter und erschweren somit eine Aufdeckung und gesellschaftliche Bearbeitung. Gegen ein Gesetz vorzugehen ist schließlich deutlich einfacher und leichter nachzuvollziehen, als gegen Barrieren in den Köpfen zu kämpfen.

Trotz aller Erfolge: viele Problematiken für Frauen sind auch heute noch tagtäglich virulent. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer (im Durchschnitt 23 Prozent). Die Verantwortlichkeit für Familie und Haushalt, die sogenannten Reproduktionsaufgaben, verbleiben auch bei gesteigerter Erwerbstätigkeit der Frauen in deren familialer Zuständigkeit. Die Lösungen, um Familie und Beruf

zu vereinbaren, müssen Frauen daher immer noch individuell für sich selbst suchen und gestalten. Gleichzeitig wachsen junge Frauen mit der Anforderung auf, sowohl die familiäre Sorgeverantwortung zu übernehmen als auch ihre ökonomische Eigenständigkeit zu sichern (manifestiert durch das reformierte Unterhaltsrecht). Und auch von Sexismus und „Mädchen“-Denken sind wir noch immer nicht weit entfernt.

3. Gleichstellung verkommt zum Oberschichten-Projekt

Die derzeit in der Diskussion befindlichen politischen Maßnahmen zielen vor allem auf die verbesserten beruflichen Möglichkeiten gut qualifizierter Frauen. Hier besteht ein entsprechendes Interesse auch seitens der Wirtschaft. Zudem werden Frauen wie Familienministerin Kristina Schröder oder SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles als Beispiele angeführt, um zu unterlegen, dass heute Karriere auch ohne Verzicht auf Kinder („doppelte Vergesellschaftung“) möglich sei.

Das ist nicht an sich verwerflich. Allerdings wird dies dann zum Problem, wenn dieser Feminismus, wenn diese Bewegung gar nicht mehr den Anspruch hat, alle Frauen zu erreichen, sondern es sich in seinem Eliten-Feminismus schön behaglich macht und die soziale Frage auf die vielbeschriebene „gläserne Decke“ reduziert, ohne die Feminisierung prekärer, niedrig bezahlter Teilzeitarbeit zu beachten.

Unausgesprochen bleiben dabei insbesondere die ungleichen Voraussetzungen, die diesen Müttern gegenüber der Vielzahl der Familien die Vereinbarkeit ermöglichen. Nur bei massiven finanziellen Ressourcen oder personeller Unterstützung durch die Familie ist eine tatsächliche Vereinbarkeit, zumindest für Frauen, zu realisieren.

Gleichzeitig offenbart die Debatte um Minijobs, dass trotz des Bestrebens der Wirt-

schaft auf hoch-qualifizierte Frauen und ihre Ressourcen nicht zu verzichten, das Gros der Frauen nach wie vor gerne auch als billige und willige Arbeitskräfte ausgebeutet wird.

4. Gesellschaftliche Missstände werden versucht auf individueller Ebene zu lösen

Anstatt viele der Probleme als strukturelle zu begreifen, werden gleichstellungspolitische Probleme wie mangelnde Kinderbetreuung, diskriminierende Strukturen im Beruf oder in der Familie oftmals als individuelles Problem verstanden. In einer „Frauen können alles schaffen, wir müssen nur härter arbeiten“-Haltung werden sowohl persönliche Erfolge wie auch Verfehlungen individuell attribuiert und erklärt. Wenn eine Frau es an die Spitze eines Unternehmens geschafft hat, dann, weil sie selbst so effektiv und erfolgreich war, wer es nicht schafft war eben nicht fleißig genug. Dies führt dazu, dass hauptsächlich individuelle Lösungen wie Elterninitiativen zur Kinderbetreuung gesucht werden. Wem die Optimierung und Marktkonformität des eigenen Alltags nicht gelingt, ist entsprechend selber schuld.

Um selbstbestimmt leben zu können reicht es für Frauen aber nicht aus, in ihrem eigenen Leben zu verharren, und dort, allein im Privaten, eine Lösung für gesellschaftlich angelegte Probleme wie mangelnde Kinderbetreuungsstrukturen oder steuerliche Benachteiligungen zu suchen. Für ein wirklich selbstbestimmtes Leben müssen gesellschaftliche Strukturen verändert, kollektive Lösungen gefunden werden.

Beiträge im Schwerpunkt

Eine Diskussion um Feminismus im Jahr 2012 muss folglich drei Ziele erfüllen, für die wir mit den Beiträgen dieses Schwerpunkts die Diskussion eröffnen wollen: Es muss, **ers-****tens**, ein gemeinsames Leitbild entwickelt werden. Der Beitrag von *Uta Biermann und*

anderen diskutiert die Notwendigkeit eine übergreifende Zielstellung für eine kohärente sozialdemokratische Gleichstellungspolitik zu finden und stellt einen solchen Ansatz zur Diskussion. *Ingrid Kurz-Scherf und ihre Kolleginnen* beschreiben, dass auch heute trotz der Kritik an dem Dreigestirn der Moderne - nämlich die Idee der komplexen Gleichheit, der sozialen Freiheit und der emanzipatorischen Solidarität - diese auch heute noch zentrale Anknüpfungspunkte für einen (oder mehrere) neuen Feminismus bilden und leitend für diesen sein könnten.

Zweitens müssen, wie bereits oben angemerkt, neue Bündnisse geschmiedet und Verbündete gesucht werden. Doch mit wem haben wir es bei diesem „neuen Feminismus“ eigentlich zu tun? Wer sind die AkteurInnen, was sind ihre Ziele? In welchen Punkten finden wir Anknüpfungspunkte und wo eher nicht? Diesen Fragen spürt *Katharina Oerder* in ihrem Beitrag nach. *Gisela Notz* zeichnet in ihrem Beitrag die Entwicklung des Feminismus in Ost- und Westdeutschland nach und beschreibt Unterschiede und Parallelen in deren Geschichte. Sie liefert damit eine Erklärung für das Fehlen eines gemeinsamen feministischen Projekts in den vergangenen zwei Dekaden.

Drittens braucht es konkrete Ansatzpunkte für ein politisches Handeln. *Vivien Barlen* und *Claudia Bogedan* zeigen, dass die Verteilung von Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern eine zentrale Schlüsselgröße der Ungleichheiten im Arbeitsmarkt sind.

Mit diesem Heft wollen wir die Diskussion um den Feminismus des 21. Jahrhunderts neu entfachen, Kontroversen anstoßen und das Thema entlang zeitgemäßer Interpretationsvorschlägen zurück ins Zentrum einer kritischen, linken Politik rücken. Wir müssen neue Bündnisse für den Feminismus finden, ihn immer wieder zum Thema machen, konkrete, politische Lösungen für kon-

krete Probleme von Frauen heute aufzeigen, Gleichstellungspolitik stets als soziale Frage und Frage ökonomischer Teilhabe begreifen, gesellschaftliche Strukturen ändern und nicht nur im individuellen verhaften bleiben. Letztlich gilt es an der grundlegenden Idee gesellschaftlicher Emanzipation – und somit solidarischer, kollektiver Ansätze – als Notwendigkeit individueller Emanzipation anzuknüpfen. ■

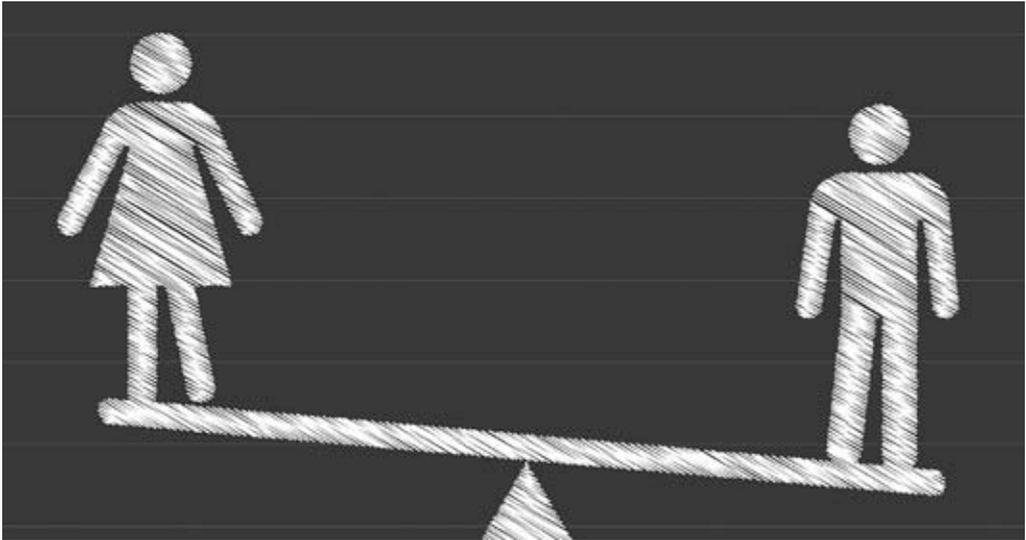
☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

☞ Katharina Oerder promoviert in Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität Bonn und ist Stellv. Juso-Bundesvorsitzende.

Feminismus: Kritik und Intervention

von Ingrid Kurz-Scherf, Julia Lepperhoff und Alexandra Scheele

Foto: www.fotolia.com, © Ideen.koch



Der Begriff des Feminismus spielt in der Debatte um Geschlechterverhältnisse eine zentrale Rolle: Dabei dient er den einen als Abgrenzungsfolie, zur Kennzeichnung einer scheinbar überholten, dogmatischen Vorstellung von Geschlechtergleichheit, anderen gilt er hingegen als Bezugspunkt für ein visionäres gesellschaftliches Projekt, in der die Verfasstheit der Geschlechterverhältnisse Indikator für den allgemeinen Zustand der Gesellschaft ist.

Angesichts dieser kontroversen Debatten über Feminismus wäre zunächst zu klären, ob Feminismus nur ein anderer Begriff für Frauenemanzipation, Frauenbewegung oder Gleichberechtigung ist. Was macht also Feminismus aus? Wir verstehen Feminismus als eine ebenso dynamische wie vielfältige Bewegung des Denkens und Handelns mit dem Ziel der Überwindung von Geschlechterhierarchien und Geschlechterstereotypen im Kontext eines insgesamt an sozial-emanzipatorischen Zielen und Kriterien orientierten gesellschaftlichen Wandels (vgl. auch Kurz-

Scherf u.a. 2009). Vor dem Hintergrund einer fundamentalen Umbruchperspektive, die mit solchen feministischen Wissenschafts- und Politikkonzepten verbunden ist, überrascht es nicht, dass auch innerhalb der sich als feministisch verstehenden Bewegung(en) eine intensive Kontroverse über normative Bezugspunkte sowie politische Inhalte und Interventionsformen geführt wird.

Wandel von Geschlechterverhältnissen – Anerkennung der Vielfalt

Diese Bewegung ist seit ihren Anfängen und in all ihren Wellen geprägt von Konflikten und Kontroversen, die ihren Ursprung in unterschiedlichen Lebenslagen und Lebenskonzepten wie aber auch in unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Orientierungen von Frauen (und Männern) haben. Die Konflikte und Kontroversen innerhalb der Frauenbewegung gewinnen in den letzten Jahrzehnten insofern eine neue Qualität, als sie sich einerseits im Kontext zunehmender

sozialer Ungleichheit entfalten, in dem sich die Ungleichheitsdimension Geschlecht gegenüber dem Bedeutungszuwachs anderer „Achsen der Differenz“ (Knapp/Wetterer 2003) relativiert. Gleichzeitig bringt sich die zunehmende soziale Ungleichheit gerade durch den Wandel der Geschlechterverhältnisse in ebenfalls zunehmendem Maße auch unmittelbar unter Frauen und nicht mehr nur vermittelt über Männer zur Geltung. Dies betrifft nicht nur *soziale* Ungleichheiten, sondern auch politische Divergenzen, ethnische Konflikte, altersbedingte Unterschiede und nicht zuletzt auch Diskrepanzen im sexuellen Begehren und in den individuellen Lebenskonzepten. Wenn sich in den letzten Jahrzehnten eine Einsicht früherer Frauenbewegungen bestätigt hat, so ist es die Erkenntnis: „Frausein allein ist kein Programm“ (Strobl). Das Frausein (im Sinn der jeweiligen Konstruktion von Geschlecht) stellt sich so unterschiedlich dar, dass sich darin unmittelbar kaum mehr Gemeinsamkeiten erkennen lassen. Auf den ersten Blick erscheint eine neue Solidarität unter Frauen auf der Grundlage der Anerkennung und mit dem Ziel der emanzipatorischen Überbrückung von Differenz zunächst unwahrscheinlich. Die aktuellen Feminismusdebatten scheinen die Skepsis gegenüber der Möglichkeit eines irgendwie substanziiell gefüllten, geschweige denn eines auf *ein* Projekt hin orientierten Feminismus nachhaltig zu bestätigen.

Gesucht: ein feministisches Projekt für das 21. Jahrhundert

Aber mit welchem Referenzsystem und in welchem normativen Kontext können die vielfältigen theoretischen Bezüge und Perspektiven, politischen Interventionsformen und zukünftigen Herausforderungen des Feminismus diskutiert und verfolgt werden? Wie lassen sich in ein solches Referenzsystem geteilter Normen und Werte unterschiedliche Vorstellungen von „gutem Leben“, individuellem Glück, sozialer Gerechtigkeit integrieren? Auch in feministischer Perspektive kann hier we-

der Einheit noch Einigkeit unterstellt werden. Wenn es denn überhaupt möglich werden soll, so etwas wie ein feministisches Projekt für das 21. Jahrhundert zu umreißen, so bedarf es doch einer Verständigung über grundlegende Anliegen und Anfragen, die hinlänglich Raum für Kontroversen lassen, die aber gleichzeitig auch die Grundlage von Verständigung und Kooperation bieten. Aus unserer Sicht geht es dabei vor allem um die Erneuerung der über den Status quo hinausweisenden utopischen und emanzipatorischen Momente feministischer Kritik, die den gegenwärtigen Wandel der Geschlechterverhältnisse im Kontext umfassender Transformationsprozesse gerade nicht nur als Formwandel patriarchaler Herrschaftsverhältnisse, sondern auch als Veränderung der Möglichkeitsbedingungen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität analysiert und in diesem Sinn auch befördert.

Plädoyer für einen sozial-emanzipatorischen Feminismus

Kritik und Intervention sind die Linien, an denen sich feministische Bewegung formiert und formuliert, an denen sie sich zugleich auch ausdifferenziert und in der Auseinandersetzung mit sich selbst und mit sich wandelnden Bedingungen und Herausforderungen beständig verändert. Feminismus ist ein Diskurs- und Politikfeld, in dem es um die Bearbeitung der wechselseitigen Verschränkung von Herrschaft und Geschlecht, um die Kritik an und die Überwindung von herrschaftlich geformten Geschlechterverhältnissen und geschlechtlich fundierten Herrschaftsverhältnissen geht. Feminismus steht nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern ist geprägt von den Verhältnissen, gegen die er sich wendet. Das im Weiteren skizzierte Verständnis von Feminismus als einer sozial-emanzipatorischen Bewegung an der Schnittstelle von Herrschaft und Geschlecht, die von „Unrechtserfahrungen“ ausgelöst und sich aus dem Begehren nach Gleichheit, Freiheit und Solidarität speist, kann und soll keine Allgemeingültigkeit bean-

sprochen. Es ist offenkundig verankert in der spezifischen Tradition genau jenes westlichen, modernen Feminismus, der seit langem und mit guten Gründen in der (Selbst-)Kritik steht. Tatsächlich ist das Plädoyer für einen modernen, sozial-emanzipatorischen Feminismus ein riskantes Projekt, liegt doch darin die Gefahr einer feministischen Verdopplung all jener Paradoxien und Pathologien der Moderne, die nicht zuletzt auch maßgeblich an der Herausbildung und den vielfältigen Metamorphosen moderner Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien beteiligt waren. Das Plädoyer für einen modernen, sozial-emanzipatorischen Feminismus erscheint auch zumindest all jenen als ein unzeitgemäßes Projekt, die der Postmoderne gefolgt sind, die das normative Dreigestirn der Moderne – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit (!) – als ideologische Fassade der tatsächlichen Unfreiheit und Ungleichheit und der vielfältigen Mechanismen von Ausgrenzung und Abwertung sowohl in den modernen Gesellschaften wie auch in ihrem Verhältnis zum „Rest der Welt“ sowie auch und vor allem im Geschlechterverhältnis enttarnt haben.

Tatsächlich kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass moderne Gesellschaften in ihrer ursprünglichen Konstruktion auf einem patriarchalen Geschlechter-, kapitalistischen Klassen-, technokratischen Natur- und kolonialen Weltverhältnis basieren, und dass all dies von den Begründern dieser modernen Gesellschaften nicht zuletzt auch im Namen der Gleichheit, der Freiheit und der Brüderlichkeit legitimiert wurde. Ebenso wenig kann ernsthaft bestritten werden, dass gerade dem Ausschluss von Frauen aus der „bürgerlichen Gesellschaft“ ein starkes Moment von Gewalt innewohnt(e), die Frauen nicht nur ausschließt, sondern zugleich auch der Vormachtstellung von Männern unterwirft – und zwar ausgerechnet mittels der vielleicht größten Errungenschaften der Moderne, nämlich des Rechts (z.B. Bürgerliches Gesetzbuch aus dem Jahr 1900) und der Wissenschaft (z.B. Philosophie der Aufklärung).

Gleichwohl erwachsen aber aus der Idee von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch jene „feministischen Herausforderungen“, die sich immer wieder neu zu verschiedenen Wellen und Strömungen von Frauenbewegung(en) verdichteten. Dabei wurde das normative Dreigestirn der Moderne allerdings auch selbst – mindestens in seinen androzentrischen Verkürzungen, Verzerrungen und Verwerfungen – zum Gegenstand feministischer Kritik. Vor allem das Gleichheitspostulat wurde hinsichtlich der darin oft enthaltenen „Logik“ der Ausgrenzung von Frauen und den damit verbundenen Zumutungen der Assimilation an die der Gleichheit zugrunde gelegten Kriterien und Maßstäbe kritisiert. Die Idee der Freiheit und das damit eng verbundene Konzept der Emanzipation wurden als Fehlkonstruktionen des modernen Subjekts zurückgewiesen, die das unaufhebbare Spannungsverhältnis zwischen Autonomie und Anerkennung in ein hierarchisches Konzept von (männlicher) Herrschaft und (weiblicher) Unterwerfung übersetzen. Die moderne Brüderlichkeit wurde als ideologischer Schleier moderner Formen von Herrschaft und Knechtschaft dechiffriert, die sich vor allem in der Ausbeutung, Ausgrenzung, Bevormundung, Benachteiligung und Missachtung von Frauen äußert. Die moderne Konstruktion von Frauen und Weiblichkeit als den Anderen und dem Anderen geht mit anderen Dimensionen, Komponenten, Achsen und Kategorien der Ungleichheit, Unfreiheit und Ausgrenzung einher, die aber immer auch noch das zusätzliche Moment von Geschlechterstereotypen und Geschlechterhierarchien beinhalten.

Komplexe Gleichheit – soziale Freiheit – emanzipatorische Solidarität

Nancy Fraser (1994/96) bezeichnet die Gleichheit, die wir meinen, als „komplexe Gleichheit“; auch Freiheit bedarf angesichts des vielfältigen Missbrauchs, der mit ihr betrieben wurde und wird, einer feministischen Spezifizierung als „soziale Freiheit“; Brüder-

lichkeit übersetzen wir mit Solidarität und wir geben ihr eine besondere Akzentuierung als „emanzipatorische Solidarität“. Das 21. Jahrhundert braucht einen neuen Feminismus, der die Frauenbewegung(en) der Vergangenheit kritisch (de)konstruktiv gebrochen fortführt, neue Herausforderungen und Impulse integriert, sich immer wieder selbst und kontrovers in Frage stellt und neu erfindet – also einen im Wortsinn modernen Feminismus, der seine Modernität in der Gegenwart aus der kritisch gebrochenen Tradition der Vergangenheit und dem Vorgriff auf eine politisch gestaltete Zukunft komplexer Gleichheit, sozialer Freiheit und emanzipatorischer Solidarität gewinnt. In einer feministischen Neuaufnahme des unvollendeten und mit vielfältigen Verzerrungen behafteten Projekts der Moderne erscheinen uns hinsichtlich der darin angelegten Kritik- und Politikperspektiven vor allem zwei Punkte als diskussionsbedürftig:

1. Ist die moderne Rationalität als solche auf den Ausschluss von Frauen hin angelegt, so dass sie die Gleichberechtigung von Männern und Frauen etwa in der Wissenschaft prinzipiell ausschließt? Ist die kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationslogik als solche und mit dem dieser Logik entsprechenden Verständnis von Arbeit und Eigentum prinzipiell unvereinbar mit der Gleichberechtigung der Geschlechter im Beruf? Ist die Konstruktion „Familie“ mit den ihr zugewiesenen Funktionen für die Reproduktion moderner Gesellschaften per se auf ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis ausgerichtet? Sind der bürokratische Verwaltungsstaat, die liberale Demokratie, die bürgerliche Öffentlichkeit, der moderne Kulturbetrieb etc. in ihrer inneren Verfassung und in ihrer Einbettung in die moderne Gesellschaft insgesamt strukturell und habituell auf männliche Dominanz ausgelegt? Basiert das Verhältnis der modernen Gesellschaften zur Natur ebenso wie zum Rest der Welt auf einem

ebenfalls systemisch und habituell gesicherten Gender-Code? Wir neigen dazu, diese und ähnliche Fragen zu bejahen, und erklären damit den Fortbestand der Geschlechterasymmetrie auch nach der Durchsetzung formaler Gleichberechtigung. Wir verbinden dies mit der Forderung nach einer grundlegenden Transformation moderner Gesellschaften in ihrer Systemkonfiguration ebenso wie in ihrer Subjektkonstitution.

2. Tatsächlich befinden sich moderne Gesellschaften in einem permanenten Prozess des Wandels. Auch die Geschlechterverhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Der Faktor Geschlecht fungiert zumindest formal nicht mehr als Ausschlusskriterium, und auch real stehen Frauen heute viele Möglichkeiten offen, die ihnen ehemals verschlossen waren. Hinsichtlich der Frage nach der Qualität dieser Wandlungsprozesse, also ob mit ihnen eine grundlegende Transformation derjenigen Konstruktionselemente moderner Gesellschaften einhergegangen ist, die ehemals auf den Ausschluss von Frauen hin angelegt waren oder doch zumindest diese Wirkung entfalteteten, sind wir skeptisch. Unsere Diagnose zeigt eine eher oberflächliche Modernisierung der Moderne mit der Konsequenz, dass die strikte Geschlechtertrennung mit der durchgängigen Ausgrenzung und Abwertung von Frauen lediglich in Geschlechterasymmetrie übergegangen ist, die aber weiterhin auf der systemisch, ideologisch und habituell befestigten Vormachtstellung von Männern gegenüber Frauen beruht. In dem Maße, wie Frauen diesem System der getrennten Geschlechterwelten entkommen, geraten sie unter einen zunehmenden Druck, sich genau den Verhältnissen anzupassen und genau die systemischen, ideologischen und habituellen Vorgaben als Orientierung

des eigenen Denkens und Handelns zu übernehmen, die einst ihren Ausschluss gewährleisteten. In der Konsequenz sieht sich die feministische Opposition gegen die „männliche Herrschaft“ (Pierre Bourdieu) mit dem Bestreben vieler Frauen nach gleichberechtigter Teilhabe an derselben konfrontiert. Ob sich auf diesem Wege tatsächlich eine Entpatriarchalisierung moderner Gesellschaften bewerkstelligen lässt, erscheint aus unserer Perspektive eher fraglich. Denn wäre nicht genau das der (endgültige?) Triumph „des Patriarchats“, wenn es ihm gelänge, die soziale Konstruktion von Männlichkeit – einschließlich ihrer auf Gewalt und Konkurrenz, auf Dominanz und eine spezifische Rationalität geeichten Komponenten – zu dem nun auch von Frauen akzeptierten Maßstab der Menschlichkeit zu erheben?

Nancy Fraser verfolgt mit ihrem Konzept „komplexer Gleichheit“ ein dazu entgegengesetztes Projekt – nämlich „daß die Männer dazu gebracht werden sollen, in einem stärkeren Maße so zu werden, wie die Frauen heute sind“ (Fraser 1994, 370). Der Emanzipationsvorsprung von Frauen gegenüber Männern liegt für Fraser vor allem in der Multidimensionalität weiblicher Lebenskonzepte, in denen Betreuungsarbeit mindestens den gleichen Stellenwert wie Erwerbsarbeit hat und die sich generell durch eine sehr viel größere Vielfalt und Dynamik auszeichnen als die überwiegend auf Erwerbsarbeit, Geld und Karriere fixierten Lebenskonzepte von Männern. Allerdings unterliegen auch weibliche Lebenskonzepte vielfältigen Begrenztheiten und Verzerrungen – und zwar nicht erst in ihrer Realisierung, sondern auch schon im Entwurf. Dementsprechend ließe sich daraus ableiten, dass sich Männer und Frauen gleichermaßen verändern müssen. „Männlich“ wäre dabei (ebenso wie „weiblich“) jedoch nicht als biologische oder essentialistische, sondern als empirisch-politische Kategorie zu begreifen: em-

pirisch insofern, als sie auf geschlechtstypisch vorrangig von Männern repräsentierte Lebenspraxen und -konzepte, Wert- und Normhierarchien, Denkstrukturen und Handlungsorientierungen abhebt; politisch insofern, als Männlichkeit im Kontext feministischer Kritik unabhängig davon, wer sie praktiziert oder propagiert, die Ausgrenzung und Abwertung von Frauen und von Weiblichkeit beinhaltet. Analog wären auch das viel diskutierte Subjekt des Feminismus, seine AktivistInnen und ProtagonistInnen nicht biologisch oder essentialistisch zu bestimmen, sondern empirisch-politisch als RepräsentantInnen der Geschlechteremanzipation. Die größte Herausforderung und zugleich der Kern des feministischen Projekts für das 21. Jahrhundert liegt aus unserer Sicht darin, dass es mit der Logik von Ausschlüssen und der Abwertung des Anderen zur Markierung des Eigenen bricht und – wie bereits Cornelia Klinger (1997, 192) vor einigen Jahren das Anliegen von Feminismus benannte – die Konstruktionsregel Geschlecht im Bauplan der Gesellschaft grundlegend umgestaltet. ■

↳ Dr. Ingrid Kurz-Scherf ist Professorin für Politik und Geschlechterverhältnisse am politikwissenschaftlichen Institut der Philipps-Universität Marburg.

↳ Dr. Julia Lepperhoff ist Professorin für Sozialpolitik an der Evangelischen Fachhochschule Berlin.

↳ Dr. Alexandra Scheele ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in Soziologie der Arbeit und der Geschlechterverhältnisse am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Literatur

■ Fraser, Nancy, 1994: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Honneth, Axel (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie. Frankfurt/M., 351-376.

■ Fraser, Nancy, 1996: Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt/M., 469-498.

■ Klinger, Cornelia, 1997: Liberalismus – Marxismus – Postmoderne. Der Feminismus und seine glücklichen oder unglücklichen „Ehen“ mit verschiedenen Theorieströmungen im 20. Jahrhundert. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Opladen, 177-193.

■ Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hg.), 2003: Achsen der Differenz. Münster.

■ Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.), 2009: Feminismus. Kritik und Intervention. Münster.

Feministische Interpretationen heute

von Katharina Oerder



Foto: www.fotolia.com, © Crum_I

Es wird wieder geredet über Feminismus. Dabei sind es jedoch weniger die SPD oder andere hergebrachte gesellschaftliche Bündnisse, als vielmehr einzelne Frauen und ihre Geschichten, die die Feuilletons dominieren. Es sind weniger universitäre feministischen Theorien, die im öffentlichen Diskurs um Gleichstellung, Rolle der Frau, Verhältnis der Geschlechter und Verständnis von Feminismus eine prominenten Rolle spielen, sondern stärker publizistische Einwürfe und Veröffentlichungen in Büchern und Zeitschriften und Blogs. Die Akteurslandschaft hat sich verändert und somit auch mögliche BündnispartnerInnen.

Einerseits können wir feststellen: junge Frauen sind heute selbstbewusster als je zuvor. Die jungen Frauen sind häufig besser ausgebildet, und glauben selbstsicher und optimistisch daran, dass die Zeit des „Entweder-Oder“ zwischen Kind und Karriere endlich vorbei sei. Sie wollen alles: im Chefessel sitzen *und* Zeit für Familie haben, Kinder bekommen *und* eigenes Geld verdienen. Auch feministische Bloggerinnen und Autorinnen wie beispielsweise die *Mädchenmannschaft* oder *Moderne Mädchen*, die weiterhin Missstände in der Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland anprangern, finden Land auf Land ab großen Anklang. Das neugegründete, feministische Popmagazin *Missy*

Magazin, räumt Preise ab und hat eine treue LeserInnenschar. All diese Elemente zeugen von einem neuen, positiven Selbstbewusstsein von Feministinnen und Feministen.

Andererseits erleben wir eine Zeit, in der meinungsbildende Magazine wie Spiegel, Focus und Co. von einem Revival der Geschlechterstereotype zeugen. Gerne wird erklärt, warum Frauen und Männer von „Natur aus“ unterschiedlich sind, warum Männer das eine besser können (einparken, im Dunkeln sehen, Länder regieren) und Frauen das andere (Emotionen zeigen und erkennen, Kinder erziehen). Abwechselnd werden die Gene, die Biologie oder die Evolution als Erklärungsmuster herangezogen. Die antifeministischen Züge dieser Debatte, die sich auch in Büchern wie „Die Emanzipations-Falle“ von der Zeit-Redakteurin Susanne Gaschke oder dem viel beachteten Werk der ehemaligen Tageschausprecherin Eva Hermann, „das Eva-Prinzip“, zeigen, werden gekrönt von offenem Frauenhass bzw. Frauenangst, die sich in geistigen Ergüssen wie beispielsweise Frank Schirrmachers „Männerdämmerung“ niederschlagen. In diesem beschreibt der Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) den Untergang des Abendlandes. Schließlich säßen auf den wichtigsten meinungsbildenden Posten, wie Talkshow-Moderation oder Vorsitz eines Verlagshauses, mittlerweile auffallend viele

Frauen. Die taz-Redakteurin Bascha Mika erweitert in ihrem Buch „Die Feigheit der Frauen“ den Diskurs um das Motto „Wenn Frauen ihre Chancen nicht ergreifen sind sie selber Schuld“. Auch hier wird statt eine gesellschaftlichen Gesamtverantwortung zu suchen die Verantwortlichkeit des Schicksals in die Hände der einzelnen Frauen selbst gelegt.

In eine ähnliche Kerbe schlagen, wenn auch etwas ungewollter, „konservative Postfeministinnen“. Nachdem der „Postfeminismus“ sowohl das biologische, als auch des soziale Geschlecht „dekonstruiert“ und als Kategorie abgeschafft hat, können diese auch nicht mehr diskriminiert werden. Feminismus sei längst überholt, Gleichstellungspolitik nicht mehr notwendig. Der Prototyp dieser Gattung, Familienministerin Kristina Schröder, hält das Werk der Gleichstellung für vollbracht. Ungleichbehandlungen zwischen Männern und Frauen seien nicht mehr zu erkennen. Vielen Dank Feminismus, du kannst abtreten.

Andere, liberal oder libertär angehauchte Akteure hingegen sind nicht mehr nur postfeministisch sondern gleich postgender. Das (soziale) Geschlecht ist damit sozusagen qua Definition aufgehoben. Mitglieder der Piraten-Partei sind zum Beispiel vielfach dieser Ansicht. Ungleiche Lebensentwürfe von Männern und Frauen sind damit nichts strukturelles mehr, sondern rein individuelle Lebensentscheidungen einzelner Menschen, Unterschiede reiner Zufall. So ist es eben auch reiner Zufall, dass in der Berliner Fraktion aus 15 Piraten nur eine Frau im Abgeordnetenhaus sitzt.

Feminismus heute

Die Strömungen der aktuellen Debatte, selbstbewusste Feministinnen, biologisch begeisterte Bewahrer und libertär wie konservative PostgenderistInnen, zeugen von recht unterschiedlicher Wahrnehmung und Interpretation der Realität. Nach Clara Zetkin, nach Simone de Bouvior, nach Judith Butler, wo steht der Feminismus heute?

Junge Frauen versuchen gerade in den letzten Jahren immer wieder, neue Methoden auszuprobieren und den Feminismus nach einer ziemlichen Durststrecke in der Dot-Com-Euphorie der 90er-Jahre wieder salonfähig zu machen. Damals war der Himmel weit, die Jobs unendlich, das Internet hatte das Geschlecht sowieso überflüssig bzw. unsichtbar gemacht. Viele junge Frauen (und auch Männer) hielten Geschlechterdiskriminierung für überwunden. Schließlich durften Frauen (theoretisch) alles: Politik machen, jeden Beruf ergreifen, zur Bundeswehr gehen, etc. Die vielen Schwierigkeiten, die sich weiterhin bei Berufseinstieg oder spätestens bei der Familiengründung einseitig für Frauen auftraten, wurden vielfach öffentlich ausgeblendet.

Die feministisch angehauchte Journalistin und Autorin Thea Dorn veröffentlichte 2005 das Buch „Die neue F-Klasse“ mit Essays und Interviews von erfolgreichen Frauen unterschiedlichster Profession. „Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird“ lautete ihr damals durchaus provokanter Untertitel. Obwohl auch hier ausschließlich von beruflich und finanziell erfolgreichen Frauen berichtet wird, schleichen sich bereits kritische Anmerkungen zu Frauenbildern, Rollenmustern und gesteigerten Erwartungen von außen und von Frauen selbst ein.

Den Ausschlag für eine Neuinterpretation des Feminismus gab jedoch Katja Kullman 2002 mit ihrer „Generation Ally“. In Anlehnung an die Ende der 90er prominente Fernsehserie „Ally McBeal“, in der als eine der ersten die Karriere einer jungen Frau im Mittelpunkt stand, lautete der passende Untertitel „Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein“. Die verschiedenen Ansprüche, die auf Frauen gleichzeitig wirken, wie: Karriere machen (weil es geht) und sich um Familie kümmern (weil es immer schon so war) wurden damit gleichzeitig thematisiert.

Während diese beiden Autorinnen vor dem Wort „Feminismus“ noch zurück schrecken

(„Der Feminismus ist tot, es lebe der F-Klassenkampf“ schrieb Thea Dorn beispielsweise), haben die 2008 erschienen „Alpha-Mädchen“ schon weit weniger Berührungängste. „Warum der Feminismus das Leben schöner macht“, so lautet ihr Untertitel. Die dort beschriebenen Problematiken, wie Identität des Feminismus, Sexualität und Schönheit, Medien und Mutterschaft, greifen zwar traditionelle Fragestellungen auf, erweitern diese jedoch um moderne Sichtweisen und Interpretationen. Die Mädchenmannschaft trifft damit einen Nerv der Zeit. Die Euphorie vieler (junger) Frauen ist auf dem harten Boden der Tatsachen, mit 23 Prozent Gehaltsunterschied, drohender Altersarmut, finanziellen Belastungen Alleinerziehender, subtilem Sexismus in den Büroetagen und 80 Prozent der Hausarbeit leisten zu müssen trotz Beruf, angekommen.

Aber auch mit anderen Protest- und Organisationsformen neben Publikationen versuchen Frauen immer wieder, auf ihre Ungleichbehandlung aufmerksam zu machen. Seit 2008 begehnen unterschiedliche, auch Kapital-nahe Organisationen wie das Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW) oder die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) sowie der Deutsche Frauenrat (DF) den Equal Pay Day. Dies bedeutet die Fortführung der politischen Wende unter der SPD-Familienministerin Renate Schmidt, Gleichstellungspolitik vor allem unter dem Aspekt der Arbeitsmarktreserve zu diskutieren.

Der öffentliche Fokus bei der „Frauenfrage“ hat sich verschoben. Anstatt auf „Gewalt gegen Frauen“ oder Beschneidungs-Problematiken in afrikanischen Ländern konzentrieren sich öffentliche Proteste gegen ungleiche Bezahlung und fehlenden Frauen in Führungspositionen. Frauen wollen weg von der Opferrolle und sich stark auch ökonomisch orientieren und teilhaben. Die politischen Partizipationsformen spiegeln den gesellschaftlichen Wandel weg von hergebrachten, hin zu neuen Protest- und Organisationsformen wider.

Gerade Internet-Kommunikation, Websites und Blogs ermöglichen es, mit wenig finanziellem Aufwand zu publizieren. So konnten feministische Blogs gerade junger AutorInnen realisiert werden. Gleichzeitig muss dabei jedoch bedacht werden, dass Blogs und Internetkommunikation nur eine eingeschränkte LeserInnen-schar erreichen und hoher sozialer Selektivität unterliegen. Tatsächlich breite gesellschaftliche Schichten mit diesem Medium zu erreichen, ist weder möglich, noch unbedingtes Ziel, da oftmals ein solches Sendungsbewusstsein fehlt.

Die Debatte um Rollenstereotype, Geschlechtlichkeit und Sexualität ist in diesen Foren häufig gar nicht in erster Linie eine politische, sondern eine theoretisch-normative. Die hegemonialen Strukturen dualer Geschlechtlichkeit sollen aufgebrochen, Transsexualität und Geschlechterpluralität diskursiv normalisiert werden. Das Problem des Postfeminismus nach Judith Butler und der Auflösung nicht nur des sozialen, sondern auch des biologischen Geschlechts ist eben, dass es nach dieser absoluten Dekonstruktion auch kein benachteiligtes Geschlecht mehr gibt, für das Frauenräume oder gesetzliche Unterstützung geschaffen werden müssten. Vorrangig ist die Problematisierung der (Un-)Gleichbehandlung von Menschen, die aus Rollennormen herausfallen, das Ziel dieser Debatte. Alltags- oder finanzielle Sorgen schlecht verdienender, aber sich in der Rollennormativität wohlfühlender Frauen, finden dort nur wenig Platz.

Eine gemeinsame „Veranstaltung“ dieser losen Verbindungen und punktuellen Zusammenschlüsse waren 2011 die „Slutwalks“. Ziel dieser weltweiten Demonstrationen war es, die Opfer-Täter-Umkehr der Vergewaltigungsmythemen anzuprangern. „Jede/r kann sich anziehen wie er/sie will, ohne, dass seine/ihre körperliche Integrität angegriffen werden darf“ – so die grob zusammengefasste Aussage dieser Demonstrationen. TeilnehmerInnen dieser Demonstrationen waren hauptsächlich junge Frauen, was durchaus ein grundsätzliches In-

teresse an gleichstellungspolitischen und feministischen Themen zeigt, vor allem wenn sie mit der Lebensrealität und unmittelbaren Alltagsfragen zu tun haben. Diese haben auch gezeigt, wie das Internet auch die globale Kommunikation einzelner, in ihren Ländern jeweils marginalisierter Gruppen (FeministInnen) vereinfacht und so ihre Schlagkräftigkeit stärkt.

Was bedeutet dies für linke Strategien?

Dass Feminismus wieder salonfähig geworden ist, ist eine zentrale Ausgangsbasis, für mögliche reale Veränderungen. Gleichzeitig benötigen wir jedoch eine politische, und das heißt auch parteipolitische, Vernetzung, um die aus der breiten Gesellschaft entstehenden Ideen und Anregungen auch schlagkräftig vertreten und gesetzgeberisch umsetzen zu können.

Das Beschreiben ihres eigenen, persönlichen Schicksals als Frau ist sozusagen die moderne Interpretation des alten Schlachtrufs der Frauenbewegung „das Private ist Politisch!“. Wichtig ist dabei jedoch, und immer gewesen, dass Frau bei der Beschreibung allein nicht Halt macht, sondern ihre Lebenserfahrungen und ihr Schicksal in einen gesellschaftlichen Kontext setzt und einordnet. Im besten Falle entstehen daraus dann auch gesellschaftliche Interpretationen und es werden politische Schlussfolgerungen gezogen, wie das eigene Leben und die Gesellschaft insgesamt verändert werden könnten.

Für eine kritische Linke ist es jedoch wichtig, nicht in der Betrachtung von Einzelschicksalen zu verharren. Für uns war immer klar, strukturelle Probleme können nicht individuell, sondern müssen gesellschaftlich angegangen und gelöst werden. Für ein wirklich selbstbestimmtes Leben müssen gesellschaftliche Strukturen verändert werden. Dafür kann nicht allein in losen Zusammenschlüssen und Bündnissen gekämpft werden. So wichtig diese für die gesellschaftliche Wahrnehmung des Feminismus auch sind, Entscheidungen und Gesetzesän-

derungen werden am Ende im Parlament getroffen. Bei aller Notwendigkeit gesellschaftlichen Drucks sind, um diese zu beeinflussen, nicht nur lose Bündnisse, sondern stabile und langfristige Strukturen und politische Kollektivakteure wie Parteien und Gewerkschaften notwendig.

Der theoretische Diskurs um Rollenbilder und Geschlechterauflösung erreicht die politischen Parteien in Deutschland bisher nur bedingt. Die endgültige Trennung von Sex und Gender, also biologischem und sozialem Geschlecht, wie es von den queer-feministischen Akteuren gefordert wird, muss unser Ziel bleiben. Für einen linken Feminismus ist es jedoch wichtig, nicht allein im theoretischen und diskursiven zu verhaften, sondern ganz konkrete gleichstellungspolitische Ansätze in der Tagespolitik zu finden. Strukturell benachteiligten Alleinerziehenden, von Altersarmut bedrohten Frauen, Frauen die keine Betreuung für ihre Kinder bekommen und Frauen, die an der gläsernen Decke scheitern, mit Geschlechterdekonstruktion zu kommen hilft vielleicht ideell, ihre benachteiligte Lebenssituation ändert sich jedoch unmittelbar kein Stück. Der theoretische Diskurs der Geschlechterauflösung darf nicht vollkommen zu Lasten der Aufmerksamkeit und Ressourcen zur Aufhebung faktischer Ungleichbehandlungen von Frauen im Alltag gehen. Die (reale) Ungleichbehandlung der Geschlechter bleibt höchstes Ziel, Schnittmengen und Austausch zwischen hergebrachten und neuen feministischen AkteurInnen kann dabei nur helfen. ■

↳ Katharina Oerder promoviert in Arbeits- und Organisationspsychologie an der Universität Bonn und ist Stellv. Juso-Bundesvorsitzende.

Literatur

- Wettig-Danielmeier, I. & Oerder, K. (2011): Feminismus - und Morgen? Gleichstellung jetzt. Vorwärts[Buch: Berlin.
- Kullmann, K. (2002): Generation Ally: Warum es heute so kompliziert ist, eine Frau zu sein. Eichborn.
- Dorn, T. (2005): Die neue F-Klasse. Warum die Zukunft von Frauen gemacht wird. Pipier.
- Haaf, M., Klinger, S. & Streidl, B. (2008): Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht. Hoffmann und Campe.
- Mika, B. (2011): Die Feigheit der Frauen: Rollenfallen und Geiseltalität. - Eine Streitschrift wider den Selbstbetrug. C. Bertelsmann Verlag.

Mind the gap! Arbeitszeiten von Frauen und Männern zwischen Wunsch und Wirklichkeit

von Vivien Barlen und Claudia Bogedan

1. Einleitung

Bei der Betrachtung von geschlechtsspezifischen Unterschieden im Arbeitsmarkt fokussierte die politische Debatte in der Vergangenheit auf Unterschiede bei der Berufswahl (geschlechtsspezifische horizontale Segmentierung), unterschiedliche Aufstiegsbedingungen (Stichwort: gläserne Decke; vertikale Segmentierung) und nicht zuletzt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung befördert durch die Einführung des Equal Pay Day die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen. Eine wesentliche Besonderheit des deutschen Arbeitsmarktes im europäischen Vergleich, die ungleiche Zeitverwendung von Männern und Frauen und die über die vergangenen zwei Jahrzehnte nahezu unverändert große Kluft zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen, fungierte dabei oftmals nur als intervenierender Faktor. Der vorliegende Beitrag will daher den Fokus auf diese zentrale Ungleichheitsdimension legen. Im Vergleich der Arbeitszeiten und Arbeitszeitpräferenzen von Männer und Frauen zeigt sich, dass die von der amtierenden christdemokratischen Familienministerin reklamierte Wahlfreiheit unter den gegebenen Strukturen eine Illusion ist. Denn es klafft nicht nur eine Lücke zwischen den Arbeitszeiten von Männern und Frauen, sondern auch zwischen der tatsächlichen und der gewünschten Arbeitszeit der Frauen. Der vorliegende Beitrag betrachtet daher auf Basis der jüngsten Welle des Sozioökonomischen Panels (SOEP 2009) die Differenz zwischen der gewünschten, der vereinbarten und der realisierten Arbeitszeit als Indikator für das Ausmaß der Souveränität der Beschäftigten, Einfluss auf die Arbeitszeitlänge zu nehmen.¹ Dazu werden zu-

nächst Art, Umfang und Motive der Teilzeitarbeit in Deutschland beschrieben. Anschließend werden Arbeitszeitwünsche und -realitäten von Frauen und Männern kontrastiert.

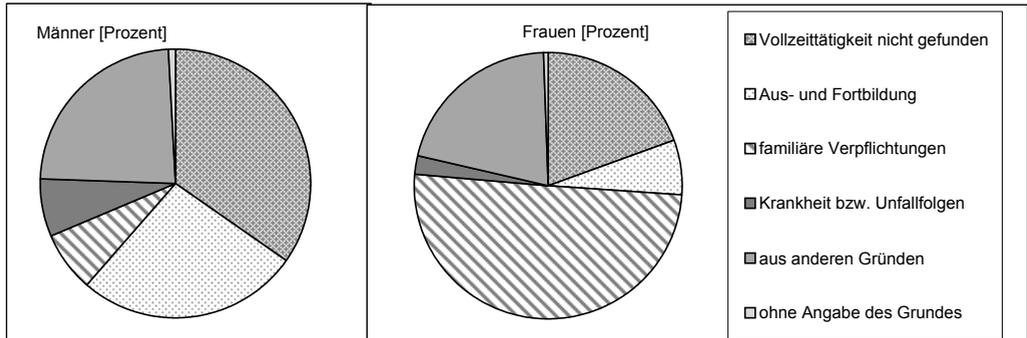
2. Teilzeit ist weiblich

In Deutschland wuchs die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den vergangenen Jahren kontinuierlich. Allerdings ist gemäß der europäischen Arbeitskräfteerhebung in keinem anderen Land, außer den Niederlanden, die Teilzeitquote der Frauen so hoch wie in Deutschland gewesen (2010: 45 Prozent). Neben den Niederlanden war Deutschland somit das einzige Land, in dem die Teilzeitarbeit in den letzten 10 Jahren angestiegen ist. Anders als in den Niederlanden fällt in Deutschland die Teilzeitquote der Männer (2010: 8,7 Prozent) jedoch deutlich niedriger aus.

Der Gender Gap bei der Arbeitszeit verdeutlicht die fortwährenden strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern im deutschen Arbeitsmarkt, denn als Gründe für diese ungleiche Verteilung der Arbeitszeiten werden familiäre Verpflichtungen angeführt, die trotz modernisierter Geschlechterverhältnisse überwiegend von Frauen übernommen werden. Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit in Haushalt und Familie verteilen sich somit nach wie vor sehr unterschiedlich zwischen den Geschlechtern. Frauen und Männer unterscheiden sich in der Nutzung von Teilzeitarbeit auch was die Lage der Teilzeit im Erwerbsverlauf betrifft. Während Frauen überwiegend mit der Familiengründung in Teilzeit wechseln, nutzen Männer Teilzeit vor allem am Anfang und Ende des Erwerbslebens, z.B. parallel zur Ausbildung oder bei Altersteilzeit (vgl. Wanger 2009: S. 13). Dies spiegelt sich bei den Motiven,

¹ Wir danken Barbara Zimmer und Susanne Schulz (beide WSI in der Hans-Böckler-Stiftung) für ihre Unterstützung bei der Datenauswertung.

Abbildung 1: Gründe für die Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung bei abhängig erwerbstätigen Frauen und Männern (2009)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009, Fachserie 4.1.2: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen., Wiesbaden 2010

die abhängig Erwerbstätige für die Teilzeittätigkeit angaben (vgl. **Abbildung 1**). Während Frauen dies mehrheitlich zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf tun, sind es bei den Männern gerade mal 8 Prozent. Der überwiegende Teil der Männer arbeitet in Teilzeit, weil sie keine Vollzeitstelle gefunden haben.

Mit der Einführung eines allgemeinen Teilzeitanpruchs mit dem Teilzeit- und Befristungsgesetz zum 01.01.2001 wollte der Gesetzgeber nicht nur mehr Flexibilität für Unternehmen schaffen, sondern auch mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten ermöglichen. Denn die Reduktion der Arbeitszeit soll Freiräume für andere Dinge im Leben schaffen. Dazu gehört neben der Vereinbarkeit zwischen Kindererziehung und Beruf auch die Pflege von älteren Angehörigen sowie Weiterbildung und Qualifizierung als auch die Möglichkeit, (temporär) Belastung zu reduzieren. Die Einführung der Familienpflegezeit² unterstreicht die Dominanz der Vorstellung, dass individuelle Arbeitszeitverkürzungen das beste Mittel zur Lösung von Vereinbarkeitsproblemen sind.

² In der Familienpflegezeit können Beschäftigte ihre Arbeitszeit ihre Wochenarbeitszeit reduzieren und den Einkommensausfall über einen längeren Zeitraum ausgleichen. Wird zum Beispiel die Arbeitszeit in der Pflegephase auf 50 Prozent reduziert, erhalten die Beschäftigten weiterhin 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie im Anschluss an die Pflegephase wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts - so lange, bis der Verdienstaufschlag ausgeglichen ist.

Allerdings ist die Teilzeitbeschäftigung nicht nur mit Verdiensteinbußen durch die Reduktion der Arbeitszeit verbunden, sondern auch mit individuellen Nachteilen bei der sozialen Sicherung. Denn während der Teilzeitphase sinken auch die Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Im Fall der Rente bedeutet dies, dass Teilzeitphasen die zukünftige Rentenhöhe mindern. Aus diesen Gründen sind Frauen von einem deutlichen höheren Risiko im Alter arm zu sein, betroffen (Bogedan/Rasner 2008).

Die Gruppe der Teilzeitbeschäftigten, die in Teilzeit arbeiten weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten, ist zudem ein wichtiger Anhaltspunkt dafür, Teilzeit als Mittel einer souveränen Arbeitszeitgestaltung von Beschäftigten nicht zu überschätzen. Branchen, in denen wie im Dienstleistungssektor ein Viertel aller Stellen in Teilzeit angeboten werden, erschweren es, eine Vollzeitbeschäftigung zu finden. Fraglich ist daher, ob Teilzeitarbeit das Ergebnis einer entsprechenden Arbeitszeitpräferenz ist.

3. Arbeitszeitrealitäten und -wünsche von Frauen und Männern

Die Analyse der gewünschten, vereinbarten und tatsächlichen Arbeitszeit erfolgt auf Basis des SOEP für das Jahr 2009. In der Analyse

wurde sowohl auf geschlechtsspezifische Unterschiede als auch nach Beschäftigten aus Ost- und Westdeutschland differenziert. Bei den angegebenen Arbeitszeiten handelt es sich um Durchschnittswerte.

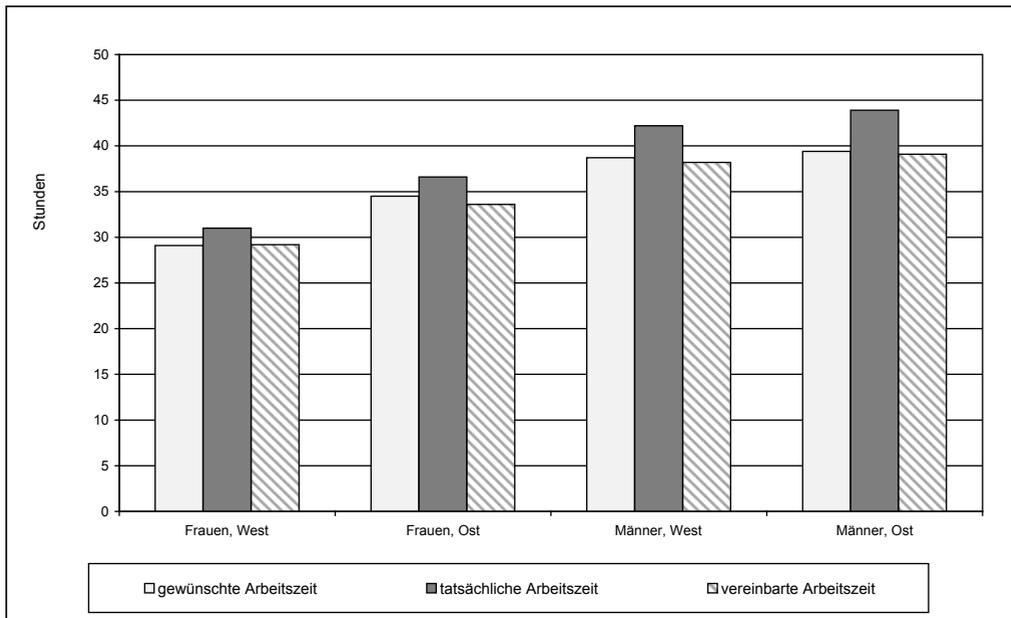
Abhängig beschäftigte Männer arbeiten durchschnittlich im Bereich der Vollzeit (durchschnittliche tatsächliche Wochenarbeitszeit: 43,0 Stunden), Frauen im Bereich der Teilzeit (31,8 Stunden). Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht die Differenzen zwischen männlichen und weiblichen abhängig Beschäftigten und ihren gewünschten, tatsächlichen und vereinbarten Arbeitszeiten. Beide Geschlechter arbeiten somit länger, als sie sich eigentlich wünschen – Männer bevorzugen eine normale Vollzeitbeschäftigung mit 38 Stunden pro Woche, während Frauen sich eine Beschäftigung mit etwas weniger Stunden wünschen (29,2 Stunden). Die vereinbarte Arbeitszeit (Männer: 38,4 Stunden,

Frauen: 29,7 Stunden) entspricht jedoch bei beiden in etwa dem Arbeitszeitwunsch.

Im Vergleich der Beschäftigten in den ost- und westdeutschen Bundesländern zeigt sich, dass ostdeutsche Beschäftigte durchschnittlich längere tatsächliche und vereinbarte Arbeitszeiten als Westdeutsche haben (+3,5 bzw. +2,6 Stunden). Zudem liegt die gewünschte Arbeitszeit mit 35,9 Stunden in Ostdeutschland höher als im Westen (32,9 Stunden). Besonders groß ist außerdem die Differenz zwischen den West- und den Ostfrauen: Ostdeutsche Frauen arbeiten mit einem deutlich höheren Arbeitszeitvolumen als Westdeutsche. Bei den männlichen abhängig Beschäftigten ist der Abstand zwischen Ost und West geringer (siehe **Abbildung 2**).

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zentraler Treiber für die ungleichen Arbeits-

Abbildung 2: Durchschnittliche gewünschte, tatsächliche und vereinbarte Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten unterschieden nach Geschlecht und Ost- bzw. Westdeutschland (2009)



Quelle: eigene Berechnungen auf Basis des SOEP 2009

PapyRossa Verlag



Jürgen Leibiger

Bankrotteure bitten zur Kasse

Mythen und Realitäten der Staatsverschuldung

978-3-89438-466-1
274 Seiten | 16,90 Euro

Wie kommt es zu den horrenden Staatsschulden? Wer verdient daran? Wie wird ein Staatsbankrott vermieden? Wie kommt es, dass dabei stets die einfachen Leute zur Kasse gebeten werden? Das deutsche Beispiel zeigt, dass die Suche nach Alternativen zur Bankrottspolitik alternativlos ist.



Thomas Wagner

Demokratie als Mogelpackung

Oder: Deutschlands sanfter Weg in den Bonapartismus

978-3-89438-470-8
141 Seiten | 11,90 Euro

Die Sloterdijks und Henkels polemisieren gegen Parteienmacht und für plebiszitäre Mitwirkung: Wie elitäre Gruppen fortschrittliche Begriffe besetzen, welche Rolle rechte Think Tanks dabei spielen, wer sie finanziert und wie eine emanzipatorische Gegenstrategie aussehen könnte.

zeiten: 33,5 Prozent der abhängig Beschäftigten in Deutschland leben mit Kindern unter 16 im Haushalt, davon arbeiten 27,3 Prozent der Mütter und 1,7 Prozent der Väter in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Die Unterschiede bei den Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern sind hier besonders groß: Abhängig Beschäftigte mit Kindern im Haushalt arbeiten durchschnittlich 35,3 Stunden pro Woche. Bei den Müttern sind es 26,3 Stunden, bei den Vätern hingegen 43,7 Stunden. Im Durchschnitt arbeiten Väter also etwa 17 Stunden länger als Mütter, wobei sich die Väter eine normale Vollzeit von ca. 38,6 Stunden wünschen würden, was in etwa ihrer vereinbarten Arbeitszeit von 38,8 Stunden entspricht. Mütter hingegen sind – in Bezug auf Gesamtdeutschland – weitestgehend mit ihren Arbeitszeiten zufrieden. Sie arbeiten nur etwa 0,3 Stunden mehr als gewünscht und 1,3 Stunden mehr als vereinbart.

4. Diskussion und Fazit

Die Verfügung über die eigene Zeit, aber auch die Zeit anderer ist Ausdruck von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und damit auch bestimmend für soziale Ungleichheiten. Der bestehende Gender Gap (also die Differenz zwischen Männer und Frauen) bei den Arbeitszeiten weist darauf hin, dass bezüglich des Rollenverständnisses der Geschlechter das so genannte „modernisierte Ernährer Modell“ in Deutschland vorherrscht. Anders als in älteren Frauengenerationen, die ihre Erwerbstätigkeit mit dem Eintritt in die Familienphase ganz aufgaben, arbeiten im modernisierten Ernährer Modell beide Partner, jedoch ein Partner (zumeist der Mann) in einer Vollzeitbeschäftigung, der bzw. die andere in Teilzeit (vgl. Klenner/Pfahl 2008: S. 8). Die Auswertungen aus dem SOEP zeigten ein Fortbestehen dieser Geschlechterunterschiede bei den Arbeitszeitwünschen. Dabei ist zu bedenken, dass die Wünsche der Beschäftigten in der Regel bereits die realen Bedingungen am Arbeitsmarkt sowie Betreu-

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

ungsmöglichkeiten reflektieren und nicht als Ausdruck eines Idealzustandes fehlinterpretiert werden dürfen. Der Wunsch nach einer Teilzeitbeschäftigung von Müttern spiegelt daher auch das Fehlen einer flächen- und altersgruppendeckenden Ganztageskinderbetreuung und -bildung. Zudem scheint sich die Kluft zwischen Wunsch und Realität im Vergleich zu älteren Untersuchungen (vgl. Holst 2010: S. 58 f.) zu vergrößern. Die Unterschiede zwischen Ost und West ebenso wie die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bleiben wie gezeigt erheblich.

Teilzeit als Möglichkeit einer souveränen Arbeitszeitgestaltung muss daher kritisch hinterfragt werden, da es – wie der Unterschied zwischen Ost- und West-Frauen vermuten lässt – nicht allein Ergebnis souveräner Entscheidungen, sondern auch struktureller und kultureller Faktoren ist. Dazu zählen die Möglichkeiten einer ganztägigen Kinderbetreuung und -bildung aber auch die Kultur eines „Ausschließlich-Mutterseins“. Laut Daten der *World Value Survey* stimmen in Deutschland immerhin über 35 Prozent der befragten Frauen der Aussage (stark) zu, dass das Dasein als Hausfrau genauso erfüllend ist wie bezahlte Arbeit (vgl. *World Value Survey* 2005). Zudem geht Teilzeit mit erheblichen individuellen Risiken und Nachteilen einher, vor allem, wenn es sich um Teilzeit mit wenigen Wochenstunden oder gar einer geringfügigen Beschäftigung handelt. Denn nach wie vor ist das vollzeitige und dauerhafte Normalarbeitsverhältnis Maßstab in den sozialen Sicherungssystemen.

Dennoch kann nicht geleugnet werden, dass die Möglichkeit, Arbeitszeit über den Erwerbsverlauf zu variieren ein hilfreiches Instrument sein kann, um Erwerbstätigkeit mit anderen Lebenssituationen vereinbaren zu können. Aus diesem Grund empfiehlt der 2011 vorgelegte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung eine vollzeitnahe Teilzeit bzw. kurze Vollzeit als wichtige Option zur Verein-

barkeit von Familie und Erwerbstätigkeit (vgl. SVK 2011: S. 222). Es ist jedoch darüber hinaus notwendig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Atmen der Arbeitszeit ermöglichen ohne die Risiken zu individualisieren. Dazu wird im Gleichstellungsbericht die Notwendigkeit benannt, Benachteiligungen von Frauen in Teilzeit bei Beförderungen entgegenzuwirken sowie einen Rückkehranspruch auf einen Vollzeitarbeitsplatz zu schaffen. Diese Debatte sollte aufgegriffen werden und ins Zentrum einer gleichstellungsorientierten Arbeits- und Beschäftigungspolitik gerückt werden. ■

☞ Vivien Barlen studiert Soziologie an der Universität Osnabrück.

☞ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

Literatur

- Bogedan, C./ Rasner, A. (2008) Arbeitsmarkt x Rentenreformen = Altersarmut?, WSI Mitteilungen 3, S. 133-138
- Klenner, C./Pfahl, S. (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht - Wege aus dem Arbeitszeitdilemma. Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden WSI-Diskussionspapier, Düsseldorf,
- Holst, E. (2010): Arbeitszeitwünsche und -realität von abhängig beschäftigten Frauen und Männern in West- und Ostdeutschland, in: Groß, H./Seifert, H. (Hrsg.): Zeitkonflikte. Renaissance der Arbeitszeitpolitik, Berlin: edition sigma, S. S. 54 - 70
- Sachverständigenkommission zur Erstellung des ersten Gleichstellungsberichtes der Bundesregierung (SVK) (2011): Neue Wege - gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf., Essen/München,
- Wanger, S. (2009): Erwerbsbeteiligung von Frauen. Mit halb- en Zeiten im Spiel. IAB-Forum 1, S. 10-17

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik braucht neue Leitbilder

von Uta M. Biermann, Kristina Augst, Bettina Martin, Christina Schildmann, Nancy Haupt, Katrin Münch, Kerstin Freudiger-Utke, Dorothea Steffen und Claudia Walther

Die Bundestagswahl 2009 markierte für die SPD in vielerlei Hinsicht einen historischen Einschnitt. Das schlechte Abschneiden bedeutete nicht zuletzt das (vorläufige) Ende einer Frauenpartei. In allen Wahlen zuvor wurde die SPD von mehr Frauen als Männern gewählt, verhalf die Unterstützung der Frauen der SPD mit zu ihren großen Wahlsiegen. Doch dieses Mal verweigerten gerade die jungen Frauen der SPD ihre Zustimmung. Nur noch 6 Prozent der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren machten ihr Kreuzchen bei der Sozialdemokratie. Fast die Hälfte der Frauen, die noch SPD wählte, war über 60 Jahre alt. Ein Alarmsignal.

Für die Autorinnen dieses Papiers war es Anlass, sich an zwei Wochenenden in der Heimvolkshochschule Springe zu treffen, um sich jenseits des „Tagesgeschäfts“ Zeit für eine gemeinsame Analyse zu nehmen und über neue Ansätze für eine erfolgreiche Ansprache von Frauen zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser „Springer Runde“ stellen wir hiermit gerne zur Debatte. Aus unserer Sicht gibt es eine Reihe von Ursachen, die sich z.T. bedingen und wechselseitig verstärken.

Die SPD wird oft als alt, weiß und männlich wahrgenommen. Nach wie vor beteiligen sich zu wenig jüngere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen aktiv in der SPD – und wenn sie es tun, haben sie es noch immer schwerer, ganz nach vorne zu kommen. Im Ergebnis gibt es zu wenige „Köpfe“, die mit sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik verbunden werden. Das betrifft auch die Männer: Wenn die SPD als Partei einer modernen Gleichstellungspolitik punkten und glaubwürdig die Vision einer partnerschaftlichen Gesellschaft verkörpern möchte, darf die männliche SPD-

Spitze das Thema nicht an einige prominente Frauen „delegieren“, sondern muss gemeinsam und sichtbar mit ihnen dafür streiten.

Oberflächlich betrachtet verkörpern wir zurzeit nicht das Bild einer Partei, die programmatisch für eine moderne Gesellschaftspolitik oder gar die Anliegen junger Frauen steht – auch wenn in unserer Programmatik viele richtige und fortschrittliche Positionen zur Gleichstellung formuliert und beschlossen sind. Es fehlen Menschen, die die (moderne) Lebenswirklichkeit repräsentieren, vorleben und als Übersetzerinnen zwischen Lebenswelten und Politik fungieren könnten. Da der SPD besonders die Frauen und Männer zwischen 30 und 45 fehlen, fällt es ihr schwer, die Erfahrungen dieser Lebenszeit programmatisch aufzunehmen und in ihre Gesamtkonzeption einzufügen. So wirkt auch die Sprache, in der wir über Frauen- und Gleichstellungspolitik diskutieren, oft dogmatisch und eng. Die SPD wird in diesem Politikfeld von vielen Frauen und Männern als „ideologisch“ und entsprechend an den Lebensrealitäten vorbei argumentierend erlebt. Sie erscheint als „von oben herab“ agierend, als besserwisserisch, gar bevormundend, kurz „maternalistisch“. Das ist möglicherweise auch eine Erklärung für die seit 1998 deutlich gesunkenen Kompetenzwerte der SPD im Bereich Frauen und Familie in Umfragen.

Wir sind als aktive, linke Sozialdemokratinnen sehr besorgt über diese Entwicklung, insbesondere, da wir für das Jahr 2013 eine echte Machtoption haben. Diese wird sich in Form eines Ergebnisses deutlich über 30 Prozent aber nur realisieren lassen, wenn es gelingt, eine weibliche Mehrheit anzusprechen und zu überzeugen. Dafür braucht es natürlich

mehr als einige gleichstellungspolitisch überzeugende „Köpfe“ an der Spitze, es braucht eine große Zahl an Frauen, die sich an der Basis oder in Form von Kampagnen im Wahlkampf für die SPD bzw. ihre Ziele engagieren.

Frauenbewegung heute – Das „Wir“ der Frauen hat sich ausdifferenziert

Das Wichtigste zuerst: Die Frauenbewegung ist eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen des letzten Jahrhunderts. Frauen hatten historisch gesehen noch nie so gute Chancen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Im Durchschnitt sind die Qualifikationen der Frauen und die Möglichkeiten auf gleichberechtigte Beteiligung auf allen Ebenen gestiegen. Die juristische Gleichstellung der Geschlechter ist erreicht – dies war ein zäher und harter Kampf. Es fehlt aber immer noch an der faktischen Gleichberechtigung. Wir stellen fest: Wir sind noch nicht am Ziel!

Allen Erfolgen zum Trotz erleben Frauen die derzeitige Situation oft als ambivalent. Vieles ist möglich, doch die Belastungen sind häufig enorm. Die Koordination von Familie und Beruf stellt sich für viele als Addition von Aufgaben und Verpflichtungen dar.

Und: In Führungsetagen und Vorständen, in den oberen Gefilden der Gehaltstabellen, in Politik und Wissenschaft sind Frauen trotz formaler Gleichstellung noch immer eklatant unterrepräsentiert oder schlechter gestellt. Hier liegt noch jede Menge Arbeit vor uns.

Eine zentrale Herausforderung für die Sozialdemokratie, vor diesem Hintergrund eine schlüssige Gleichstellungspolitik zu formulieren, liegt paradoxerweise gerade in dem Fortschritt, den wir gemeinsam in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben. Die SPD hat in der Vergangenheit durch kämpferische und fortschrittliche Gleichstellungspolitik erheblich daran mitgewirkt, dass jungen Frauen heute eine Vielfalt von Lebensentwürfen offen-

steht, die sie mit großer Selbstverständlichkeit leben. Die daraus resultierende Individualität der Lebensentwürfe ist ein Gewinn für jede Einzelne – und macht es gleichzeitig schwieriger, kollektive Hürden und Grenzen gemeinsam erfahrbar zu machen, beziehungsweise sich gegenüber den Akteuren einer komplexen globalisierten Wirtschaft durchzusetzen und abzugrenzen.

Auch objektiv ist es heute schwierig geworden, von einem gemeinsamen „Wir“ der Frauen zu sprechen, denn natürlich unterscheiden sich Frauen nach Herkunft, Bildungsstand, Einkommen, sexueller Orientierung und der Frage, ob sie sich für Kinder entscheiden oder nicht. Daraus resultieren handfeste unterschiedliche Interessen.

Und dennoch: Bei aller Differenziertheit der Möglichkeiten und Lebenswirklichkeiten wirken im Leben von Frauen immer noch zahlreiche Barrieren: kulturelle und durch die Struktur der Arbeitswelt begründete genauso wie durch staatliches Handeln (Steuerrecht etc.) bedingte. Diese Barrieren führen dazu, dass Frauen im Durchschnitt weiterhin weniger verdienen, schlechtere Aufstiegschancen besitzen und insgesamt den Großteil der unbezahlten gesellschaftlichen Sorgearbeit erledigen. Kurz: Es gibt gute Gründe, den Kampf um faktische Gleichstellung der Frauen engagiert weiter zu verfolgen.

Um hier erfolgreich zu sein, müssen wir zwei zentrale Herausforderungen bestehen. Die erste Herausforderung besteht darin, ausgehend von den ausdifferenzierten Lebenslagen der Frauen, gemeinsame Interessen zu identifizieren und zu artikulieren. Darin wird die große Kunst eines neuen sozialdemokratischen gleichstellungspolitischen Entwurfs bestehen. Es ist fast müßig anzufügen, dass wir für einen solchen Entwurf auch progressive Männer – potenzielle Verbündete im Kampf gegen enge Geschlechterkorsetts – gewinnen müssen.

Die zweite Herausforderung besteht darin, mit diesem sozialdemokratischen Entwurf bei den (jungen) Frauen (und Männern) um Unterstützung zu werben, ohne schulmeisterlich zu wirken und ohne ihnen Grenzen einzureden, die sie selbst gar nicht (mehr) wahrnehmen. Das ist eine Frage der Haltung – und sie ist zentral für die politische Kommunikation.

Das zentrale gleichstellungspolitische Projekt liegt auf der Hand und lässt sich leicht aus der sozialdemokratischen Vergangenheit ableiten: Ziel sozialdemokratischer Politik ist die ökonomische Eigenständigkeit jedes erwachsenen Menschen bei einem gleichzeitigen solidarischen Miteinander. Unsere Handlungsmaxime ist und bleibt, dass jede/r Erwachsene in der Lage ist, für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen – als Voraussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Dieses Ziel bedeutet Veränderungen und Herausforderungen für beide Geschlechter. Und es bedarf einer Solidargemeinschaft, also eines gut funktionierenden Sozialstaates, der die individuelle Lebensgestaltung absichert und, wo nötig, erst ermöglicht.

Dieses Anliegen ist anspruchsvoll – und nicht einfach zu vermitteln. Und es gibt zahlreiche Gegner: auf der einen Seite diejenigen, die familien- und geschlechterpolitisch in die 1950er Jahre zurückwollen, als Geschlechterrollen und die Arbeitsteilung in der Familie noch klar definiert und hierarchisch strukturiert waren, und auf der anderen Seite diejenigen, die Individualisierung als Gegenmodell solidarischen Handelns zu definieren versuchen. Um gegen diese Widerstände eine breite gesellschaftliche Bewegung zu organisieren und Mitstreiter/Innen zu gewinnen, braucht es eine mitreißende Vision von echter Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit. Die SPD-Programmatik enthält zahlreiche kluge und fortschrittliche gleichstellungspolitische „Instrumente“, doch ohne eine solche

Vision werden sie ihren Charme nicht entfalten können.

Als Teil einer solchen Vision möchten wir zwei Leitbilder formulieren, die aus unserer Sicht helfen (können), die Grundsätze unserer Politik plastischer zu machen und den Einzelmaßnahmen im Programm einen Zusammenhang zu geben. Es sind zwei Leitbilder, die an aktuelle Debatten anknüpfen und sich gleichzeitig logisch aus sozialdemokratischen Grundwerten ableiten lassen.

Erstes Leitbild: Gestalterin des Lebens

Ein Leitbild unserer Politik für Emanzipation ist, dass alle Menschen die Chance haben, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Dafür müssen die noch immer existierenden kulturellen, strukturellen und ökonomischen Barrieren verschoben werden.

Emanzipative Politik des 21. Jahrhunderts versteht Menschen als GestalterInnen ihres Lebens und frei von vermeintlich „natürlichen“ Rollenfestlegungen. Dies ist gerade heute wichtig zu betonen, da in den unübersichtlichen „Zeiten der Globalisierung“, offenbar im krisenhaften Bedürfnis, die Welt für sich im Kopf zu ordnen, die Idee von „natürlichen Ungleichheiten“ eine Renaissance erfährt. Unser Leitbild setzt dagegen die Überzeugung: Geschlecht und ethnische oder soziale Herkunft dürfen die Möglichkeiten der Menschen nicht einschränken.

Als GestalterInnen ihres Lebens müssen Frauen und Männer selbst entscheiden können, welchen Weg sie beschreiten wollen, in welcher Lebensform sie in welchem Lebensabschnitt leben wollen. Unser Leitbild respektiert die Diversität der Lebensentwürfe, es beinhaltet, dass es auch innerhalb einer Biographie verschiedene Phasen des Verhältnisses von Privatem und Beruflichem gibt. Ein solches Leitbild funktioniert nur, wenn die Politik entschlossen mithilft, die Barrieren zu beseitigen

und einen sicheren Rahmen für wirklich freie Entscheidungen schafft. Um mit unserem Leitbild durchzudringen, muss es uns gelingen, die von der aktuellen Bundesregierung oft beschworene „Wahlfreiheit“ als Phrase zu entlarven, hinter der sich hartnäckig ein konservatives Familien- und Geschlechterbild hält. Es ist die Aufgabe staatlichen Handelns, dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und Gestaltung ihres Lebens besitzen.

Das zweite Leitbild emanzipativer Politik: das Prinzip der Partnerschaftlichkeit.

Unser zweites Leitbild ist eine Gesellschaft, die kulturell von einer partnerschaftlichen Rollenverteilung im alltäglichen Miteinander geprägt ist.

Der Gedanke der Partnerschaftlichkeit nimmt für uns keinesfalls nur die Kernfamilie oder gar Zweierbeziehung in den Blick. Zu den Partnerschaften gehören der Freundeskreis, die Nachbarn, die ArbeitskollegInnen. Menschen befinden sich immer in einer ganzen Reihe von Gemeinschaftsbezügen.

In diesem weit gefassten Sinne kann uns das Leitbild der Partnerschaftlichkeit helfen, eng gefasste Rollenbilder zu überwinden und positiv an die Lebensrealität der Frauen anzuknüpfen.

Das Prinzip der partnerschaftlichen Lebensgestaltung ist für uns das Gegenmodell zu Beziehungen, die durch Abhängigkeiten geprägt sind. Bei aller gegenseitigen Fürsorge darf das Ende einer partnerschaftlichen Beziehung nicht zum sozialen Absturz eines/r Partners/ Partnerin führen. Letztlich muss der Staat als Partner (letzter) Garant für stabile Gemeinschaft Bezüge sein. Im Falle des Auseinanderbrechens von Familienbezügen oder des Fehlens von Gemeinschaftseinbindung, zum Beispiel aufgrund von Flucht, sichert staatliches Handeln Individuen oder Familienteile ab

– und bietet damit eine wichtige Leitplanke für die Freiheit jedes/r einzelnen.

Das Prinzip Partnerschaftlichkeit bedingt eine Entschleunigung der Arbeitswelt und eine Neuordnung der Entgeltstrukturen. Partnerschaftlichkeit fordert Arbeitszeiten, die eine Balance von Beruf und Privatleben zulassen sowie existenzsichernde Beschäftigung, mit denen alle Partnerinnen und Partner in der Lage sind, ihren gleichberechtigten Part in der Partnerschaft auch zu realisieren.

Das Prinzip Partnerschaft heißt nicht zuletzt, Respekt und Wertschätzung für die Leistung der anderen und ihren Beitrag zum funktionierenden Gemeinwesen zu haben – in diesem Sinne schützt und stützt es die Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe und führt uns weit weg von dem immer wieder vorgebrachten Argument, Gleichstellungspolitik sei „Gleichmacherei“. Im Gegenteil: Nur auf der Basis gleicher Rechte können wir Gestalterinnen unseres Lebens sein und uns als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe begegnen. Damit wären wir einen großen Schritt weiter!

Was steht unserer Vision heute im Weg?

Ökonomische Barrieren

Die Arbeitswelt hat sich radikalisiert, sie hat von allem Besitz ergriffen und ist zum scheinbar einzigen sinnstiftenden Element der Gegenwart geworden. Die Entgrenzung von Arbeit, die enorme Verdichtung der Arbeitsprozesse sowie die damit verbundenen Zwänge im Berufsleben treffen alle und machen besonders ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie schwierig und zu einer ständigen Herausforderung. Der den ganzen Menschen absorbierende Arbeitsmarkt wirkt antiemanzipativ, in vielerlei Hinsicht, aber besonders in Hinsicht auf die Geschlechterverhältnisse. Da er den ganzen „Mann“ (beziehungsweise die ganze Frau) fordert, bestärkt und zementiert er das Modell des (männlichen) Alleinernäh-

ners, er erschwert die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Er drängt sogar Paare, die mit anderen Ansprüchen eine Familie gegründet haben, in eine klassische Rollenverteilung, und schränkt die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und die eigenständige Absicherung (mindestens) einer/s der beiden deutlich ein.

Kulturelle Barrieren:

Nach wie vor begrenzen auch gesellschaftlich manifestierte Rollenbilder die Lebensmöglichkeiten. Trotz unbestritten guter Qualifikationen, formaler Gleichstellung und hoher Kompetenz erfahren Frauen noch immer „gläserne Decken“, die in einem unübersichtlichen Mix aus Zuschreibung von „weiblichen“ Eigenschaften und funktionierenden Männer-Netzwerken den Weg in die Führungsetagen und zu politischer Macht verbauen.

Ein besonders offensichtlicher „Scheidepunkt“ ist dabei die Familiengründung. Insbesondere in den westdeutschen Bundesländern wechselt die Frau vielfach auf (kurze) Teilzeit oder scheidet ganz aus der Berufstätigkeit aus. Das ist einerseits darin begründet, dass Frauen einen „doppelten Lebensentwurf“ haben, der dem Privaten wie dem Beruf gleichermaßen Bedeutung beimisst und für sie identitätsstiftend ist. Andererseits wird unterschwellig noch immer von ihr erwartet, dass sie sich um das Wohl des Kindes sorgt und hauptverantwortlich den Haushalt schmeißt. Das modernisierte Frauenbild beinhaltet die Erwartung, dass Frauen sowohl beruflich erfolgreich als auch fürsorgliche Mütter sind.

Strukturelle Barrieren

Ein großes Problem auf dem Weg der Frauen, eine eigene ökonomische Absicherung zu erreichen, ist, dass der Staat im Rahmen seiner Familienpolitik widersprüchliche Anreize setzt. In den verschiedenen Lebensphasen werden zum Beispiel durch das Steuerrecht kurzfristige

ökonomische Vorteile geschaffen, die langfristig einer eigenen ökonomischen Unabhängigkeit im Wege stehen. Da diese ökonomischen Vorteile in der Realität vielfach die einzige Möglichkeit sind, den Lebensunterhalt für eine Familie zu sichern, entwickelt sich dies zu einer strukturellen Barriere für eine faktische Gleichstellung der Geschlechter. Stattdessen brauchen wir eine konsistente Lebenslaufpolitik, die sich am Ziel der eigenständigen ökonomischen Absicherung aller orientiert.

Auch die nach wie vor vielfach mangelhafte Betreuungssituation ist eine weitere strukturelle Barriere. Darum bleibt der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganzttagsschulen von zentraler Bedeutung. Dagegen wäre die Einführung des Betreuungsgeldes ein weiterer Baustein dieser Barrieren.

Einladung zur Debatte

Es gibt wie eben beschrieben mächtige Gegeninteressen, die einem selbstgestalteten und partnerschaftlichen Leben bewusst entgegenstehen. Wir denken, dass es für einen breit getragenen Fortschritt in der Gleichstellungspolitik nicht nur einzelner Instrumente bedarf, sondern einer Idee, einer Vision, einem Leitbild von einem anderen Leben.

Wir freuen uns auf die Diskussion! ■

⇒ Dr. Uta M. Biermann ist Organisationsberaterin bei Wert.Arbeit Berlin – Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation und Koordinatorin des Netzwerks FrauenZeiten.

⇒ Dr. Kristina Augst ist Studienleiterin des Religionspädagogischen Instituts (RPI) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und Koordinatorin des Netzwerks FrauenZeiten.

⇒ Bettina Martin ist Leiterin des Büros der Stellv. Parteivorsitzenden Manuela Schwesig.

⇒ Christina Schildmann ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

⇒ Nancy Haupt ist Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Elke Ferner, Koordinatorin des Barcamp Frauen und spd-fem.net.

⇒ Katrin Münch ist Referentin für Planung und Strategie beim SPD-Parteivorstand.

⇒ Dr. Kerstin Freudiger-Utke ist Referentin für Familien und Gesellschaftspolitik beim SPD-Parteivorstand.

⇒ Dr. Dorothea Steffen ist freie Lektorin in Berlin.

⇒ Claudia Walther ist Projektmanagerin der Bertelsmann Stiftung im Programm Integration und Bildung.

Die Geschichte der Frauenbewegungen in Ost- und Westdeutschland

von Gisela Notz

„Die Frauen in der DDR haben viel zu verlieren – sie wissen das. Die Frauen in der BRD könnten viel gewinnen – wenn sie endlich fordern, dass das, was gut war in der DDR, in das westliche Rechts- und Sozialsystem übertragen wird. Deswegen ist es dringend an der Zeit, dass Frauen aus Ost und West gemeinsam Strategien für eine zukünftige Frauenpolitik entwerfen.“ Diese Sätze stammen aus einem Flugblatt des 1990 gegründeten Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) und Münchener und Westberliner Frauen, die kurz nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im April 1990 zu einem Ost-West-Frauenkongress nach Berlin eingeladen haben.¹ Die Frauen hatten Angst, Berufstätigkeit und das Recht auf (Erwerbs)Arbeit zu verlieren. In diesem Artikel will ich aufzeigen wie und warum es 40 Jahre nach der doppelten Staatsgründung zu diesen Befürchtungen kam und was daraus geworden ist (vgl. auch Notz 2011a).

Frauenbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges kam es zu einem bedeutsamen frauenpolitischen Aufbruch. Frauen wollten am Aufbau einer friedlichen demokratischen Republik mit gleichberechtigten Individuen mitarbeiten. Sie organisierten die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Möbel und bauten das Erziehungs- und Bildungswesen, die Fürsorge und Wohlfahrt auf. Sie erledigten nicht nur die Überlebensarbeiten, sondern machten sich auch an die politische Aufräum- und Aufbauarbeit (vgl. Notz 2003 und 2007).

In allen vier Besatzungszonen formierten sich bereits im Sommer 1945 über- und außerparteiliche Frauenausschüsse als Basisorganisationen für Fraueninteressen. Teilweise knüpften die beteiligten Frauen an den Erfahrungen der bürgerlichen und der sozialistischen Frauenbewegungen an, die mit der Machtübernahme der Nazi-Faschisten ihr Ende gefunden hatten. Ab etwa 1947 nahmen die Frauenausschüsse festere Strukturen an und begannen, sich überregional zusammenzuschließen. Kurz nach dem Zusammenschluss der drei Westzonen zur Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 kam es nach einigen Auseinandersetzungen zu einem ersten bundesweiten Zusammenschluss in Form des Deutschen Frauenrings (DFR). Frauen der Ostzone hatten bereits den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) gegründet. Den großen politischen Parteien waren die Frauenverbände ein Dorn im Auge, sie wollten Frauen für ihre Parteiloyalität gewinnen.

Frauenbewegung in der BRD

Dass es seit 23. Juni 1949 im Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland eindeutig heißt: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, war der Zusammenarbeit zwischen den beiden sozialdemokratischen Parlamentarierinnen Elisabeth Selbert und Frieda Nadig im Parlamentarischen Rat und den außerparlamentarischen Frauenverbänden und autonomen Feministinnen zu verdanken.² Ohne diese hätten die Frauen diese Formulierung nicht durchsetzen können. Wie die Löwinnen kämpften die Politikerinnen

² Seit 1994 (nach der Wiedervereinigung) heißt es zusätzlich: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

¹ Abgedruckt in der Zeitschrift FÜR DICH Nr. 16/1990

gegen den Widerstand der Parlamentarier und der beiden konservativen Parlamentarierinnen (Notz/Wickert 2009, S. 54 ff.). Nach zweimaliger Ablehnung des beabsichtigten Verfassungstextes mobilisierten sie Frauen in Stadt und Land und hatten Erfolg: am 18. Januar 1949 wurde der Gleichheitsgrundsatz einstimmig gebilligt. Nach dem Willen der Mitglieder des Parlamentarischen Rates sah GG Art. 117 vor: „Das dem Art. 3 Abs. 2 entgegenstehende Recht bleibt bis zu seiner Anpassung an diese Bestimmung des Grundgesetzes in Kraft, jedoch nicht länger als bis zum 31.3.1953.“ Ein noch zu verabschiedendes zusätzliches Gesetz sollte die Gleichstellung von Frau und Mann zum Inhalt haben und die familien- und arbeitsrechtliche Benachteiligung der Frau aufheben. Die Frist für diesen Stichtag lief - trotz wiederholter Interventionen, durch die sich besonders Frieda Nadig hervortat - ohne entsprechende Gesetzesänderung aus. Auch nach Inkrafttreten des durch viele Kompromisse zahnlos gewordenen Gleichstellungsgesetzes von 1958 war die rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen noch lange nicht erreicht. Denn nach der Sternstunde der Gleichberechtigung von 1949 folgten erst einmal bleierne Zeiten einer restaurativen Familien- und Geschlechterpolitik.

Erst Mitte der 1970er Jahre kam der Durchbruch in der Gesetzgebung, der ohne die Proteste der aus der „68er“-Studentenbewegung entstandenen Neuen Frauenbewegungen nicht durchsetzbar gewesen wäre. Sie forderten die Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen Entscheidungen, übten Kritik an den Strukturen kleinfamiliärer Lebensformen mit traditionellen Geschlechterrollen, problematisierten die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung im Berufsleben, kritisierten die Organisation familialer Sozialisation mit der repressiven Kindererziehung, forderten Selbstbestimmungsrecht über Kinderwunsch und Schwangerschaft und kämpften gegen Misshandlung und Gewalt

gegen Frauen und Kinder. Sie kritisierten ihre Genossen, weil sie gegen undemokratisches Verhalten, Unterdrückung und Unrecht kämpften, Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Emanzipation der Arbeiterklasse forderten, sich aber selbst den Frauen ihrer Organisation gegenüber undemokratisch verhielten. Deshalb flogen am 13. September 1968 in Frankfurt/M. die Tomaten (vgl. Notz 2006).

Die Frauen wehrten sich gegen ihre alleinige Zuständigkeit für Kindererziehung und Reproduktionsaufgaben, die sie daran hinderte, bei der politischen Arbeit, im Studium und im Berufsleben eine gleichberechtigte Rolle einzunehmen. „Das Private ist politisch“ wurde zum Slogan der neuen Bewegungen. Erst 1977 wurde das Bürgerliche Gesetzbuch dahingehend geändert, dass die Ehegatten berechtigt sind, berufstätig zu sein und beide auf die Belange der Familie Rücksicht zu nehmen haben. Auch wenn das „gegenseitige Einvernehmen“ oft zur alten Arbeitsteilung führt, ist damit juristisch ein Schritt vorwärts markiert, der allerdings durch das Ehegattensplitting und fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten wieder gebremst wurde. Erschwerend wirkte sich aus, dass die Strategien zur Lösung der kritisierten geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Beruf und Familie innerhalb der Frauenbewegung kontrovers geführt wurden. Sie reichten von der Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ bis zur Forderung nach gleichberechtigter Beteiligung an der Erwerbsarbeit und existenzsichernden Löhnen (auch für Frauen). Das erschwerte den gemeinsamen Kampf um eine gleichberechtigte Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit und für den Erhalt bzw. Ausbau der pädagogischen Einrichtungen zur Kinderbetreuung nach der Wende.

Frauenbewegung in der DDR

In der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 stand in Artikel 7, Abs. 1, „Mann und Frau

sind gleichberechtigt.“ Das hatte offensichtlich keiner größeren Diskussion bedurft; in Absatz 2 wurde festgelegt: „Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“

Der DFD war zwar aus den überparteilichen Frauenausschüssen hervorgegangen und verstand sich als Erbe der Frauenbewegung, wurde aber 1952 als einheitlicher, überparteilicher und überkonfessioneller Frauenverband zur Massenorganisation der SED. Der DFD arbeitete auf dem Hintergrund der These, dass die Gleichberechtigung in der sozialistischen Gesellschaftsordnung erreicht und die Rechte der Frauen weitgehend verwirklicht seien. Der Streit darüber, ob es in der DDR Frauenbewegungen gab oder nicht, soll hier nicht aufgenommen werden. Forscherinnen aus der BRD vertreten die Meinung, dass sich „eine unabhängige Frauenbewegung“ angesichts der Vorstellung, die „Frauenfrage“ sei im Sozialismus gelöst, nicht entfalten konnte (z. B. Lenz 2008, S. 868). Forscherinnen aus der DDR sprechen von einer paternalistisch-patriarchalen Gleichberechtigungspolitik in der DDR (z. B. Nickel 2009). Tatsächlich waren in der DDR viele Forderungen, die die bundesdeutschen Frauenbewegungen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren stellten, bereits erfüllt. Wenn auch die Vereinbarkeit der Tätigkeit im öffentlichen mit derjenigen im privaten Bereich noch Wünsche offen ließ, so war doch die notwendige Infrastruktur sichergestellt. Da die Politik der DDR die Wahrnehmung und die Durchsetzung von Frauenrechten und Fraueninteressen zum Staatsziel erklärt hatte, brauchte der DFD diese nicht gegen den Staat durchzusetzen. Durch die verfügte Außerkraftsetzung der gegen das Gleichberechtigungsprinzip in der DDR-Verfassung verstoßenden Gesetze war die Ernsthaftigkeit der Realisierung des Gleichberechtigungsprinzips verfassungsrechtlich verankert: Um die Kluft zwischen Lebenswirklichkeit und Verfassungsprinzip zu überwinden, wurde die Schaffung der notwen-

digen Bedingungen für die Realisierung des Gleichberechtigungsprinzips ebenfalls in der Verfassung festgelegt: „Durch Gesetz der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann“ (Art. 18). Mit dem „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ wurden sowohl eine gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit als auch die Qualifizierung von Frauen für Leitungspositionen und der Bau von Kinderkrippen und -gärten eingefordert (Wissenschaftlicher Beirat 1978).

Dass de facto auch in der DDR erhebliche Lücken zwischen den gesetzlichen Regelungen und den tatsächlichen Möglichkeiten klafften, kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass die „Frauenfrage“ im real existierenden Sozialismus „als Teil der sozialen Frage“ betrachtet wurde, was dazu führte, dass das Herrschaftsverhältnis des Mannes gegenüber der Frau auch innerhalb der eigenen Klasse weitgehend ignoriert wurde (Kuhrig 1998). De jure wurde die Gleichberechtigung von Mann und Frau „in allen Bereichen des gesellschaftlichen, staatlichen und persönlichen Lebens“ festgeschrieben. Frauenpolitik und Frauenbewegung waren vor allem der sozialistischen Theorie der Frauenemanzipation mit dem Recht auf Erwerbsarbeit und der damit verbundenen ökonomischen Unabhängigkeit vom Manne, dem gleichen Recht für Mann und Frau in Politik, Arbeit, Bildung, Ehe und Familie, aber auch Anerkennung der Mutterschaft als soziale Leistung der Frau verbunden.

Die „Frauenbewegung in der DDR“ ist dennoch ein Thema, das mehr als eine Fußnote verdient. In den 1970er, spätestens seit Beginn der 1980er Jahre existierten nicht-staatliche autonome Frauengruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche. Die – wenn auch kleine – „Bewegung“ der Frauen zielte

auf eine Veränderung der sozialen und politischen Verhältnisse. Samirah Kenawi (1995) macht darauf aufmerksam, dass die Frauenbewegung immer auch die Veränderung persönlicher Verhältnisse einbeziehen will und dass diese nach innen gerichtete Auseinandersetzung „mit sich selbst und mit dem persönlichen Umfeld“ schwer prozessual zu erfassen sei. Zudem waren soziale Bewegungen und Protestbewegungen im sogenannten „real existierenden Sozialismus“ neben direkter staatlicher Kontrolle der indirekten Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit ausgesetzt. Dennoch wurden mit dem Entstehen der Bürgerrechts- und Selbsthilfegruppen in der Kirche auch die verschiedenen Frauengruppen sichtbar. Ziel war es u.a. eine eigene Frauenfriedensbewegung aufzubauen, die sich Mitte der 1980er Jahre auch weiteren Themen, wie Gewalt gegen Frauen, Gentechnologie, Kindergartenprogrammen und der Beziehung zwischen den Geschlechtern widmete. Seit 1984 wurden jährliche Frauentreffen veranstaltet und Netzwerke gebildet. Der Wunsch der Gruppen nach Eigenverantwortung führte nicht selten zu Auseinandersetzungen mit den Kirchenleitungen, was Ende 1989 verstärkt zu Auszugsgedanken aus der Kirche führte. Nach der „Wende“ war die Kirche als Schutzraum nicht mehr notwendig.

Feministische Konzepte im Zuge der Wiedervereinigung

Am 9.11.1998 wurde in Berlin die Grenze zwischen DDR und BRD geöffnet. Die Existenz der beschriebenen „nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR“ bildete eine wichtige Ausgangsbasis für die Mobilisierung von Frauen in den Zeiten des Umbruchs. Ein Blick auf die Papiere aus der Zeit der „Runden Tische“ zeigt den Stellenwert der „Frauenfrage“ im Prozess der Vereinigung. „In einem geeinten Deutschland darf sich die rechtliche, ökonomische und soziale Lage der Frau nicht verschlechtern“, hieß es

damals. Die Frauen ahnten, dass sie es damit schwer haben würden. Am 3. Dezember 1989 gründeten mehr als 1200 Frauen aus unterschiedlichen Zusammenhängen den UFV. Unter dem Motto „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ verabschiedeten sie ein „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“, das sie als „sozialistische Alternative zur Wiedervereinigungspolitik“ verstanden. Der UFV verband damit die illusorische Hoffnung bei der Ausarbeitung gesamtdeutscher Gesellschaftsstrategien, die auf ein solidarisches Miteinander aller sozialer Gruppen gerichtet sein sollten, um „einen modernen Sozialismus auf deutschem Boden“ zu erreichen, beteiligt zu werden. Dass der UFV kein Mandat bei den ersten Nachwende-Wahlen zur Volkskammer im März 1990 erzielte, hatte sicher verschiedene Gründe. Westdeutsche Feministinnen führten es auch darauf zurück, dass die ostdeutschen Frauen zu schnell bereit waren, die gewonnene „Freiheit vom Staat“ zur direkten „Teilnahme am Staat“ zu nutzen (Hampele Ulrich 2000).

Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 lief die „Frauenfrage“ schnell Gefahr, im Strudel der großen Veränderungen und damit verbundenen Verunsicherungen zum Randproblem degradiert zu werden. Die Vereinigungsdebatten klammerten Frauenpolitik weitgehend aus. Eine gemeinsame Ost-West-Frauenbewegung hatte sich in der Hektik des Vereinigungsprozesses nicht wirklich formieren können, obwohl zu Beginn der 1990er Jahre, besonders im Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen 218 und im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung des Frauenstreiktages am 8. März 1994, eine intensive Zusammenarbeit mit Frauen und Frauengruppen der „alten Bundesländer“ bestand. Dem UFV ist es nicht gelungen, den Schwung der Gründungsphase beizubehalten und so wurde er 1998 aufgelöst. Da auch die westdeutschen Feministinnen gerade mit einer „Atempause“ (Gerhard 1999) beschäftigt waren, aus der sie bis jetzt nicht

zurückgekehrt sind, wirbelte dieses Ende keinen sichtbaren Staub auf.

Mehr als 20 Jahre nach der „Wende“

Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt stellt noch heute einen der markantesten innerdeutschen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland dar. In Westdeutschland wurde die Ehe mit einem Vollzeit erwerbstätigen Ehemann und einer Hausfrau bzw. „Zuverdienerin“ gefördert. Die politischen Rahmenbedingungen in der DDR förderten die Vollzeitbeschäftigung von Frauen und Männern, auch wenn sie Mütter und Väter waren. Dazu gab es eine Reihe von staatlichen Unterstützungen wie etwa ein großes Angebot an Vollzeit-Betreuungsplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten. In Westdeutschland waren zum Zeitpunkt des Mauerfalls 1989 nur 56 Prozent der Frauen auf dem Arbeitsmarkt aktiv; die Erwerbsquote ostdeutscher Frauen lag bei 89 Prozent. Sie waren auch als Mütter selbstverständlich erwerbstätig. Konservative PolitikerInnen hofften, dass sich mit der Übernahme der westdeutschen sozialpolitischen Rahmenbedingungen das Erwerbsverhalten ostdeutscher Frauen nach der „Wende“ rasch dem der westdeutschen Frauen anpassen würde. Eine solche Angleichung ist trotz der drastischen Veränderungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nach 1990 bis heute nicht festzustellen.

Die Ausdifferenzierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse führt allerdings zu nicht existenzsichernden prekären Arbeitsverhältnissen, die es vielen Frauen bestenfalls erlauben, neben der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit „dazu zu verdienen“. Ein Modell, das Ostfrauen ebenso fremd war, wie das „reine“ Hausfrauenmodell. Es ist höchste Zeit, gemeinsam über Alternativen nachzudenken, die Frauen und Männern, egal wie sie aussehen, wie sie (zusammen) leben und aus welchen Ländern sie kommen,

die Teilhabe am Ganzen Leben ermöglichen (vgl. Notz 2011b). Deshalb braucht es weiterhin Räume und Medien zur Vernetzung für und von Feministinnen. ■

⇒ Dr. Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, arbeitet bei der Zeitschrift „Lunapark 21“ mit und ist Herausgeberin und Autorin des Kalenders Wegbereiterinnen.

Literatur

- Gerhard, Ute (1999): *Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt*, Frankfurt/M.
- Hampele Ulrich, Anne (2000): »Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitischen Experiment im deutschen Vereinigungsprozeß«, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin
- Kenawi, Samirah: *Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation*, Berlin 1995
- Kuhrig, Herta (1998): „Mit den Frauen“ – „Für die Frauen“. *Frauenpolitik und Frauenbewegung in der DDR*, in: Hervé, Florence (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Frauenbewegung*, Köln, S. 209 – 248
- Lenz, Ilse (Hrsg.) (2008): *Die neue Frauenbewegung in Deutschland*, Wiesbaden
- Luci, Angela (2011): *Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und Frankreich*, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Nickel, Hildegard Maria (2009): *Paternalistische Gleichberechtigungspolitik und weibliche Emanzipation – Geschlechterpolitik in der DDR*. In: Lorenz, Astrid / Reutter, Werner (Hrsg.): *Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft*, Opladen, S. 167–183.
- Notz, Gisela (2003): *Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948/49 – 1957*, Bonn
- Notz, Gisela (2006): *Warum flog die Tomate?*, Neu-Ulm
- Notz, Gisela (2007): *Mehr als bunte Tupfen im Bonner Männerclub. Sozialdemokratinnen im Deutschen Bundestag 1957 – 1969*, Bonn
- Notz, Gisela (2011a): *Feminismus*, Köln
- Notz, Gisela (2011b): *Theorien alternativen Wirtschaftens*, Stuttgart
- Notz, Gisela / Wickert, Christl (2009): *Die geglückte Verfassung*, Berlin
- Wissenschaftlicher Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ bei der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): *Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR*, Leipzig 1978



Kinderspiel Kapitalismus: Gysis Geheimnisse

von Tom Strohschneider

Gregor Gysi ist sauer, und mein Nachbar weiß natürlich ganz genau warum. Er hat neuerdings von vielen Dingen eine Ahnung, auch von solchen, die er eigentlich gar nicht wissen kann. Wie der neue Freund von der Schulze aus der Vierten heißt zum Beispiel. Oder dass der Besitzer des Hauses vorne an der Ecke im Knast sitzt. Wo erfährt man denn so etwas, wenn man nicht beim Geheimdienst arbeitet? Tut mein Nachbar angeblich nicht, der hatte ja schon lange keinen Job mehr. Was aber auch irgendwie verdächtig ist. Jedenfalls, sagt er, werde die Linke vom Verfassungsschutz beobachtet. Und deshalb sei der Gysi sauer.

Warum die extra eine halbgeheime Behörde auf die Partei ansetzen, frage ich zurück. Wo doch jeden Tag mindestens einer von den Linken im Fernsehen auftritt. Stündlich werden unchiffrierte Erklärungen versandt. Immer ist auch irgendwo in einem Nachbarschaftsheim ein Kreisparteitag und alle Welt kann dann dabei zusehen, was die Linken so treiben. Bedeutende Leute der Partei verraten sogar freiwillig den jeweils aktuellen Stand ihrer Liebesbeziehungen. Wozu also den Verfassungsschutz mit dieser Partei befassen, der ist doch schon mit ganz anderen Dingen überfordert.

Darum geht es gar nicht, zischt mein Nachbar. Und setzt ein Gesicht auf, als ob hinter der Wand ein Tonbandgerät mitläuft. Es gehe vielmehr – wie fast alles seit einiger Zeit – um die Krise. Der Euro, Griechenland, die Börse und so. Die Linke habe da nämlich Vorschläge, welche andere und eben auch der Geheimdienst als umstürzlerisch bezeichnen, damit die Leute sich nicht trauen, das eigentlich Vernünftige als solches zu erkennen. Denn, und dabei guckt er sich vorsichtig um: die Kri-

se, das ist der Kapitalismus selbst. Nicht die Verfassung müsse man vor der Linken schützen, und schon gar nicht mit dieser Zeitungs-auswertungsbehörde. Hilfe brauche vielmehr das Grundgesetz gegen die Kapitalisten, die sich um den Inhalt nicht scherten.

Da triumphiert mein Nachbar ein bisschen: Vergesellschaftung ist erlaubt, Eigentum verpflichtet - solche Dinge. Und schwupps schon ist man auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus. Ob das Grundgesetz denn bisher nur falsch angewandt worden ist, frage ich zurück. Ob die Leute vielleicht die Bedienungsanleitung verlegt haben. Und ob es denn stimmt, dass die SPD, die doch auch den demokratischen Sozialismus im Programm hat, nur deshalb nicht beobachtet wird, weil jeder weiß, dass sie ihr Programm nicht so ernst nimmt, wenn es darauf ankommt?

Genau, sagt mein Nachbar. Deshalb ist der Gysi sauer. Und deshalb hat er einen Brief geschrieben an den Christian Wulff. Was der Präsident mit dem Brief gemacht hat, weiß mein Nachbar nicht, der hat ja jetzt auch andere Probleme. Dafür konnte er berichten, dass die Leute, die Wulff um sich geschart hat, Kosenamen wie „Oberschnulli“ und „Generalfeldschnulli“ untereinander verwenden. Decknamen sind offenbar nicht nur beim Geheimdienst üblich, sondern auch im präsidenten Gefälligkeits-Komitee. ■

↳ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Tageszeitung

Der europäische Fiskalvertrag und das Wachstum in der Eurozone

von Arne Heise



Die fieberhafte Suche – in den Jahren 2010 und 2011 gab es statt der üblichen vier Halbjahrestreffen insgesamt 14 EU-(Sonder-) Gipfel – nach Lösungen der Euro-Krise geht auch in 2012 weiter. Das jüngste Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs im Januar 2012 brachte nun die Absprachen des letzten Sondergipfels im Dezember 2011 in eine verbindliche Form: den Fiskalvertrag, der gleichermaßen als der große Wurf gepriesen wie als letzte Chance für eine Vertrauensstabilisierung angesehen wird.

Da der Vertrag in der Kontinuität der bereits in 2011 diskutierten bzw. bereits ergriffenen Maßnahmen steht, sollte nicht überraschen, dass sein Ausgangspunkt weiterhin eine einseitige Lesart der Eurokrise als ‚Krise der Staatshaushalte‘ einiger EU-Mitgliedsländer ist. Es geht deshalb im Wesentlichen um die kurzfristige Sicherung der Liquidität der EU-Regierungen, die Konsolidierung der seit der Weltfinanzkrise fast überall in der Eurozone aus dem Ruder laufenden Staatsschuldenquoten und die langfristige (und deshalb strukturelle) Weichenstellung in Richtung einer restriktiveren Haushaltspolitik. Dazu wird zunächst einmal der eigentlich nur als temporärer ‚Rettungsschirm‘ gedachte Europäische Finanzmarktstabilisierungsfonds (ESFS) in einen dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) bereits ab Mitte 2012 umgewandelt und insgesamt auf ein Volumen von 950 Mrd. Euro (inklusive der IWF-Anteile) aufgestockt. Diese Mittel können EWU-Ländern mit akuten Liquiditätsproblemen unter den Prinzipien der Konditionalität, Einstimmigkeit und Ultima Ratio zur Verfügung gestellt werden. Damit können Gemeinschaftskosten – spekulative Überhöhungen des unsicherheitsbedingten

Zinsspreads und Ansteckungskosten i.w.S. – vergemeinschaftbar werden. Vor allem soll damit der Spekulation um das Fortbestehen der EWU und die Vermeidung von Staatsbankrotten in der EWU endgültig begegnet werden. Die Konditionalität der Mittelbereitstellung, die dann unerlässlich ist, wenn tatsächlich fehlerhafte Wirtschaftspolitik und nicht externe Schocks zur Notwendigkeit der Inanspruchnahme des ESM führen, kann aber natürlich auch problematisch werden, wenn dadurch wirtschaftspolitische Maßnahmen erzwungen werden, die weder ökonomisch funktional noch politisch tragfähig sind - dies ist es, was wir gegenwärtig im Falle Griechenlands erleben.

Obwohl der Eurozone in der Zeit vor der Weltfinanzkrise eine z.B. im Vergleich zum OECD-Durchschnitt relativ starke Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gelungen und der massive Anstieg der öffentlichen Defizite und Schuldenstandsquoten nach 2008 ganz offensichtlich die Folge der Krise und der notwendigen Krisenbekämpfungsmaßnahmen war, wird in völliger Verkehrung der Kausalzusammenhänge die ‚(Sanktions-) Schwäche‘ des bisherigen Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (ESWP) zur wesentlichen Ursache der Euro-Krise stilisiert und folglich nun eine Stärkung des ESWP beschlossen. Danach soll der ‚präventive Arm‘ des ESWP nicht nur die Haushaltsdefizite, sondern auch die Schuldenstandsquoten in den Blick nehmen. Solange diese Schuldenstandsquoten die arbiträr gesetzte Größenordnung von 60 Prozent des BIP deutlich überschreiten, muss nun der fiskalpolitische Austeritätskurs fortgesetzt werden, selbst wenn das strukturelle Haushaltsdefizit eines EWU-Landes das Ziel des ESWP von ‚beina-

he Null' erreicht hätte. Um diese finanzpolitische Orientierung zu erzwingen, soll im ‚korrektiven Arm‘ des ESWP die Sanktionierung von Fehlverhalten dadurch quasi automatisiert werden, dass die Sanktion nicht länger beschlossen, sondern in Umkehrung der Begründungspflicht die Nicht-Sanktion nur noch durch qualifizierte Mehrheit abgewendet werden kann. Darüber hinaus verpflichten sich die Euroländer (und mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien auch alle anderen EU-Mitgliedsstaaten) eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild konstitutionell abzusichern. Mit diesen demokratietheoretisch äußerst bedenklichen Verfahrensneuerungen wären zwar weder die ‚Griechenland-Krise‘ noch die ‚Irland-Krise‘ zu verhindern gewesen, gleichwohl wird die bislang immerhin bestehende Flexibilität des ESWP weiterhin eingeschränkt. Ein ökonomisch ‚dummer Pakt‘ (so der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi) wird damit weiter verschlimmert, der Druck auf die Ausgabenseite der EWU-Staaten aufrechterhalten und er dürfte damit die Grundlage für eine stagnative Marktconstellation in der EWU schaffen.

Man muss nicht Keynesianer sein, um zu begreifen, dass die verheerenden Wirtschaftsdaten, die nach jeder weiteren Sparrunde aus Griechenland (aber auch anderen Eurozone-Ländern wie Irland, Spanien oder Portugal) gemeldet werden, etwas mit dem durch die Sparprogramme ausgelösten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu tun hat – und damit nicht nur massive Arbeitsmarkt- und Sozialprobleme auslöst, sondern selbst das Konsolidierungsziel gefährdet. Deshalb wird der Ruf lauter, die restriktiven strukturellen Maßnahmen des Fiskalvertrags durch einen ‚Neuen Marshall Plan‘ zu ergänzen, der Wachstumsimpulse insbesondere in den am schlimmsten betroffenen Ländern setzen soll. Da auf nationaler Ebene nach den Maßgaben des Fiskalvertrags dafür keinerlei Spielräume mehr besteht, die EU aber über

keine eigenständigen Möglichkeiten verfügt durch Schuldenaufnahme („deficit spending“) diese Rolle zu übernehmen, wird auf die im EU-Haushalt vorhandenen Mittel verwiesen und eine ‚Konzentration‘ der Bereitstellung für besonders betroffene Länder ins Spiel gebracht (als Kriterium wird eine überdurchschnittlich hohe Jugendarbeitslosigkeit genannt). Nach dieser Lesart stehen noch etwa 80 Mrd. Euro aus den EU-Strukturfonds unverausgabt zur Verfügung – eine Summe, die tatsächlich, wenn sie denn auf wenige Länder konzentriert werden könnte, beachtliche Wachstumsimpulse setzen würde (zum Vergleich: die staatlichen Investitionen Griechenlands betragen im Jahr 2011 etwa 5 Mrd. Euro!). Tatsächlich aber handelt es sich bei den 80 Mrd. Euro um etwa jene Mittel des EU-Strukturfonds, die für die letzten beiden Jahre des Finanzplanungszeitraumes von 2007 – 2013 vorgesehen sind. Diese Mittel sind nach einem feste Schlüssel bereits vergeben und die besonders betroffenen Ländern bereits jetzt wesentlich daran beteiligt – so erhält Griechenland pro Einwohner 260 Euro, Deutschland nur 45 Euro! Zusätzliche Konzentration, die allenfalls geringe expansive Effekte zeigen könnte, wird sich im europäischen Verteilungskampf kaum durchsetzen lassen.

Es zeigt sich, dass das EU-Governance-System, welches die nationalen Politikrationalitäten widerspiegelt, einer massiven Krise des gemeinsamen Währungsraums nicht gewachsen ist. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl

von Claudia Bogedan

67

67 Jahre sollen zukünftig Arbeitnehmer alt sein, wenn sie in die Rente gehen. Mit Beginn des Jahres begann die schrittweise Umsetzung des bereits von Schwarz-Rot verabschiedeten neuen Renteneintrittsalters. Hatte die Große Koalition damals zwar eine soziale Haltelinie in den Gesetzentwurf integriert, die die tatsächliche Einführung nur unter den Umständen vorsah, „dass die Bundesregierung vom Jahre 2010 an alle vier Jahre über die Entwicklung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu berichten und eine Einschätzung darüber abzugeben habe, ob die Anhebung der Regelaltersgrenze unter Berücksichtigung der Entwicklung der Arbeitsmarktlage sowie der wirtschaftlichen und sozialen Situation älterer Arbeitnehmer weiterhin vertretbar erscheint“ (§ 154 Absatz 4 SGB VI), so wurden die bestehenden Probleme negiert und der Anstieg der Erwerbsbeteiligung von über 55-Jährigen als hinreichende Grundlage für die Umsetzung der „Rente mit 67“ von der amtierenden schwarz-gelben Regierung angeführt.

Auch die SPD tut sich nach wie vor schwer im Umgang mit der Rente mit 67. So wurden auf dem Bundesparteitag im Dezember nur Formelkompromisse gefunden, die eigentlichen Entscheidungen wurden vertagt. Dabei geht es bei den offenen Fragen nur vermeintlich allein um „technische“ Details.

Die Frage, ob zukünftig die gesetzliche Rente für Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, allein zum Leben reichen soll (Lebensstandardsicherung), berührt eine zentrale Dimension sozialer Gerechtigkeit. Wenn Beschäftigte am Ende ihres Erwerbslebens genauso viel oder nur ein wenig mehr an Rente beziehen als Personen, die nicht oder bloß kurzzeitig erwerbstätig waren, verstößt dies

gegen grundlegende Gerechtigkeitsnormen. Drei Viertel der Bevölkerung meinen angesichts solcher Entwicklungen, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen habe.

Will die SPD wieder Glaubwürdigkeit in ihrem Markenkern zurückerlangen, dann MUSS sie ein kohärentes Konzept zur Lösung der zu erwartenden Probleme in der zukünftigen Alterssicherung entwickeln. Ein bisschen „Kosmetik“ oder „Rhetorik“ reicht nicht. Denn die Hoffnung, die zukünftigen Einschnitte beim Rentenniveau mit der Riesterrente auszugleichen, müssen heute als gescheitert betrachtet werden. Der Schutz vor Altersarmut und die Sicherung eines angemessenen Rentenniveaus müssen daher das Streben nach möglichst geringen Beitragssätzen als Prinzip unserer Rentenpolitik ablösen. Dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der Bevölkerung, von denen nur etwas mehr als ein Drittel meinen, dass Steuer- und Beitragsentlastungen für die junge Generation zu mehr Gerechtigkeit führen. Noch unpopulärer sind Rentenkürzungen heute und in der Zukunft. Gleichzeitig droht nämlich bei der Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses, dass Kostenentlastungen in der Gegenwart durch die Absenkung der Beitragssätze zu sozialen Folgekosten in der Zukunft führen werden, wenn mehr Menschen auf die steuerfinanzierte Grundsicherung angewiesen sind, weil ihre Rente nicht zum Leben reicht. Statt sich also in das Für und Wider einer „Rente mit 67“ zu verbeißen, sollte die Rentenpolitik der SPD die Frage der sozialen Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. ■

↳ Dr. Claudia Bogedan leitet die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung.

Gewerkschaften und Genossenschaften: Versuch einer Positionsbestimmung

von Walter Vogt

Gewerkschaften begegnen Genossenschaften skeptisch. Das verwundert, sind doch die deutschen Genossenschaften Arbeitgeber für 862.500 Menschen, und konnte sie in der Finanz- und Wirtschaftskrise ihre stabilisierende Rolle sichtbar unter Beweis stellen.¹

Historie

Kennzeichnend für die Rechtsform der Genossenschaft² ist die Hilfe zur Selbsthilfe, der Zusammenschluss von Personen, um gemeinsam Aufgaben zu übernehmen, die der Einzelne für sich nicht bewirken kann. Entscheidend für die genossenschaftliche Entwicklung in Deutschland vor über 150 Jahren war, dass der Selbsthilfegedanke von verantwortungsbewussten Personen³ aufgegriffen, und stetig weiterverfolgt wurde. Wichtig war aber auch, dass sich in der Rechtsform die Ideale einer klassenbewussten Arbeiterschaft wiederfanden. Gleichberechtigung, Mitspracherechte und Solidarität waren in Zeiten der industriellen Revolution oft die Alternative zur hierarchisch und kapitalistisch dominierten Ordnung. So erstaunt nicht, dass die Frühphase der Arbeiterbewegung durch einen Dreiklang Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft geprägt war.⁴

Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden zunehmend Genossenschaften, meist auf dem Konsum- und Wohnungssektor, die halfen, die

Not der Arbeiter zu lindern. Ihre Mitgliederzahlen stiegen rasch, und auch eine Annäherung an Gewerkschaften und Sozialdemokratie konnte erreicht werden. Gerade Konsumgenossenschaften boten Gewerkschaftsmitgliedern eine Beschäftigung, wenn diese durch ihre gewerkschaftlichen oder politischen Aktivitäten missliebig geworden sind.⁵ Die Gründung von Wohnungsgenossenschaften nahm ihren Anfang oft in der spontanen Selbsthilfe von Arbeitslosen. Theoretische Programme der Gewerkschaften gab es zunächst nicht. Auch scheiterten viele dieser Genossenschaften wegen ihrer mangelnden Kapitalausstattung wieder. Eine Möglichkeit des Auffangens stellte, jedoch unter Verlust der genossenschaftlichen Rechtsform, die ‚Bauhüttenbewegung‘ dar. Gesellschafter waren Gewerkschaften, Kommunen und andere Genossenschaften.⁶ 1922 wurde der ‚Deutsche Baugewerkschaftsbund‘ gegründet, um zwei Jahre später mit der Gründung der ‚Deutsche Wohnungsfürsorge AG‘ durch den Baugewerkschaftsbund und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Weichen zu einem gewerkschaftseigenen, gemeinwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen zu stellen.⁷ Nach dem zweiten Weltkrieg wurden auf Beschluss des DGB-Bundesvorstands 1954 alle Vermögensreste der wohnungswirtschaftlichen Beteiligung unter dem Dach der ‚Neuen Heimat‘ zusammengefasst.⁸ Fakt ist: Die wohnungswirtschaftliche

1 Vgl. Stappel, Michael: Die deutschen Genossenschaften 2011, Wiesbaden (2011), St. 8-9.

2 Der besseren Lesbarkeit halber ist immer die Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) gemeint.

3 Hier sind insbesondere zu nennen Hermann Schulze-Delitzsch (1808–1883), Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888), Viktor Aimé Huber (1800–1869), Eduard Pfeiffer (1835–1921) und Heinrich Kaufmann (1864–1928).

4 Vgl. Klemisch, Herbert / Flieger, Burghard [Potenziale, 2007]: Genossenschaften und ihre Potenziale für Innovation, Partizipation und Beschäftigung, KNI Bericht 01/07, Köln (2007), St. 36.

5 Vgl. dazu die Rolle der ‚Hamburger Richtung‘ bei Bösch, Burchard: in: ZdK (Hrsg.): Kurze Geschichte der Konsumgenossenschaften unter http://www.zdk-hamburg.de/documents/Kurze_Geschichte.pdf, Hamburg (o. J.), St. 5 (aufgerufen am 23.01.2011).

6 Vgl. umfassend Mersmann, Arno / Novy, Klaus: Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft: Hat eine Ökonomie der Solidarität eine Chance? Frankfurt/M. (1991), St. 56-72.

7 Anm.: Im Verbund entstanden mit der ‚Volksfürsorge‘ oder der ‚Arbeiterbank‘ weitere Unternehmen zur Finanzierung der wohnungswirtschaftlichen Aktivitäten.

8 Vgl. Bierbaum, Heinz / Riege, Marlo: [Selbsthilfe, 1989]: Selbsthilfe, Genossenschaften, Vergesellschaftung, Hamburg (1989), St. 65-67.

Betätigung der Gewerkschaften in genossenschaftlicher Ausprägung endete bereits in Zeiten der Weimarer Republik!

Im Konsumbereich zeigte sich das gewerkschaftliche Engagement nach dem zweiten Weltkrieg zunächst in der Gründung einer Reihe von Gemeinwirtschaftsbanken.⁹ Die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) war 1958 das Produkt eines Zusammenschlusses von sechs dieser Gemeinwirtschaftsbanken.¹⁰ Die schwindende Macht der Konsumgenossenschaften und ihre Verlagerung auf die Gewerkschaften Anfang der 70er Jahre bewirkte, dass die BfG sukzessive von den Gewerkschaften kontrolliert wurde. Indes blieb sie weiter Finanzier der Konsumgenossenschaften mit der Folge, dass diese ihrerseits weiter in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten. Es setzte sich die vermeintliche Überzeugung durch, dass die Rechtsform der Genossenschaft fortan nicht mehr geeignet sei, und Konsumgenossenschaften eher als Aktiengesellschaften (AG) zusammen zu fassen seien. Der faktische Zusammenbruch der co op AG zeigte später drastisch, dass es gerade nicht möglich ist, aus angeschlagenen Genossenschaften gesunde AGs zu machen.¹¹

Richtig ist, dass Wurzeln der ‚Gemeinwirtschaft‘ in der genossenschaftlichen Selbsthilfe liegen. Doch sind diese längst gelöst, als die Selbsthilfe überlagert wurde von weiteren, höheren Interessen im Rahmen der Gemeinwohlökonomie.¹² Spätestens nach diesen Erfahrungen begegnen Gewerkschaften den Genossenschaften mit Skepsis. Dennoch: Die Chancen einer Annäherung stehen gerade aktuell gut.

9 Anm.: mit dem Ziel, die von den Nationalsozialisten verbotenen Spar- einrichtungen der Konsumgenossenschaften zu ersetzen, um diesen damit wieder eine günstige Kapitalbeschaffung zu ermöglichen.

10 Vgl. Bösche, Burchard / Korf, Jan-Frederik in ZdK (Hrsg.) in: Chronik der deutschen Konsumgenossenschaften unter http://www.zdk-hamburg.de/download/Chronik_ZdK.pdf, Hamburg (2003) St. 37 (aufgerufen am 23.01.2012).

11 Vgl. ZdK (Hrsg.) [Kurze Geschichte Konsumgenossenschaften, o. J.]: a. a. O. St. 8.

12 Vgl. Bierbaum, Heinz / Riege, Marlo [Selbsthilfe, 1989]: a. a. O. (8) St. 22.

Neue gewerkschaftliche Ansatzpunkte

Gerade auf der demokratischen Struktur der Genossenschaft lassen sich eine Reihe neuer gewerkschaftlicher Handlungsfelder aufbauen. Primär ist dabei die Sicherung von Arbeit und Beschäftigung zu nennen.

In Unternehmenskrisen, und auch im Zuge von Regelungen zur langfristigen Unternehmensnachfolge dürfen Ansätze für einen Zusammenschluss der Belegschaft mittels einer Mitarbeiterkapitalbeteiligung in genossenschaftlicher Ausprägung nicht länger unberücksichtigt bleiben. So kann kollektives Know How gesichert werden, und, da solche Prozesse beteiligungsorientiert ablaufen, können Gewerkschaften immer auch ein Potential an neuen Mitgliedern ansprechen.

Genossenschaften tragen seit jeher dazu bei, lokale Arbeitsplätze zu sichern. Ihre regionale Verwurzelung stellt ein Gegengewicht zur Entvölkerung ländlicher Gebiete dar und fördert so die Entwicklung strukturschwacher Regionen. Ein solides Geschäftsmodell schützt die Mitglieder auch in Krisenzeiten.¹³ Warum tun sich Gewerkschaften aber schwer mit Betriebsübernahmen, dazu noch in genossenschaftlicher Form? Es sind wohl zwei Hauptgefahren:

Erstens, das mögliche Scheitern der Selbsthilfe und das damit verbundene vergebliche Binden von Ressourcen. Zweitens genau das Gegenteil, also der Erfolg der Kooperative, einhergehend mit Abwanderung der Belegschaft, deren Tragen von unternehmerischer Verantwortung und damit der Verringerung des gewerkschaftlichen Vertretungspotentials¹⁴, konkret: Betriebsräte und Gewerkschaften könnten überflüssig und Tarifstandards unterlaufen werden – mit der Gefahr

13 Vgl. Vogt, Walter [Sozialromantik, 2010]: Genossenschaften – Sozialromantik oder reale Alternative zum Finanzkapitalismus, in: spw 5/2010, St. 47-53 (51), Dortmund (2010).

14 Vgl. Klemisch, Herbert / Flieger, Burghard [Potenziale, 2007]: a.a.O., St. 39.

weiterer Abwärtsspiralen. Trotzdem: In Zeiten, wo die Gewerkschaften mittels betrieblicher Bündnisse von Flächenverträgen abweichen, (die damit verbundenen Wettbewerbswirkungen aber genau prüfen), scheinen diese Ängste überholt. Abgesehen davon, dass die vollständige Übernahme kaum erreicht wird, gelten für Genossenschaften mit dem Betriebsverfassungsgesetz und den Gesetzen zur Unternehmensmitbestimmung die gleichen mitbestimmungsrechtlichen Grundlagen. Auch Arbeitnehmervertretungen sind weiter notwendig – wenn auch mit neuen Herausforderungen, da sich, wie bei allen Kapitalbeteiligungsmodellen, das klassische Rollenverständnis der Mitbestimmung verändert. Umso wichtiger ist es, das sich Gewerkschaften koordinierend in Belegschaftsinitiativen einbringen, Anregungen geben, Netzwerke aufbauen und letztlich den Prozess stetig unter der Prämisse des Erhalts von Standort und Beschäftigung absichern. Gewerkschaften können gerade heute andere, neue betriebliche Strukturen entwickeln und fördern. Und da sei auch auf die Rechtsform Genossenschaft verwiesen. Allerdings: Auch Genossenschaften müssen sich am Markt behaupten, allein die Rechtsform schafft keine nachhaltigen Arbeitsplätze! Doch im Gegensatz zu anderen Unternehmen bemisst sich bei ihr der Erfolg nicht primär an der erzielten Kapitalrendite, sondern vielmehr in der Erfüllung ihres jeweiligen Förderzwecks.

Daher ist auch außerhalb der betrieblichen Ebene eine Unterstützung der Rechtsform gerade für jene Personengruppen einzufordern, die kaum einen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. In der Genossenschaft kann es gelingen, sie wirksam zurück in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren, indem ihnen Know How vermittelt und Verantwortung übertragen wird¹⁵. Hier können sich Gewerkschaften aktiv einbringen.

¹⁵ z. B. im Rahmen von Stadtteil- oder Arbeitslosengenossenschaften mit der Übernahme von handwerklichen Tätigkeiten, Umzugsservice oder Instandhaltungsleistungen.

Ferner ist die Frage nach umfassender Demokratisierung der Wirtschaft und ihrer ökologischen Ausrichtung ein aktuelles Themenfeld:¹⁶ Genossenschaften zeigen ihre Stärken gerade dort, wo gesellschaftliche Interessen gestützt werden. Allein der Demografie geschuldet nimmt der Sektor der sozialen Dienstleistungen einen breiten Raum für neue Handlungsfelder ein. Sie liegen da, wo sich der Staat aufgrund rückläufiger Verteilungsspielräume bei steigenden Bedarfen sozialer Absicherung und Erhaltung öffentlicher Infrastruktur zurückzieht, und wo soziale Erfordernisse unberücksichtigt bleiben.

Auf der kommunalen Ebene kann die Genossenschaft (ohne den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen!) Träger speziell von kulturellen Leistungen sein; als soziale Alternative zur Privatisierung und Veräußerung des „Tafelsilbers“ kann sie ein Modell sein, staatliche Leistungen für breite Schichten der Bevölkerung zu sichern. Schon im Vorfeld sind konkrete nutzerorientierte Lösungen zu eruiieren und ihre finanzielle und technische Praktikabilität auszuloten. Im Verbund mit anderen gesellschaftlichen Gruppen können Gewerkschaften helfen, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen abzusichern und auszubauen. Sie können Druck entfalten, indem sie kommunale genossenschaftliche Modelle aktiv unterstützen und ‚promoten‘.

In jüngerer Zeit zeigen Genossenschaftsneugründungen im Bereich autark agierender Energieerzeugung und – Vermarktung stark aufstrebende Tendenz. Auf traditionell eher oligopolistisch geprägten Märkten entstehen Photovoltaikanlagen, Wind- und Heizkraftwerke, Bioenergiedörfer – nicht nur in staatlich geförderten Modellprojekten, sondern zunehmend aus Bürgerinitiativen heraus. Sie stellen konkrete Beispiele für einen sozial–

¹⁶ Zu den Möglichkeiten im sozialen und ökologischen Bereich vgl. auch Vogt, Walter [Wir eG, 2011]: Wir eG statt Ich AG, in: FES (Hrsg.) WISO direkt, Mai 2011, Bonn (2011).

ökologischen Umbau dar. Dass gewerkschaftliche Aktivitäten aus individuellem Engagement hervorgehen, und dabei nicht nur auf Sicherung der Beschäftigung beschränkt sein müssen, zeigt die ‚Volkswagen Belegschaftsgenossenschaft für regenerative Energien am Standort Emden eG‘, einem Solarkraftwerk in Mitarbeiterhand, das auf die Initiative eines IG Metall-Betriebsrats zurückgeht und mittlerweile soviel Strom liefert, um 70 Dreipersonenhaushalte ein Jahr lang zu versorgen.¹⁷ Das Beispiel zeigt: Die Gewerkschaft gibt es nicht. Konkretes genossenschaftliches Handeln ist abhängig von unterschiedlichen Motiven, Bedürfnissen - und dem individuellen Leidensdruck! Gewerkschafter können folglich für den Genossenschaftsgedanken aktiv eintreten, Potentiale aufzeigen und fördern, und so aktiv zur Verbreiterung der genossenschaftlichen Werte in der Gesellschaft beitragen.

Fazit

Die Aufgabe für Gewerkschaften sollte also lauten: In den politischen Arenen im Zuge einer wirtschaftsdemokratischeren Ausrichtung nach der Krise Genossenschaften als eine mögliche Alternative positiv herausstellen und ihre Weiterentwicklung aktiv fördern. Parallel bei betrieblichen Umstrukturierungen Genossenschaftsmodelle aufzeigen und vertreten. Konkrete gewerkschaftliche Ansätze können sein:¹⁸

- Verstärkung der Diskussion um Mitarbeiterkapitalbeteiligungen. Sie darf nicht auf Krisenzeiten beschränkt bleiben!
- Verbreiterung der genossenschaftlicher Formen unter den Mitgliedern und Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen und

- sie bei den externen Beratern als mögliche Zielvorstellung einer Belegschaftsinitiative thematisieren, denn: Genossenschaftslösungen scheiden heute auch mangels Bekanntheit von vornherein aus.¹⁹
- Erörterung neuer genossenschaftlicher Ansätze in den politischen Arenen.
- Einbringen eigener Vorstellungen, und - im Dialog mit den genossenschaftlichen Vertretern - Werben für mehr Chancengleichheit der Rechtsform.²⁰

Die Zeit ist reif für eine Rückbesinnung! Die Genossenschaft steht für eine andere Form des Wirtschaftens. Damit ist sie auch eine ordnungspolitische Alternative zur Eindämmung des Finanzkapitalismus. Ein Fundament für eine krisenresistentere Unternehmenslandschaft ist sie allemal. Doch um sich noch sichtbarer entfalten zu können, braucht sie Fürsprecher. Gewerkschaften mit ihrem Mitgliederpotenzial können gerade aktuell, wo die Vereinten Nationen das Jahr 2012 zum ‚Internationalen Jahr der Genossenschaften‘ deklariert haben - und damit die herausragende Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung würdigen - eine wichtige Rolle einnehmen. ■

☞ Walter Vogt ist politischer Sekretär im FB Betriebs- und Branchenpolitik beim Vorstand der IG Metall.

17 Vgl. Agentur für Erneuerbare Energien e. V. / DGRV: Energiegenossenschaften, Berlin (2011), St. 34-37.

18 Vgl. Vogt, Walter [Genossenschaften, 2011]: Genossenschaften – eine andere Form des Wirtschaftens, in: Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.) DOKUMENTE unter www.parlamentarische-linke.de/fileadmin/Texte/2011/Reader_Genossenschaften_final.pdf (aufgerufen am 23.01.2012), Berlin (2011), St. 92-93.

19 Herauszuheben ist hier das Beratungsangebot der Task-Force Krisenintervention der IG Metall unter <http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/internet/style.xsl/krisenintervention-was-ist-das-2501.htm> (aufgerufen am 25.01.2012), über welches auch schon Belegschaftsinitiativen finanziert werden konnten, die Genossenschaft aber bislang keine Rolle spielte.

20 Zur Diskriminierung der Genossenschaft gegenüber anderen Rechtsformen vgl. Vogt, Walter [Genossenschaften, 2011]: a.a.O. (18) St. 75 ff.

Politik neu denken

– Die Bedeutung von Fortschritt im Jahr 2012

von Matthias Machnig

In Deutschland gab es einen Nachkriegskonsens. Dieser basierte auf folgender Grundüberlegung: Fortschritt bedeutet Wachstum und Wachstum bedeutet bessere Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, Nachhaltigkeit und mehr Demokratie. Heute beobachten wir eine zunehmende Erosion dieses Konsens’.

Ungleichheit der Einkommensverteilung

Seit Jahren driften Lohn- und Kapitaleinkommen auseinander. Im Jahr 2011 machten Einkommen aus Gewinnen und Kapital bereits ein Drittel des gesamten Volkseinkommens aus. Der Anteil der Lohneinkommen schwankt hingegen seit 2005 zwischen gut 42 und knapp 44 Prozent, also nur knapp darüber. Bis Ende der 1980er entfiel noch mehr als die Hälfte des Volkseinkommens auf Löhne und Gehälter. Im Vergleich zu Unternehmens- und Vermögenseinkommen liegt der Anteil der Arbeitsentgelte am gesamten Volkseinkommen bei gerade einmal einem Drittel, Tendenz sinkend.

Zu beobachten ist auch ein stärkerer Zuwachs der Markteinkommen auf Menschen mit großen Vermögensanteilen. Während die oberen zehn Prozent im Jahr 1999 noch 28,3 Prozent der Markteinkommen für sich geltend machen konnten, beanspruchten sie im Jahr 2009 ganze 31,7 Prozent. In der unteren Hälfte der Vermögen ging der Anteil hingegen von 18,9 auf 16,3 Prozent zurück.

Begleitet wird dies von einer Ungleichverteilung der Steuerbelastung. Während auf Löhne „normal“ Einkommenssteuern gezahlt werden müssen, liegt die Steuerbelastung der Gewinn- und Kapitaleinkommen im Durchschnitt bei gerade einmal 8,6 Prozent.

Arbeitsmarkt immer tiefer gespalten

Die Entwicklung der Einkommensverteilung spiegelt sich auch in der Situation auf dem Arbeitsmarkt wieder. Obwohl die deutsche Wirtschaft 2010 um satte 3,6 Prozent wuchs und die Wirtschaftskrise überwunden schien, verzeichneten die massiven Beschäftigungszuwächse kein durchweg positives Bild. Zwar entwickelte sich die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung noch stärker als die der Erwerbstätigenzahl insgesamt, nämlich um 1,2 Prozent und im Jahresverlauf sogar um bis zu zwei Prozent. Gleichzeitig waren im März 2011 aber auch mehr als sieben Millionen Menschen in Deutschland geringfügig beschäftigt, fast zwei Drittel davon Frauen. Das sind zwei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Nur zwei Drittel der rund 41 Millionen Erwerbstätigen befanden sich Ende 2011 in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, mehr als 900.000 in Leiharbeit. Geringfügig bezahlte Arbeit finden wir dabei zumeist in den typischen „Frauenberufen“. Von den 1,4 Millionen in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelten Langzeitarbeitslosen fanden im Jahr 2011 nur 14,9 Prozent einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Die soziale Marktwirtschaft folgte einmal dem Versprechen: Leistung muss sich lohnen! Dies scheint heute nicht mehr zu gelten. Drei Viertel aller Minijobber verfügen heute über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Wer einen Beruf erlernt hat, kann sich damit längst keinen Job sichern. Vielmehr wird der Einstieg in das Arbeitsleben immer häufiger begleitet von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Im Jahr 2001 hatte jeder dritte neu eingestellte Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertrag, acht Jahre später bereits die Hälfte.

So lässt sich resümieren, dass sich der Arbeitsmarkt trotz starken Wachstums zunehmend spaltet. Je größer die Beschäftigungszuwächse, desto mehr teilt sich die Arbeitsgesellschaft in solche mit Job, ohne und solche mit Sozialversicherungspflicht, solcher in einem Normalarbeitsverhältnis und solcher in befristeten, geringfügig bezahlten Beschäftigungsverhältnissen oder in Zeitarbeit. Außerdem zeigt sich noch immer ein deutliches Bild erschreckender Ungleichbehandlung von Männern und Frauen.

Erosion sozialer Sicherheit

Sowohl die über Jahre verfolgte Politik der Lohnzurückhaltung als auch die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses führen zwangsläufig zu einer Aushöhlung sozialer Sicherheit.

Das deutsche Sozialversicherungssystem ist, trotz enormer Steuerzuschüsse, fast ausschließlich von Beitragszahlungen der Arbeitnehmer abhängig. Dessen Finanzierung ist folglich umso enger mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter verknüpft. Je mehr Menschen abhängig sind von staatlichen Transferleistungen, desto weniger bleibt für etwa Kranken-, Pflege- oder Rentenversicherung, desto mehr werden steuerliche Mittel aufgezehrt. Im Bedarfsfall können so Gesundheitsleistungen und Pflegemaßnahmen nicht mehr finanziert werden. Nicht eine Kostenexplosion im Gesundheitssektor, sondern der Wegfall bei den Einnahmen beschert Kranken- und Pflegekassen zunehmende Probleme. Laut Versorgungs-Report 2012 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK verursacht auch der demografische Wandel keine Kostenexplosion. Inflationsbereinigt sind die Ausgaben der GKV zwischen 2005 und 2009 um gerade einmal zwei Prozent gestiegen. Das heißt, würden die Löhne mindestens im selben Maße steigen wie die Verbraucherpreise und würden Arbeitnehmer darüber hinaus an den Unternehmensgewinnen beteiligt, gäbe es kein Finanzierungsproblem in der Krankenversicherung.

Geringe Löhne und prekäre Beschäftigung haben auch erhebliche Folgen für die Alterssicherung der Betroffenen. Personen mit lückenhafter Erwerbsbiografie und langen Phasen mit Transferleistungsbezug können im Alter meist nur auf Grundsicherung hoffen. Erhielt ein Rentner im Jahr 1996 noch durchschnittlich 709 Euro im Monat nach Beendigung seines Arbeitslebens, waren es dreizehn Jahre später nur noch 686 Euro monatlich.

Die Folge ist die schwindende Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme, obwohl die Probleme offensichtlich hausgemacht sind. Den größten Finanzierungsanteil tragen die abhängig Beschäftigten, obwohl gerade Arbeitgeber ein großes Interesse an einer gesunden Belegschaft haben sollten. Die paritätische Finanzierung ist mit höheren Arbeitnehmerbeiträgen, Zusatzbeiträgen, Zuzahlungen und privaten Vorsorgeleistungen für Zahnersatz oder die Absicherung im Alter längst aufgegeben. Was einmal solidarisch von allen Einkommensbeziehern getragen wurde, soll jeder Arbeitnehmer nach und nach privat tragen – unabhängig davon, ob der Lohn dies tatsächlich zulässt oder die Privatversicherung später zum Auskommen reichen wird.

Politik ökologisch, ökonomisch und sozial denken

Nachhaltige Politik ist nötig und möglich! Sie muss nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch und sozial gedacht werden. Ökonomie und Ökologie schließen sich nicht per se aus, im Gegenteil. Das Potsdam-Institut für Klimaforschung stellte in einer im Namen des Bundesumweltministeriums erstellten Studie fest, dass eine Verschärfung des Treibhausgasreduktionsziels in der EU für das Jahr 2020 von 20 auf 30 Prozent deutlich positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte anstoßen würde. Demnach stiege das jährliche Wirtschaftswachstum in der Union um 0,6 Prozentpunkte, sodass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um 642 Milliarden Euro (5,8 Prozent) über dem Ba-

sisszenario läge. Gleichzeitig entstünden bis zu sechs Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, die Arbeitslosenquote würde auf 5,5 Prozent gegenüber 7,6 Prozent im Basisszenario sinken.

Eine Energiepolitik, die ökologisch organisiert ist, dennoch Versorgungssicherheit garantiert und bezahlbar bleibt, hätte erhebliche gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte. Laut einer aktuellen Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnte die Umstellung auf erneuerbare Energien bis zum Jahr 2030 zu einem Zuwachs des BIP in Höhe von 2,9 Prozent führen. Wird der ökologische Umbau begleitet von fachspezifischer Bildung und Ausbildung, stellt die DIW-Studie im Jahr 2030 bis zu 230.000 zusätzliche Beschäftigte in Aussicht.

Allerdings verkennt die Bundesregierung die enormen Potenziale einer nachhaltigen Energiepolitik. Sie nimmt notwendige Reformen nicht in Angriff und verweilt auf einem vor der Atomkatastrophe in Fukushima erstellten Ausbaukonzept. Statt den Ausbau erneuerbarer Energieträger voranzutreiben, streiten sich Wirtschaftsminister und Umweltminister um die Deckelung der Photovoltaik-Förderung und gefährden den Wirtschaftsstandort, vor allem durch ständige Änderungen in der Förderpolitik. Forschung und Entwicklung geraten aus dem Blick der Bundesregierung und mit ihr die Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Schlüsselindustrien unseres Landes.

Ursachen der Finanzkrise bestehen nach wie vor

So hilflos, wie die gegenwärtige Bundesregierung in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und energiepolitischen Fragen ist, so planlos ist sie auch finanzpolitisch in der anhaltenden Euro-Krise.

Eines hat die Krise deutlich gezeigt: Das Fundament des Euroraums ist mit tiefen Rissen versehen. Unterschiedliche finanz- und wirtschaftspolitische Ansätze der Euroländer passen nicht zur einheitlichen Geldpolitik der Europä-

ischen Zentralbank (EZB). Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die divergierenden Außenhandelsbilanzen der EU-Staaten haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass aus der Finanzkrise eine Wirtschaftskrise wurde und aus ihr die Eurokrise.

Trotz starker Konjunktur im Jahr 2011 ist die Wirtschaftskrise noch immer nicht überwunden. Nach kurzer Erholung vom Wachstumseinbruch in den Jahren 2007 bis 2009 sind die Konjunkturaussichten wieder alles andere als rosig. Laut Weltbank wird die Wirtschaft in der Eurozone 2012 um 0,3 Prozent schrumpfen und dann mit geringem Wachstum um die 1,1 Prozent ins folgende Jahr starten. Für Deutschland prognostizierte die Bundesregierung jüngst ein geringes Wachstum um die 0,7 Prozent. Laut der Unternehmensberatung Mc Kinsey droht der Euro-Zone noch für drei Jahre eine Zeit geringen Wachstums oder gar eine Rezession. Nur die Kernländer der EU könnten es schaffen, ohne wirtschaftliche Schrumpfung davonzukommen.

Hinzu kommt, dass die Ursachen der Finanzkrise noch immer nicht beseitigt sind. Kurzfristige Spekulationen bleiben rentabel, wie auch der Handel mit unsicheren Wertpapieren. Die Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten sind auch weiterhin entkoppelt von der Geldpolitik der EZB. Das Diktat der sogenannten „Troika“ aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds soll darüber entscheiden, ob die Griechen auch weiterhin Geld aus dem Euro-Rettungsschirm (ESFS) erhalten, mit wirtschaftsliberalen Reformvorschlägen.

Mittlerweile werden Forderungen laut, nur dann weitere Finanzhilfen zu zahlen, wenn Griechenland vorübergehend nationale Haushaltsrechte an einen europäischen Aufseher abtritt. Zeitweise war sogar die Einsetzung eines EU-Staatskommissars im Gespräch, der ein Vetorecht gegen Budget-Entscheidungen innehaben sollte. So untergraben nicht nur die Finanzmärkte den Handlungsspielraum ganzer Staaten, sondern auch die Euroländer untereinander

versuchen, ihre Dominanz vom Geld abhängig zu machen – von der Rolle der Rating-Agenturen ganz zu schweigen.

Fortschritt ist sozialdemokratisch

Gegenwärtig wird der Mainstream der Politik beherrscht von marktliberalen Positionen, die sich vor allem auf europäischer Ebene festsetzen und unmittelbare Auswirkungen haben auf die wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen vor Ort. Während die sich im Auflösungsprozess befindliche FDP nur noch ein Schattendasein führt, versucht sich die Union zunehmend mit sozialdemokratischen Ansätzen zu profilieren, sei es etwa beim Thema Mindestlohn, bei der Energiewende, Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt oder der Regulierung der Finanzmärkte. Fortschrittliche Regierungspolitik besteht jedoch nicht in einem Flickenteppich progressiver Reformansätze. Fortschrittliche Politik ist auf Nachhaltigkeit bedacht, mit makroökonomischem Fokus und dem Blick für aktuelle Herausforderungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Fortschrittliche Politik ist sozialdemokratische Politik.

Fortschritt bedeutet Wohlstand

Fortschrittliche Politik ist Lohnpolitik, die dafür Sorge trägt, dass Menschen von ihrer Arbeit nicht nur leben können, sondern die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro in der Stunde ist daher längst überfällig. Er kann aber nur absolute Lohnuntergrenze sein. Selbst mit 8,50 Euro in der Stunde ist die Absicherung im Alter nicht garantiert. Auf eine parlamentarische Anfrage im Mai letzten Jahres gab die Bundesregierung mit zehn Euro in der Stunde den Bruttolohn an, der erforderlich ist, um im Alter nicht von Grundsicherung leben zu müssen. Der CDU-Vorstoß lässt hingegen auch weiterhin Löhne unterhalb von 8,50 Euro zu.

Ein Abbau des Niedriglohnsektors stärkt den Binnenmarkt. Wer am Ende des Monats mehr

Geld in der Tasche hat, kann auch mehr einkaufen, mehr Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zahlt mehr in die Sozialversicherung ein und trägt somit zu mehr Wirtschaftswachstum bei. Der Blick in andere EU-Staaten zeigt: Der Mindestlohn ist kein Jobkiller. Er trägt vielmehr dazu bei, dass neue und Existenz sichernde Arbeitsplätze geschaffen werden.

Fortschritt bedeutet mehr Verteilungs-gerechtigkeit

Noch immer ist die Beteiligung an öffentlichen Aufgaben höchst ungerecht verteilt. Personen mit höheren Einkommen oder großen Vermögen tragen – relativ gesehen – weniger zur Finanzierung des Staates bei als die untere Hälfte der Einkommensbezieher. Deshalb muss eine fortschrittliche Lohnpolitik von einer fortschrittlichen Umverteilungspolitik begleitet werden.

Daraus folgen eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen und überhaupt wieder eine Besteuerung großer Vermögen. Daneben muss die Erbschaftssteuer zu einer echten Einnahmequelle reformiert werden. Derzeit befindet sie sich am Rande der Bedeutungslosigkeit, obwohl eine Abgabe auf selbst unverdientes Vermögen nur leisen Protest auslösen dürfte.

Fortschritt bedeutet mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Fortschrittliche Politik ist eine Politik für mehr Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Dazu gehört in erster Linie die Stärkung der Tarifverträge. Dies kann in mehrfacher Hinsicht geschehen. Würde die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen vereinfacht und dieses Instrument stärker zur Anwendung gebracht werden, könnten mehr Beschäftigte von den Vorzügen eines Tarifvertrages profitieren. Hierzu gehört auch, die Mitbestimmung in den Betrieben zu stärken. Diese wird nicht selten durch atypische Beschäftigungsverhältnisse im Betrieb unterlaufen, etwa durch Leiharbeit, Werkverträge oder

geringfügige Beschäftigung. Hier sollten Betriebsräten mehr Mitbestimmungsrechte beim Abschluss derartiger Verträge zukommen. Auch die Tarifeinheit in einem Betrieb, die das Bundesarbeitsgericht jüngst in seiner Rechtsprechung aufgab, muss gesetzlich verankert werden.

Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch eine stärkere Regulierung, etwa der Leiharbeit, oder eine höhere Besteuerung, zum Beispiel bei Mini- und Midi-Jobs sowie bei gezielten arbeitsmarktpolitischen Kriterien hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge oder bei der Wirtschaftsförderung.

Fortschritt bedeutet Ausbau sozialer Sicherheit

Fortschrittliche Politik befördert ein solidarisches Miteinander. Dazu gehört, die auf Solidarität aufbauenden Sozialversicherungssysteme zu stärken und zu erweitern. Unser Konzept einer solidarischen Bürgerversicherung liegt vor, es muss nur umgesetzt werden. Wichtig ist, alle Einkommensbezieher in das Solidarsystem einzubeziehen.

Menschen, die bisher keine geschlossene Erwerbsbiografie vorweisen können oder eine solche, die gespickt ist mit prekären Beschäftigungen, sind im Alter oft auf Grundsicherung angewiesen. Auch sie sollen einen auskömmlichen Lebensabend erwarten dürfen. Deshalb brauchen wir eine Mindestrente, die das soziokulturelle Existenzminimum garantiert, Teilhabe ermöglicht und zusätzliche Bedarfe im Altersichert.

Unser Fokus muss auf geschlossenen Erwerbsbiografien mit guter Arbeit und Existenz sichernden Löhnen liegen. Seit langem schon steht der Vorschlag einer Arbeitsversicherung im Raum, die die bestehende Arbeitslosenversicherung erweitert. Sie sichert nicht nur den Lebensstandard in Zeiten der Erwerbslosigkeit. Sie soll auch die Beschäftigungsfähigkeit langfristig sichern und lebenslanges Lernen ermöglichen. Dies hilft nicht nur Unternehmen,

ihre Wettbewerbsfähigkeit mit qualifizierten Mitarbeitern weiter auszubauen, sondern hilft auch Personen, die erwerbslos wurden, wieder schneller eine Beschäftigung aufzunehmen.

Fortschritt bedeutet Nachhaltigkeit

Fortschrittliche Politik ist nachhaltige Politik. Sie vertraut nicht blind Marktmechanismen, sondern setzt auf einen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Unabdingbar ist eine aktivere ökologische Industriepolitik. Besonderes Augenmerk verdienen dabei folgende sechs Punkte.

Dazu gehört **erstens** die komplette Umstellung auf erneuerbare Energien. Untersuchungen haben gezeigt: Dies ist bis 2050 problemlos möglich. Ungenutzten Spielraum bieten die Photovoltaik und mehr noch die Windenergie, insbesondere in der Onshore-Variante. Wir brauchen Forschung und Entwicklung, um einerseits die Energiewende herbeizuführen, andererseits aber auch, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Produkte zu erhalten.

Zweitens ist eine gezielte Förderung von Effizienzsteigerungen erforderlich. Gezielte Anreizprogramme im Bereich der Gebäudesanierung, im Mobilitätsbereich sowie bei der Optimierung industrieller Produktionsabläufe können hier Ansatzpunkte sein.

Um zu gewährleisten, dass regenerativer Strom von seinen Produktionsstätten an die schwerpunktmäßigen Verbrauchsorte geliefert werden kann, sind **drittens** die Übertragungsnetze auszubauen. Wir benötigen in Deutschland bis Ende des Jahrzehnts mindestens 3.500 km an neuen, leistungsfähigen Übertragungsleitungen, wobei neuen Technologien im Hochvolt- und Gleichspannungsbereich Vorrang zu geben ist.

Außerdem benötigen wir **viertens** die Bereitstellung von Speicherkapazitäten, um zeitweise nicht benötigten Strom aus erneuerbaren Energien aufzufangen und Versorgungslücken in kri-

tischen Zeiten zu schließen. Neuere Ansätze aus Forschung und Entwicklung, wie verschiedenste Batterievarianten und chemische Ansätze, verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. Bis zu deren Marktreife kann aber auch auf bestehende Konzepte, wie Pump- und Druckluftspeicherkraftwerke zurückgegriffen werden.

Daneben muss **fünftens** die kommunale Ebene stärker auch bei der Energieproduktion eingebunden werden. Bisher verkaufen Stadtwerke zwar jede Kilowattstunde Strom, produzieren aber nur neun Prozent davon selbst. Mit der Hilfe von Energiegenossenschaften kann in kommunalen Strukturen eine bürgernähere, aber auch stabile und günstige Energieproduktion vorangetrieben werden.

Sechstens bedarf die Energiewende einer Einbettung in das internationale Umfeld. Sie macht nur dann Sinn, wenn sie grenzüberschreitend organisiert wird.

Fortschrittliche Politik setzt auf Teilhabe

Fortschrittliche Politik setzt auf demokratische Strukturen. Und sie setzt darauf, dass gewählte Repräsentanten des Volkes die ihnen verliehenen Gestaltungsmöglichkeiten nutzen können. Sobald dies eingeschränkt ist, wird demokratische Teilhabe zur Makulatur. Die Profiteure der Finanzkrise, die im Übrigen an deren Entstehung nicht unbeteiligt waren, versuchen nun, die Politik der krisengeschüttelten Länder, insbesondere Griechenland, zu kontrollieren und zu steuern. Ratingagenturen treten zunehmend in die Öffentlichkeit, um über ihre Bewertungen oder allein den Drohungen zu diesen Bewertungen gewünschte Reformen in einzelnen Staaten anzustoßen. Die Neutralität ihrer Analysen kann zu Recht in Frage gestellt werden. Parlamente verlieren hingegen zunehmend an Bedeutung. Maßnahmen zur Bewältigung der Eurokrise werden an ihnen bestenfalls noch durchgewunken. So soll das, was wenige in Brüssel verhandeln, im eigenen Land nur noch abgenickt werden.

Dieses Defizit an politischer Teilhabe kann ein demokratischer Rechtsstaat und kann sich auch die Europäische Union auf Dauer nicht leisten. Die Folge wäre ein erheblicher Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die EU, den Euro und damit auch in den gemeinsamen Markt. Die Frage ist auch, welches Demokratieverständnis den handelnden Akteuren innewohnt.

Finanzmärkte sind nicht dazu da, der Realwirtschaft oder der Politik Regeln zu diktieren. Stattdessen bedarf es mehr Regulierung auf den Finanzmärkten. Die Daseinsberechtigung kurzfristiger Spekulationen, intransparenter Wertpapiere und undurchsichtiger Finanzmarktanalysen darf zu Recht hinterfragt werden. Nicht hinterfragt werden sollte hingegen die Finanztransaktionssteuer, wie sie auch die Europäische Kommission im letzten Jahr vorschlug, die Einführung einer europäischen Ratingagentur oder die Harmonisierung der Finanzpolitiken innerhalb des Euroraums, z. B. mithilfe von Eurobonds. Langfristig muss auch darüber nachgedacht werden, europäische Institutionen, wie das Europäische Parlament, zu stärken und die vordergründige Marktorientierung der EU durch eine soziale Komponente zu ergänzen.

Neuer Fortschritt bedeutet Weiterdenken unseres Gesellschaftssystems, nicht nur Flickchen an Problemstellen. Fortschrittliche Politik ist nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Menschen Teilhabe garantiert, sowohl an politischen Entscheidungen als auch an gesellschaftlichen Prozessen. Dafür bedarf es eines kontinuierlichen Diskussionsprozesses über die Zukunft unseres Zusammenlebens und dafür bedarf es eines Politikwechsels – in Deutschland und in der EU. ■

☞ Matthias Machnig ist Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen.

Georgien: Libertäres Experiment am Rande Europas

von Matthias Jobelius

Foto: www.fotolia.com, © Siarhei Pleshakou



Führt ein neoliberaler Gesellschaftsumbau zu autoritären Herrschaftspraktiken? Diese Frage wird in Europas Öffentlichkeit intensiver diskutiert, seit in vielen europäischen Staaten Austeritätsprogramme umgesetzt werden und Bürgerinnen und Bürger dagegen aufbegehren. Einige Beobachter sehen bereits Zustände jenseits der Demokratie erreicht, und bezeichnen westliche Gesellschaften als Postdemokratien (Colin Crouch), Plutokratien (Paul Krugmann) oder Oligarchien (Michael Hudson).

Die Diskussion ist Anlass genug, um einen Blick an den östlichen Rand Europas zu werfen, wo viele Staaten Erfahrungen mit der Umsetzung wirtschaftsliberaler Strukturreformen und autoritärer Herrschaft gesammelt haben. Das derzeit wohl interessanteste Beispiel in diesem Zusammenhang ist Georgien. In dem kleinen Land im Südkaukasus findet seit 2004 ein libertäres Gesellschaftsexperiment statt, an dem sich der Zusammenhang zwischen liberalen Wirtschaftsreformen, ideologischer

Meinungsführerschaft und autoritärer Herrschaftspraxis studieren lässt.

Legendenbildung um die „Rosenrevolution“

Zu Beginn des Gesellschaftsexperiments steht ein klassischer Königsmord. Ende 2003 wurde in Georgien der damals amtierende Präsident Eduard Shevardnadze von einer Gruppe ehemaliger Verbündeter zum Rücktritt gezwungen. Träger des Machtwechsels waren politische Ziehkinder von Shevardnadze und Vertreter eines Flügels „junger Reformer“ in der Regierungspartei. Als Shevardnadze nach gefälschten Parlamentswahlen am 23. November 2003 zurücktreten musste, wurde ein Stabswechsel innerhalb der politischen Elite vollzogen, der den bis heute amtierenden Präsidenten Michael Saakashvili an die Macht brachte. Dieser Elitenwechsel, den die meisten Georgier als Zuschauer vor dem Fernseher erlebten (Mitchell 2004), wird bis heute von der Regierung als „Rosenrevolution“ verklärt, ob-

wohl ihm fast alle Attribute einer Revolution fehlen.

Georgischer Libertarismus:
„...like trusting a drunk to do surgery on your brain.“

Der Mythos von der „Rosenrevolution“ bildet die Grundlage eines politischen Narratives, mit dem versucht wird, alle Maßnahmen, die seither umgesetzt wurden, als Schritte zu Modernisierung und Europäisierung zu inszenieren, als Teil eines „georgischen Wunders“ von dem Menschen in anderen osteuropäischen Staaten nur „träumen“ würden, wie Präsident Saakashvili erst im Januar 2012 wieder erklärte. Um solche Deutungen zu konstruieren hat sich die Regierung in Georgien einen ideologischen Überbau geschaffen, in dessen Zentrum der Libertarismus steht. Diese radikale Spielart des Neoliberalismus sieht sich in der Tradition der österreichischen Schule der Neoklassik geht aber an einigen Punkten über den Wirtschaftsliberalismus europäischer Prägung hinaus. Vertreter des Libertarismus zweifeln die Legitimität staatlichen Handelns grundsätzlich an und möchten möglichst alle gesellschaftliche Beziehungen der Eigenverantwortung des Einzelnen oder dem Gesetz des Marktes übergeben. Dabei sehen sie, anders als der Ordoliberalismus in Europa, auch keine Notwendigkeit zur Schaffung eines institutionellen Rahmens, durch den der Staat mit Regeln und Verfahren einen geordneten und freien Wettbewerb ermöglicht. Oder wie Kakha Bendukidze, der Spiritus Rector der georgischen Wirtschaftsreformen, es ausdrückt: „To ask the government for help is like trusting a drunk to do surgery on your brain.“ (zit. in ESI 2010: 10).

Anti-Parlamentarismus und Demokratieabbau

Georgiens Libertäre, das zeigt obiges Zitat, misstrauen dem Staat und wollen seinen Rückbau. Doch zugleich propagieren sie die Notwendigkeit einer starken Exekutive, die befreit vom „Ballast“ langwieriger parlamentarischer Ver-

fahren, die erforderlichen Wirtschaftsreformen umsetzt. Hier greift das libertäre Lager in Georgien auf verschiedene Denkschulen des Neoliberalismus zurück, die vor den Konsequenzen parlamentarischer Entscheidungen und demokratischer Verfahren warnen (vgl. Butterwegge et al. 2008: 221ff). Das angebliche „Versagen der Demokratie“ ist folglich ein zentrales Thema der libertären Think Tanks in Georgien. Parlamente, so erläutert beispielsweise der Vize-Präsident der New Economic School of Georgia, würden die Kosten in die Höhe treiben, Defizite und Schulden erzeugen, und sich neue Funktionen erfinden (Jandieri 2010). Demokratie wird als reformfeindliche Regierungsform präsentiert: „The systemic crisis of governance in Georgia has placed a key political question on the agenda: reforms or democracy? (...). Democratic rules with proper political competition and seemingly endless discussions and negotiations cannot contribute much to the needs of the country in a situation of economic stagnation.“ (Jandieri 2009:15).

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass nach der „Rosenrevolution“ zunächst eine starke, weitgehend unkontrollierte Zentralregierung geschaffen wurde. Durch Änderungen der Verfassung und des Wahlrechts wurden die Macht der Exekutive und die dominierende Stellung der Regierungspartei ausgebaut. Zunächst wurde die Macht des Präsidenten gegenüber dem Parlament, dem Kabinett, dem Premierminister und den Regionen gestärkt. Das Parlament ist seither kein eigenständiger Akteur mehr im politischen System, sondern dient lediglich dem Zweck einer möglichst debattenfreien und zeitsparenden Beschlussfassung der von der Exekutive vorbereiteten Gesetze. Parallel dazu wurde die Dominanz der Regierungspartei UNM durch mehrfache Änderungen im Wahlrecht gesichert (vgl. Lansky/Areshidze 2008), so dass sich heute alle politischen Institutionen, Parlament, Regierung, Gouverneursämter, Rathäuser und Gemeinderäte in der Hand der Regierungspartei finden.

Um sich Diskurshegemonie zu sichern wurden auch die Medien unter politische Kontrolle gebracht. Die drei wichtigsten internationalen Indizes zur Bewertung der Medienfreiheit weisen für Georgien 2011 einen schlechteren Wert als 2004 aus.¹ Die beiden größten privaten Fernsehsender Imedi TV und Rustavi 2, die zusammen einen Marktanteil von über 60 Prozent haben, sowie der staatliche Öffentliche Rundfunk sind regierungstreu, geben der Opposition wenig Sendezeit und verzichten auf investigativen Journalismus. Über eine starke Kontrolle des monopolisierten Marktes für mediale Werbeanzeigen werden regierungskritische TV-Stationen, Zeitungen, Zeitschriften und Radiosender sanktioniert und von Einnahmen abgeschnitten (TI 2011).

Der Abbau von demokratischen Standards nach der Rosenrevolution wird von einigen georgischen Libertären nicht bestritten, sondern als notwendige Voraussetzung für marktwirtschaftliche Reformen hingestellt. „Radical reforms required radical and rapid decisions that could not be made if lengthy debates had to first take place, so the government gave itself extensive decision-making powers that allowed the reforms to be put in place (...)“ (Jandieri 2009:9).

Wirtschaftsreformen: „Neoliberale Rhetorik, Neo-Bolschewistische Methoden“

Diese „radikalen Reformen“ wurden, nachdem die Exekutive über die entsprechende Macht verfügte, entschlossen vorangebracht. Ein Großteil aller Aufsichtsbehörden wie die Wettbewerbsaufsicht, die Arbeitsinspektion oder die Lebensmittelkontrollbehörde, wurde abgeschafft oder zu Papiertigern degradiert. Die Zahl der Steuern wurde zunächst von 22 auf sieben reduziert und eine einheitliche Einkommenssteuer (Flat Tax) von 12 Prozent eingeführt. Umweltauflagen wurden abgeschafft,

Häfen, Krankenhäusern, Unternehmen und anderes staatliches Eigentum privatisiert, das Personal des öffentlichen Dienstes um bis zu 35 Prozent in Ministerien und bis zu 65 Prozent in anderen Behörden abgebaut. Der Arbeitsmarkt wurde so stark dereguliert, dass die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die EU darin grundsätzliche Verstöße gegen ILO-Kernarbeitsnormen und Sozialstandards sehen. Das 2006 verabschiedete Arbeitsgesetz gilt als eines arbeitnehmerfeindlichsten Gesetze der Welt. Im Oktober 2009 kündigte der georgische Präsident mit dem „Law on Economic Freedom“ eine Reihe weiterer Maßnahmen an, beispielsweise ein Verbot zur Schaffung neuer Aufsichtsbehörden oder die Verpflichtung für den Staat, Steuererhöhungen künftig per Referendum durch die Mehrheit der Bevölkerung billigen zu lassen. Die Referenden wurden in einer Verfassungsänderung im Dezember 2010 beschlossen. Diese und andere Maßnahmen hätten, so der Präsident, das Ziel „die Exekutive daran zu hindern, vom Kurs der Wirtschaftsliberalisierung abzukommen“ und das Land zu einem „Flaggschiff des weltweiten Wirtschaftsliberalismus zu machen“ (Civil.Ge 2009). Offiziell wird versucht, diese Maßnahmen als Schritte auf dem Weg nach Europa zu verkaufen. Hinter den Kulissen wehren sich Georgiens Libertäre jedoch heftig gegen die Übernahme europäischer Wirtschafts- und Sozialstandards und beschreiben die EU als „institutionalized developed socialism“ (zit. in De Waal 2011:34).

Dass die genannten Maßnahmen zu „freien Märkten“ führen würden, ist indes ein interessen geleiteter Mythos. Gerade in autoritären Staaten mit geringer Rechtssicherheit tendieren neoliberale Wirtschaftsreformen dazu, Oligarchien und Monopole auszubilden und die Verflechtung von Politik und Wirtschaft zu fördern. Es verwundert daher nicht, dass Georgien im Global Competitiveness Index des World Economic Forum, bei dem auch die Rechtssicherheit und der Schutz von Eigentumsrechten Berücksichtigung finden, 2011/2012 nur auf den 88sten von 149 Plätzen kommt und politische Korrupti-

¹ Reporters Without Borders: <http://www.rsf.org/>. Freedom House – Freedom of the Press: <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=16>. International Research & Exchanges Board (IREX) – Media Sustainability Index: http://www.irex.org/programs/MSI_EUR/.

on als weit verbreitet gilt. Nach einer im Dezember 2011 veröffentlichten Umfrage im Auftrag des georgischen „Business Ombudsmann“ fühlen sich lediglich 45 Prozent der befragten Unternehmen geschützt. Eingriffe in Eigentumsrechte, intransparente Auftragsvergaben, undurchsichtigen Unternehmensbeteiligungen, monopolistische Strukturen in sensiblen Sektoren, Razzien bei politisch unliebsamen Unternehmern und Organisationen sowie enge personelle Verflechtung zwischen Politik, Wirtschaft und Medien entlarven die Mär von der Freiheit der Wirtschaft als Verteidigung der Freiheiten privilegierter Eliten (TI 2011, TI, Papava 2011). So schreibt der ehemalige georgische Wirtschaftsminister, die georgische Wirtschaft gleiche einer explosiven Mischung aus neoliberaler Rhetorik bei gleichzeitigen neo-bolschewistischen Eingriffen in wirtschaftliche Freiheitsrechte (Papava 2011).

Mobilisierung gegen Konkurrenten und Gewerkschaften

Hier zeigt sich, dass der Liberalismus genutzt wird, um politische Loyalitäten und Zugehörigkeiten zu organisieren und Konkurrenten zu bestrafen. Der libertäre Diskurs liefert ein klares Freund-Feind-Schema und ermöglicht eine Netzwerkbildung von Gleichgesinnten. Dass das Differenzierungsschema Freund/Feind genutzt wird, zeigt die verbale (und auch tatsächliche) Aggression gegen Akteure, die sich für einen stärkeren regulatorischen Rahmen oder die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat einsetzen. Wer nicht die These von der natürlichen Effizienz der Märkte teilt, stellt sich politisch ins Abseits und wird zur Zielscheibe von Attacken. Das erleben in Georgien Ökonomen und NGOs, die sich für die Übernahme europäischer Regulationsverfahren als Voraussetzung für ein Assoziierungsabkommen zwischen Georgien und der EU einsetzen. Um sie zu diskreditieren und libertäre Deutungsmuster in der georgischen Zivilgesellschaft zu verankern, wurde im Dezember 2010 eigens ein NGO-Netzwerk unter dem Titel „For European Georgia“ gegründet. In ihrem Manifest beruft sich das

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
128 Seiten, 9,50 €
Jahresabo: 48,00 €
Ermäßigt: 32,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

Erfurter Programme

Nachdenken anlässlich des 120. Jahrestags des Erfurter Programms der SPD **Robert Steigerwald** | Grundpositionen des Erfurter Programms und die Programmatik der Linken **Klaus Höpcke** | Zu programmatischen Grundlagen der SED **Eckhard Trümpler** Grundpositionen des Erfurter Programms und die programmatische Debatte in der DKP **Nina Hager** | Das Erfurter Programm **1891** Notizen über Erfurt **2011** **Gerd Deumlich** | Die Einschätzung der kommunistischen Plattform über Erfurt **Ellen Brombacher**

Weitere Themen: Die Krise in Griechenland und die KKE (Giorgos Marinou), Die Protestbewegung in Israel (Moshe Zuckermann), 10 Jahre Krieg in Afghanistan (Ernst Woit, Peter Strutynski, Matin Baraki), Struktur der herrschenden Klasse (Beate Landefeld), Tendenzen der internationalen Entwicklung (Anton Latzo)

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

regierungsnahe Netzwerk auf Thatcher, Hayek und von Mises, fordert ein Georgien „free from regulations“. Die Autoren lassen keinen Zweifel an dem Charakter ihrer Mission: „Everyone who shares our values is our ally. Anyone who opposes them is our opponent.“ heißt der letzte Satz ihres Manifests (CEG 2010).

Diese Gegner wählt sich das libertäre Lager selbst und konzentriert sich dabei neben einzelnen Oppositionsparteien vor allem auf die georgischen Gewerkschaften, die in den libertären Medien als „Mafia“ oder „ehemalige Satelliten der sowjetischen Kommunisten Partei“ diskreditiert werden. Die Regierung geht seit 2009 verstärkt gegen die Gewerkschaften vor. Die größte Einzelgewerkschaft wurde finanziell ausgetrocknet, indem angeordnet wurde, die vom Arbeitgeber eingezogenen Beiträge der Mitglieder der Lehrgewerkschaft ESFTUG nicht mehr an die Gewerkschaft weiterzuleiten. Dadurch brachen auch die Einnahmen des Gewerkschaftsdachverbands GTUC ein, der auf die Beiträge seines größten Einzelmitglieds angewiesen ist. Von ähnlichen Maßnahmen sind auch andere Sektorgewerkschaften betroffen. Im September 2011 wurde ein legaler Streik von Minenarbeitern gewaltsam aufgelöst. Zahlreiche Arbeiter wurden entlassen, verhaftet und zum Teil inhaftiert. Einige Streikende wurden gezwungen, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, künftig nicht mehr gewerkschaftlich tätig zu werden. Während über die Zulässigkeit solcher Maßnahmen juristisch gestritten wird, ist in anderen Bereichen die Grenze der Legalität bereits überschritten. Inzwischen werden führende Gewerkschafter auch persönlich bedroht und unter Druck gesetzt.

Bilanz: Autoritärer Liberalismus

Im Jahr 2011 bewegt sich Georgien somit mit großen Schritten in Richtung eines autoritären Liberalismus, eines Systems, das eine marktradikale Wirtschaftspolitik mit dauerhaft eingeschränkten politischen Freiheiten und fehlenden sozialen Rechten verbindet.

Das Parlament, die Medien und die Jurisdiktion sehen sich heute einer stärkeren Kontrolle durch die Regierung ausgesetzt. Im Demokratisierungsindex von Freedom House (2010) steht Georgien heute schlechter da als im Jahr der „Rosenrevolution“. Nicht umsonst preist der Präsident unermüdlich das autoritär regierte Singapur als Vorbild für Georgiens Entwicklung. Auch wenn sich in Brüssel die kritischen Einschätzungen mehren, hat die Europäische Union dem Treiben bislang weitgehend unbeiligt zugeschaut und stellt Georgien gar ein „Assoziierungsabkommen“ in Aussicht. Mit den Austeritätsprogrammen, die derzeit in vielen EU-Staaten umgesetzt werden, kann sich die georgische Regierung vielleicht tatsächlich mit manch einem europäischen Entscheidungsträger im Geiste verbunden fühlen. ■

↳ Matthias Jobelius ist Regionalkoordinator Südkaukasus der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

Literatur

- Butterwegge, Christoph/ Lösch, Bettina/ Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. 2., verbesserte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- CEG (2010): Manifesto – For a Europe of the Free. Coalition for the European Georgia. Dezember 2010.
- Civil Georgia (2009): „Saakashvili Lays Out Act on Economic Freedom“ Civil Georgia, Tbilisi. 6. Okt.2009. <http://www.civil.ge/eng/article.php?id=21541>
- De Waal, Thomas (2011): Georgia’s Choices. Charting a future in uncertain times. Carnegie Endowment for International Peace. Washington D.C.
- ESI (2010): „Georgia’s Libertarian Revolution. Part 1: Georgia as a model“. European Stability Initiative: Brussels.
- Freedom House (2010): Nations in Transit: Georgia. <http://freedomhouse.org/images/Reports/NIT-2010-Georgia-final.pdf>
- Jandieri, Gia (2009): Economic Reforms in Georgia. Their Relevance for Africa? Brenthurst Discussion Paper 7/2009. Johannesburg
- Jandieri, Gia (2010): 12 Fundamental Failures of Democracy. Excerpt from a Presentation at the International Seminar in Bakuriani, Feb 1, 2010. www.nesg.ge
- Lansky, Miriam/Areshidze, Giorgi (2008): Georgia’s year of turmoil. Journal of Democracy, October 2008, Volume 19 (4) 154-167.
- Mitchell, Lincoln (2004): Georgia’s Rose Revolution. New York. <http://www.columbia.edu/~lam13/documents/Georgia%20Rose%20Revolution.pdf>
- Papava, Vladimir (2011): Myths about the Georgian Economy. <http://df-watch.net/myths-about-the-georgian-economy-1121>
- TI (2010): The Georgian Taxation System – an Overview. Transparency International Georgia. Tbilisi. http://transparency.ge/sites/default/files/post_attachments/Taxation%20in%20Georgia%20ENG_final_o.pdf
- TI (2011): The Georgian Advertising Market. Transparency International Georgia. http://transparency.ge/sites/default/files/post_attachments/TI%20Georgia%20The%20Georgian%20Advertising%20Market_o.pdf

Latenter Kultur-Rassismus ist der Ursprung unserer Probleme

von Erkan Ertan

Gesellschaftliche Debatten können wissenschaftlich sehr aufschlussreich sein. Die Debatte um das von Thilo Sarrazin am 30. August 2010 veröffentlichte und medial vermarktete Buch „Deutschland schafft sich ab“ hat beispielsweise nicht nur den Geldbeutel des Autors und der Verleger klingeln lassen, sondern auch ein bisher unbeachtetes Grundrauschen in unserer Gesellschaft aufgedeckt:

Im Zeitraum der „Sarrazin-Debatte“ hat es mehrfach vergleichbare Umfragen bzgl. der Akzeptanz der Thesen sowie des Umgangs mit Thilo Sarrazin gegeben.¹ Die Ergebnisse überraschten, da sie der veröffentlichten Meinung der Presselandschaft größtenteils widersprachen: Das Allensbach-Institut führte eine Umfrage durch, die am 29.09.2010 veröffentlicht wurde.² Demnach würden bis zu 60 Prozent Sarrazins Thesen zustimmen, nur 20 Prozent seien nicht seiner Meinung.³ Zudem stimmten nach derselben Umfrage 55 Prozent der Befragten zu, dass *muslimische Migranten* eine „Belastung für Deutschland“ seien und diese „sozial und finanziell wesentlich mehr gekostet als wirtschaftlich gebracht hätten“.⁴ Lediglich 20 Prozent hätten eine positive Bilanz gezogen.⁵ Auch in anderen Umfragen kamen ähnliche Ergebnisse zum Vorschein. Sarrazin genoss also in einer Mehrheit der Bevölkerung mit seinen medial dargebotenen Thesen großen Zuspruch, auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass nur die wenigsten sein Buch

gelesen hatten. Gleichzeitig sei eine im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Studie zu erwähnen, welche 2010 offenlegte, dass rechtsextreme Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft angestiegen sind.⁶

Dieses Grundrauschen beeinflusst demnach all unseren täglichen Umgang, all unsere Entscheidungen im privaten Kontakt wie auch kollektive Diskussionsprozesse. Es ist unterschwellig, latent in der gesamten Gesellschaft vorhanden. Es zieht seine Nahrung aus dem öffentlich sehr einseitigen, gar negativen Bild von Menschen, die man als „Anderer“ empfindet und kann dadurch verstärkt werden. Dieser Effekt wird hier als latenter Kultur-Rassismus bezeichnet, da er erstens unterschwellig gesellschaftsübergreifend vorherrscht, rassistischen Hintergrund besitzt und sich nicht wie früher biologisch, sondern vor allem kulturell präsentiert. Er entfaltet aber auch hemmende Wirkung für Integrationsbemühungen in der Gesellschaft. In einem Grundgefühl gesellschaftlicher Abneigung, Vorwürfen und Vorteilen ist ein Zusammenwachsen in eine Gesamtgesellschaft stets vor Hürden gestellt. Wie dies zustande kommt, soll im Folgenden untersucht werden.

Was ist der Hintergrund?

Die Gesellschaft versucht nach Iman Attia mit Hilfe des „konstitutiven Außen“, ihre gesellschaftliche Einheit zu ermöglichen.⁷ Durch diese Vereinheitlichung eines homogenen „Wir“ wird demnach das „Anderer“ als Gegensatz zum so genannten Guten generiert. Die Subjektpositi-

1 Auf eine Widerlegung der Thesen von Sarrazin wird angesichts der bisherigen Beiträge zu diesem Thema hier verzichtet. Siehe hierzu: Foroutan, Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand; Grabbert und Lange, „Worüber Thilo Sarrazin schweigt: Herausforderungen der Politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft“.

2 Aufgrund des Rahmens wird nur die Umfrage des Allensbach Instituts beispielhaft aufgeführt.

3 vgl. Allensbach-Institut, „ifD-Umfrage 10061“.

4 vgl. Ebd.

5 vgl. Ebd.

6 Siehe hierzu: Langenbacher, Die Mitte in der Krise: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010; [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung].

7 vgl. Attia, Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes, 20.

onen bleiben so erhalten, gelten aber auch im Kollektiv als erstrebenswert und alternativlos.

Insbesondere der psychologische Aspekt der Abgrenzung des *Ich* oder *Wir* durch das Äußere spielt dabei eine entscheidende Rolle. Das Fremdsein wirkt Gruppen und Gesellschaften zusammenschweißend, denn alles was nicht der konstruierten individuellen oder kollektiven Norm entspricht, der gesellschaftlichen Einheit, wird sowohl in den Bereich der Natur verwiesen als auch als kulturell minder entwickelte Lebensweise empfunden. Es entsteht das Bild, die *Anderen* wären schlechter, weniger kultiviert, verdorbener, böser, gewalttätiger oder unentwickelter als die eigene Gesellschaft – bis heute. Also eine – auch nach Regionen und Nationen differente – „Hierarchisierung der Kulturen“⁸, die Wegbereiter ist für daraus folgenden kulturellen Rassismus.

Die sozialisierte und katalysierte Form dieses Kultur-Rassismus spielt dabei eine besondere Rolle, denn somit werden die empfundenen Unterschiede im Alltagsleben (sofern man überhaupt im Alltag auf Vertreter/innen dieser Gruppe trifft) bestätigt, greifbar und somit auch mehrheitsfähig.

Warum Rassismus?

Das Lexikon für Politikwissenschaft definiert Rassismus als „eine Ideologie, die soziale Phänomene mit Hilfe pseudowissenschaftlicher Analogieschlüsse aus der Biologie zu erklären sucht.“⁹ Das Lexikon führt in der Erklärung weiter aus:

„Kultur, sozialer Status, Begabung und Charakter gelten als von der erbbiologischen Ausstattung determiniert. Eine naturgegebene, hierarchisch-autoritäre Herrschaftsordnung und die daraus folgenden Handlungszwänge rechtfertigen auf individueller wie institutioneller Ebene die Diskriminierung, Ausgrenzung,

Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung von Individuen und Gruppen. Hautfarbe, Blut und Gene stabilisieren die Abgrenzung zwischen In- und Out-Group und sichern die Vorrangstellung des Eigenen vor dem Fremden.“¹⁰

Der britische Rassismusforscher und Soziologe Robert Miles geht in seiner Begriffsdefinition detaillierter vor und kategorisiert Rassismus als Ideologie anhand von zwei Aspekten:

1. *„Gewissen biologischen Merkmalen wird eine Bedeutung zugeschrieben, wodurch sie zum Erkennungs-Zeichen bestimmter Gruppen werden. Statur und Herkunft der Gruppen werden so als natürlich und unveränderlich vorgestellt, das Anderssein der Gruppe erscheint als eine ihr innewohnende Tatsache. Mit anderen Worten, es kommt zum einem Prozess der Rassenkonstruktion.“*
2. *Die so gekennzeichnete Gruppe muß mit zusätzlichen, negativ bewerteten (biologischen und kulturellen) Merkmalen versehen und dargestellt werden, als verursache sie negative Folgen für andere.“¹¹*

Rassismus dient demnach zur Abgrenzung von Menschen und -gruppen untereinander und zwangsläufig als eine Ideologie der Ein- und Ausschließung.¹² Die Abwertung der so gekennzeichneten Gruppe steht zwar im Vordergrund. Der Rassismus sei im Gegensatz zur Rassenkonstruktion aber vielmehr ein Spiegel, in welchem die negativen Merkmale des Anderen als positive Merkmale des eigenen Ich zurückgeworfen würden.¹³

Die vorherrschende Meinung in der deutschen Rassismusforschung geht aber seit Längerem den Weg, ablehnende oder rassistisch

8 vgl. Rommelspacher, Dominanzkultur, 154.

9 Lexikon der Politikwissenschaft, 2:866ff.

10 Ebd., 2:867.

11 Miles, „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“, 359; zitiert in: Robert Miles, Racism and migrant labour (London ; Boston: Routledge & Kegan Paul, 1982), 78f.

12 vgl. Miles, „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“, 359.

13 vgl. Ebd.

diskriminierende Phänomene innerhalb der Gesellschaft nicht als Rassismus sondern als *Feindlichkeit* in Verbindung mit einem Präfix, vor allem als Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit, zu beschreiben. Für eine konkrete Beschreibung dieses Grundrauschens reicht diese „Präfix-Feindlichkeit“ als Begriff nicht aus. Kalpaka und Rätzkel konstatieren beispielsweise, dass nicht alle Ausländer gleichermaßen von den gleichen Diskriminierungen betroffen sind.¹⁴ Der Begriff *Ausländer* ist zudem ein staatsrechtlich definierter und verwendeter Begriff. Ist der *Ausländer*-Status einer Person nach Staatsrecht z.B. durch die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft verwirkt, muss die feindselige Haltung zu den jeweiligen Individuen dies nicht zwangsläufig ebenfalls tun.¹⁵ Diese Menschen seien oftmals trotz dessen weiterhin den gleichen Diskriminierungen ausgesetzt, wie sehr sie auch in der Gesellschaft verankert fühlten.¹⁶

Vielmehr ist deshalb der Begriff *Rassismus* zu verwenden. Er umfasst einen deutlich größeren Kreis an Betroffenen und bietet in den weiteren Spezifikationen des Kultur-Rassismus und der Latenz eine passende Konkretisierung. Er umfasst nach Attia die Gemeinsamkeiten der in Begriffen definierten gesellschaftlichen Phänomene der Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus wie auch der Islamophobie.¹⁷

Warum die Konzentration auf Kultur?

Kulturelle Differenzen spielen beim heutigen Rassismus eine verstärkende, da unterschwellige Rolle, denn Diskriminierung kann in unserer Gesellschaft insbesondere aufgrund des kulturellen Hintergrunds stattfinden.¹⁸

Gerade in der aktuellen Integrationsdebatte treten bei rassistischen Argumentationsmustern Zuschreibungen von Ethnie, religiösem Hintergrund aber auch Kultur in den Vorder-

grund.¹⁹ Dies ist nach Robert Miles ein Prozess der Bedeutungskonstitution: „Bestimmte somatische Merkmale (...) werden bedeutungsvoll aufgeladen und zum Einteilungskriterium von als ‚Rasse‘ definierten Bevölkerungsgruppen gemacht.“²⁰ Dies ist auch auf den Bereich der Kultur anwendbar. Mario Erdheim stellt hierzu folgende Definition auf: „Kultur ist das, was in der Auseinandersetzung mit dem Fremden entsteht. Sie stellt das Produkt der Veränderung des Eigenen durch die Aufnahme des Fremden dar.“²¹ Kultur ist also im Zusammenhang mit Rassismus ein Ausdruck für alle Elemente einer Gruppe, die auch mit anderen Gruppen in Kontakt treten können, in denen Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich werden und Lebensarten aufeinandertreffen. Kultur ist unabgeschlossen, prozesshaft.²² Und doch wird von Rassist/innen Kultur vereinheitlicht und als ein ewig gleiches, nicht mischbares Naturgesetz behandelt. Mit dem Begriff und der Verwendung von *Kultur* werden oftmals Vorbehalte gegenüber andersartigen Menschen ausgedrückt, die bei anderer Wortwahl, die Beschuldigung des/der Rassist/in zur Folge hätten. Diese Gefahr besteht bei *Kultur* nicht. Eine biologische Minderwertigkeit findet in der Debatte selten Erwähnung in der öffentlichen Meinungsbildung und wird tendenziell zügig durch die gesellschaftlichen Eliten unterbunden. Das Aufzeigen kultureller Unterschiede ist gesellschaftlich akzeptierter und damit besser geeignet, insbesondere im konservativ-politischen Spektrum Integrationsdebatten über und mit Migrant/innen zu führen.

Auswirkungen auf den Alltag

Im alltäglichen Umgang haben oftmals die Herkunft von Namen, Religionszugehörigkeit, Aussprache oder Kleidungsstil einen nicht zu missachtenden Effekt auf das Zusammenleben. Schubladendenken dient dabei der eigenen Orientierung und dem moralischem Urteil

14 vgl. Kalpaka und Rätzkel, „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“, 86.

15 vgl. Terkessidis, Die Banalität des Rassismus, 17f.

16 vgl. Attia, Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes, 15.

17 vgl. Attia, Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes, 42.

18 vgl. Hund, Rassismus, 5.

19 vgl. Cremer, „...und welcher Rasse gehören Sie an? Zur Problematik des Begriffs ‚Rasse‘ in der Gesetzgebung“, S.6.

20 vgl. Miles, „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“, 354.

21 Erdheim, „Das Eigene und das Fremde“, 734.

22 vgl. Ebd., 47.

über unsere Umwelt. Dessen Wirkung geht aber auch darüber hinaus. Anhand von diesen Merkmalen werden Andersartige als *fremd* definiert. Dies ist zunächst ein wissenschaftlich nachvollziehbarer allgemein-psychologischer Vorgang, der auf der Selbsterkennung fußt und dazu dient, durch Abgrenzung das eigene Individuelle zu erkennen. Gestörte Selbstwahrnehmung oder gestörtes Selbstbewusstsein kann jedoch diesen Prozess befördern. So wird nicht mehr allein das eigene Individuum durch die Abgrenzung von der Eigenwelt definiert. Die Fremden, so nach Rommelspacher die gängige These der psychologischen Literatur, seien dann nicht mehr „da draußen“, sondern in uns: „Die Angst vor ihnen ist die auf sie projizierte Angst, die wir vor uns selbst haben.“²³ Die *Anderen* werden in die Pflicht und Verantwortung genommen, das eigene Selbst zu befriedigen und dafür im umgekehrten Schluss zu sorgen, dass das projizierende Individuum sich nicht kulturell unwohl, befremdet oder aggressiv fühlt.²⁴ Nicht das Individuum selber hat demnach diese Verantwortung, sondern die um sie existierende Umwelt.²⁵ So entsteht ein Anpassungsdruck, der im Inneren fußt und sich nach außen, dem Fremden, auswirkt. Je höher dabei die Differenz, desto stärker ist der Druck. Das hat Auswirkungen auf den Alltag miteinander, auf den beruflichen wie auch den politischen Prozess. Es ist *ein* Entwicklungsmotor für latenten Kultur-Rassismus.

Fazit

Latenter Kultur-Rassismus ist also aus theoretischer, historischer, sozialwissenschaftlicher und psychologischer Sicht ergründbar. Er wäre im weitesten Sinne auch mit „Alltagsrassismus“ zu umschreiben, ohne den gesamten Umfang zu erreichen. Die Effekte des kulturellen *Anderen* führen zu Ablehnungshaltungen innerhalb

individueller wie auch gesellschaftlich kollektiver Kontakte und Beziehungen.

Latenter Kultur-Rassismus ist der Wegbereiter für Ressentiment-geladene öffentliche Debatten, er ist verantwortlich für soziale und berufliche Ungleichheiten im Zusammenleben und führt zu Spannungen innerhalb und außerhalb gesellschaftlicher Teilhabe. Er führt zu kultureller Hierarchisierung innerhalb der gesellschaftlichen Konstruktion und hat somit eindeutig hemmende Wirkung auf soziale und berufliche Integrationsbemühungen. Die Auswirkungen können reichen von einer vorsichtigeren Begegnung einander im Alltag, hin zu immer wieder geführten Ressentiments-geladenen Diskursen über „Ausländer“ bis zu den Morden der NSU. ■

↳ Erkan Ertan ist Politikwissenschaftler und lebt und arbeitet in Berlin.

Literatur

- Allensbach-Institut. „ifD-Umfrage 10061“. Allensbacher Archiv, September 2010.
- Attia, Iman. Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes: zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Bielefeld: Transcript, 2009.
- Cremer, Hendrik Dr. ...und welcher Rasse gehören Sie an? Zur Problematik des Begriffs „Rasse“ in der Gesetzgebung. Policy Paper 10. Deutsches Institut für Menschenrechte, 2009.
- Erdheim, Mario. „Das Eigene und das Fremde“. *Psyche - Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendung* 46, Nr. 8 (1992): 730-744.
- Hund, Wulf D. *Rassismus*. Bielefeld: transcript, 2007.
- Kalpaka, Annita, und Nora Räthzel. „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“. In *Theorien über Rassismus: eine Tübinger Veranstaltungsreihe*, herausgegeben von Atrata Otger, Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht, und Cornelia Wolf, 85-100. Hamburg: Argument-Verlag, 1989.
- Kalpaka, Annita, und Nora Räthzel. „Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein“: [Rassismus in Politik, Kultur und Alltag]. 1. Aufl. Köln: Dreisam-Verl., 1994.
- Langenbacher, Nora, Hrsg. *Die Mitte in der Krise: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*; [Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung]. Studie. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010.
- Miles, Robert. „Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus“. *Das Argument: Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 31, Nr. 173-178 (1989): 353-367.
- Nohlen, Dieter, und Rainer-Olaf Schultze, Hrsg. *Lexikon der Politikwissenschaft*. Bd. 2. Orig.-Ausg., 4., aktualisierte und erw. Aufl. München: Beck, 2010.
- Rommelspacher, Birgit. *Anerkennung und Ausgrenzung: Deutschland als multikulturelle Gesellschaft*. 1. Aufl. Frankfurt; New York: Campus-Verlag, 2002.
- Terkessidis, Mark. „Die Banalität des Rassismus“: Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript, 2004.

23 vgl. Rommelspacher, Dominanzkultur, 179.

24 vgl. Ebd., 178ff.

25 Hier ist explizit zu betonen, dass Fremde nach dieser These sowohl Minderheiten als auch die Mehrheit einer Gesellschaft darstellen können und die Intensität dieses Phänomens unterschiedlich ausgeprägt ist.

Von Frankreich lernen? Nicht immer hilfreich

von Stephan Klecha



Foto: www.fotolia.com, © ThorstenSchmitt

Natürlich elektrisieren die hohen Beteiligungswerte bei der parteioffenen Wahl von François Hollande zum Präsidentschaftskandidaten der französischen Sozialisten. Martin Ahrens hat das in spw 187 aufgegriffen und fordert von der SPD, in gleicher Weise einen Kanzlerkandidaten auszuwählen. Abgesehen davon, dass man erst einmal mehr als einen offiziellen Kandidaten braucht, kann man grundlegende Argumente dagegen vorbringen. Da wären etwa die amerikanischen Erfahrungen, wonach ökonomische Potenz eines Kandidaten mitunter wichtiger ist als seine politische Kompetenz. Genauso gut wären auch Argumente berechtigt, die eine Entwertung der Parteimitgliedschaft fürchten. Mir scheint aber die Analogie zwischen Deutschland und Frankreich der Hauptschwachpunkt für einen Übertrag zu sein. Es mag zwar durchaus die politische Kreativität fördern, öfter mal den Blick über die Landesgrenzen schweifen zu lassen. Dabei darf man aber die institutionellen und kulturellen Unterschiede nicht außer Acht lassen.

Frankreich ist ein semipräsidentielles System. Spätestens seitdem die Amtszeit des Präsi-

denten synchron zur Legislaturperiode der Nationalversammlung liegt, ist die Direktwahl des Staatspräsidenten die zentrale Abstimmung in der französischen Politik. Die damit vorhandene starke Personalisierung ist zwangsläufig und überträgt sich folgerichtig auf die Parteien. Weil der Präsident nicht durch das Parlament abberufen werden kann und die Außen- und Verteidigungspolitik im Zweifel sogar explizit dem parlamentarischen Einfluss entzogen ist (Domaine réservé), agiert er nach seiner Wahl nämlich recht unabhängig von Parlament und Parteien. Dass die Sozialisten in der Opposition um inhaltliche Plattformen ringen, cachtiert nur unwesentlich, dass die Protagonisten der verschiedenen Positionen die Präsidentschaft im Visier haben. Die bürgerlichen Parteien wiederum gruppieren sich regelmäßig neu, um die eigene Präsidentschaft zu unterstützen. Die Parteien sind quasi das Fußvolk der aktuellen oder künftigen präsidentiellen Elite. Sie sind mehr oder minder Elitenbündnisse mit begrenzter zivilgesellschaftlicher Verankerung.

Wenn man den Front National außenvorlässt, sortiert sich die Parteienlandschaft nun

vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahl und wegen des romanischen Wahlrechts bei der Parlamentswahl notwendigerweise in zwei Lager. Die Lagerbildung hat zur Folge, dass der Kandidat der jeweils dominierenden Partei eines Lagers bei Erreichen der Stichwahl sicher die Unterstützung seines Lagers besitzt. Der Gedanke einer offenen Vorwahl ist also ein Angebot an das eigene Lager. Das hilft den Sozialisten dann den Stimmenanteil ihres eigenen Kandidaten bereits im ersten Wahlgang zu maximieren und eine Katastrophe wie 2002 zu verhindern, als Lionel Jospin die Stichwahl verpasste.

Die Verhältnisse diesseits des Rheins liegen da deutlich anders. In Berlin ist der Kanzler stets abhängig von der parlamentarischen Unterstützung. Koalitionswechsel im Verlauf einer Wahlperiode sind dabei möglich. Die Herausbildung einer regierungsfähigen Konstellation folgt dabei in Deutschland nicht zwingend einer Lagerdichotomie. Begünstigend wirkt hierbei das Verhältniswahlrecht. Ein Bündnis zwischen Rechts und Links (etwa in der Großen Koalition) ist denkbar, während es in Frankreich sowohl kulturell als auch institutionell ausgeschlossen ist. Weil die politischen Lager in Deutschland weitaus fluidere sind als in Frankreich, ergibt die Öffnung einer Partei durch eine Vorwahl aber keinen strategischen Vorteil.

Das besonders starke Gewicht des Parlaments bringt es in der Bundesrepublik mit sich, dass die eine Regierung tragenden Abgeordneten sowohl verantwortlich sind für das ausgewählte Personal als auch für die vollzogene Politik. Sie müssen sich dafür in der Öffentlichkeit, in ihren Unterstützerkreisen und nicht zuletzt in ihrer Partei rechtfertigen. Als Teil einer Regierungsmehrheit sind sie ein zentrales Bindeglied zur Zivilgesellschaft und in die Partei hinein. Ein durch eine Vorwahl legitimierter Kanzler hätte ihnen gegenüber einen strategischen Vorteil, der nicht zum Nutzen ihrer ihn tragenden Partei wäre. Seine besondere

Legitimation ermöglicht es ihm, die Gefolgschaft leichter zu erzwingen. Nun hat die SPD ja ihre Erfahrungen mit Machtworten. Diese konnten bislang nur so stark sein, so schwach die Abgeordneten waren. Bei Vorwahlen besäßen sie aber eine zusätzliche plebiszitäre Berechtigung, gegen die weder selbstbewusste Abgeordnete noch die Partei mit ihren Unterstützernetzwerken schwerlich ankommen.

Unschöner Nebeneffekt wäre, dass sich in einer Koalitionsregierung eine Schiefelage ergäbe. Dieses Maß an zusätzlicher Legitimation kann ein so ins Amt gelangter Kanzler nämlich – wieder in Ermangelung einer klaren Lagerbildung – nicht auf den Koalitionspartner übertragen. Mithin würde nur die den Kanzler tragende Partei geschwächt werden, wohingegen ein Koalitionspartner seine Rolle als Korrektiv der Kanzlerpartei besonders beherzt nutzen dürfte. Wenn man aber eine Stärkung der SPD das Wort redet, dann ist gerade der Charakter einer offenen Vorwahl ein Instrument, welches die anschließend regierende Partei nachhaltig schwächt.

Es mag sein, dass unter den Bedingungen des französischen Regierungssystems, offene Vorwahlen für die sozialistische Partei sinnvoll sind. Für die deutsche Sozialdemokratie erscheint das Modell jedoch wenig förderlich zu sein. Das gilt insbesondere dann, wenn die Partei in Gänze und nicht nur ein Teil ihrer Eliten zivilgesellschaftlich verankert werden soll. ■

↳ Dr. Stephan Klecha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung und lebt in Hannover.

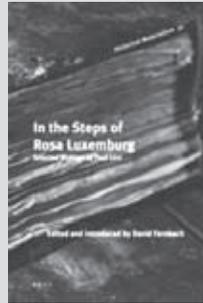
Rezension: Ausgewählte Schriften von Paul Levi auf Englisch

von Thilo Scholle

Paul Levi zählt zu den wichtigsten Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik.¹ Seine zwischen 1923 und 1928 erschienene Zeitschrift „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ ist eines der Vorbilder für unsere aktuelle „spw“.² Um seine Person und sein Wirken ist es publizistisch in den letzten Jahren allerdings sehr ruhig geworden. Umso interessanter ist die vorliegende englischsprachige Neuerscheinung, die im Rahmen der Buch-Edition der internationalen Zeitschrift „Historical Materialism“ veröffentlicht wurde.

Die Auswahl der Texte bezieht sich vor allem auf Paul Levis Zeit in der KPD. In einer ausführlichen Einleitung gibt der Herausgeber David Fernbach einen kurzen Abriss von Levis Biographie sowie eine ausführlichere Einordnung der Bedeutung Levis vor allem im Kontext der kommunistischen Arbeiterbewegung. Insgesamt gibt die Einleitung dem/ der englischsprachigen Lesenden einen guten Einblick in die Schwerpunkte von Levis Denken. Schade ist der sprachliche Lapsus, Levis Zeitschrift hier als „Sozialistische und politische Wochentliche“ vorzustellen.

Fernbach sieht die Spartakisten in der Prägung Rosa Luxemburgs und Paul Levis als den an der sowjetischen KP orientierten Teilen der Partei sowohl in Fragen der politischen Analy-



In the Steps of Rosa Luxemburg
Selected Writings
of Paul Levi
Edited and introduced
by David Fernbach
Historical Materialism
Book Series, Volume 31
Brill Publishers,
Leiden/ Boston 2011
349 Seiten, 99 €

se wie auch der politischen Strategie deutlich überlegen an, da sie ihr politisches Handeln aus den tatsächlichen gesellschaftlichen Situationen und tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten entwickelten. Zur Illustration dieser These finden sich im Band mehrere Texte Levis zu den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD über den politischen Kurs, vor allem über die (Nicht-)Teilnahme an Wahlen sowie die Provokation von Aufständen zur Einleitung einer neuen revolutionären Welle in Deutschland. Mit seiner Auswahl der Texte legt der Band damit einen anderen Schwerpunkt als die auf Deutsch zugängliche Sammlung, die Levi vor allem als Politiker zwischen KPD und Sozialdemokratie vorstellte.³ Zugleich werden so einige Artikel Levis zugänglich, die auf Deutsch – soweit ersichtlich – nur im Original, nicht aber in einem Nachdruck vorliegen. Gerade diese Texte sind sehr spannend, zeigen sie doch Levi als politischen Denker, der für innerparteiliche Demokratie Stellung bezieht, und sich als scharfsinniger Analytiker der politischen Lage in der Weimarer Republik erweist.

Es ist erfreulich, dass mit der vorliegenden Ausgabe nun dem/der englischsprachigen Lesenden wichtige Texte Levis zugänglich gemacht wurden. Es wäre ein lohnenswertes Unterfangen, auf Deutsch eine umfassende Edition der Schriften Paul Levis zu organisieren. ■

↳ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

1 Vgl. zum Leben Paul Levis z.B. Charlotte Beradt, Paul Levi – ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/ Main 1969; Sybille Quak, Geistig frei und niemandes Knecht – Paul Levi/ Rosa Luxemburg, politische Arbeit und persönliche Beziehung, Frankfurt/ Main 1986; Reinhold Rünker/Thilo Scholle, Linksozialist in der SPD zu sein..., in: spw 142, 2005; Michael Krätke, Der letzte Ritter, in: spw 100, 1998.

2 Vgl. zur Geschichte der spw Klaus-Peter Wolf, Unsere Zeitschrift, in: spw 1, 1978; Thilo Scholle, 85 Jahre „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ in: spw 165, 2008; ders., 80 Jahre Klassenkampf. Zur Geschichte der SPW nach 1928, in: spw 167, 2008.

3 Charlotte Beradt (Hrsg.), Paul Levi. Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Frankfurt/ Main 1969.

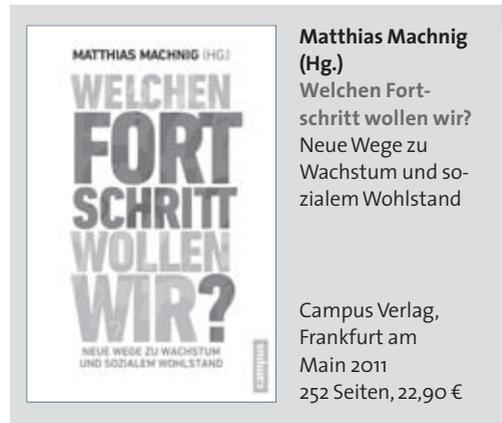
Rezension: Welchen Fortschritt wollen wir?

von Thilo Scholle

Das Jahr 2011 hatte für die SPD inhaltlich spannend begonnen: Allerdings wurde die auf der Klausurtagung des Parteivorstands begonnene Diskussion über das Papier „Neuer Fortschritt und mehr Demokratie“ bald wieder beendet, die auch in der politischen Publizistik gelegte Fährte für eine programmatische Diskussion versandete so wieder. Dabei hatte die Idee, die SPD zum Zentrum der Diskussion über gesellschaftlichen Fortschritt zu machen, durchaus ihren Reiz. Nach Jahren einer Diskussion über „Reformen“, die die meisten Menschen eher mit einer Verschlechterung als mit einer Verbesserung ihrer Lebenssituation in Verbindung brachten, sollte so wieder ein deutlich optimistischerer Leitbegriff für das eigene politische Handeln geprägt werden.

Kritisiert wurde bereits damals, dass der Begriff „Fortschritt“ allein nichts über die Richtung der Bewegung aussagen würde, entscheidend sei vielmehr zu bestimmen, „welchen Fortschritt“ wir denn wollen. Ein wichtiger Diskussions- und Kritikpunkt gerade auf der politischen Linken war in diesem Zusammenhang der Vorwurf, Fortschritt immer mit (ökonomischem) Wachstum verbinden zu wollen, und damit der Endlichkeit der Ressourcen und der ökologischen Belastung der Umwelt nicht ausreichend Rechnung zu tragen.

Vor diesem Hintergrund stellt Matthias Machnig mit dem Titel seines Buches „Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand“ die richtige Leitfrage. Die im Band versammelten 20 Beiträge nähern sich dieser Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven. Einleitend postuliert Machnig, ein neues Fortschrittsverständnis müsse als Ausgangspunkt den Menschen in den Blick nehmen und die Frage nach einem guten Leben wieder in den Mittelpunkt stellen. Zentral sei, „die heute entscheidenden



Matthias Machnig (Hg.)
Welchen Fortschritt wollen wir?
 Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand

Campus Verlag,
 Frankfurt am
 Main 2011
 252 Seiten, 22,90 €

politischen Richtungsfragen zu stellen und damit Grundüberzeugungen in politische Forderungen zuzuspitzen“.

Vor diesem Hintergrund fällt eine Bewertung der Beiträge im Band zwiespältig aus: Mit der grundsätzlichen Frage, was „Fortschritt“ eigentlich in der politischen Theorie bedeuten kann, und welche „Grundüberzeugungen“ denn im oben beschriebenen Sinne dabei helfen könnten, „politische Forderungen zuzuspitzen“ setzt sich nur ein Teil der Autorinnen und Autoren auseinander.

So liefern beispielsweise die Artikel von Bertold Huber, Christoph Butterwegge, Karl Brenke, Michael Hartmann, Gerhard Bäcker, Gerhard Bosch, Claudia Weinkopf, Michael Vassiliadis und Volker Hauff durchaus lesenswerte und pointierte Beschreibungen vor allem der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte. Wirklich „neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand“ werden aber nicht beschrieben, und auch die Einordnung der beschriebenen Entwicklungen vor einem allgemeinen politisch-theoretischen Hintergrund bleibt äußerst knapp.

Daneben finden sich aber auch Artikel, die sich dem vom Herausgeber formulierten An-

spruch an das Thema stärker zuwenden. Sigmar Gabriel nennt in seinem Beitrag „die Balance“ von wirtschaftlichem Wachstum auf der einen und sozialem Ausgleich und sozialer Sicherheit auf der anderen Seite als Kern der „sogenannten sozialen Marktwirtschaft“. Vor diesem Hintergrund sei „ein neues sozialdemokratisches Fortschrittskonzept“ nicht ohne Zumutungen für die wirtschaftlich und gesellschaftlich privilegierten zu haben. Mit seinem Artikel gibt Gabriel einige Argumente aus der ursprünglichen Diskussion rund um das Papier des Parteivorstands wieder, es bleibt schade, dass von Seiten des PV die beginnende innerparteiliche Diskussion über das Thema nicht weiter unterstützt wurde.

Lesenswert ist auch der Artikel von Claus Offe, der bereits mit dem Titel des Beitrags „Was, wenn überhaupt, können wir uns heute unter politischem ‚Fortschritt‘ vorstellen“ etwas gegen den Stachel löckt. Im Mittelpunkt des Beitrags steht eine Diskussion der bisherigen „Kosten des Fortschritts“, vor allem im Hinblick auf Umwelt und Ressourcenverbrauch. Offe stellt fest, „Fortschritt“ könne in diesem Sinne schon sein, wenn „Rückschritt“ ausgeschlossen werde, wirtschaftliches Wachstum und Vollbeschäftigung erzeugten Folgen, die gesellschaftlich nicht gewünscht sein könnten. Offe plädiert daher für ein „defensives Fortschrittskonzept“, dass zwischen einem „Bruttowert“ des quantitativen Wachstums und einem „Nettowert“ des qualitativen Wachstums unterscheidet. Sogrenzt sich Offe letztlich dann doch klar von einer Position des „geordneten Schrumpfens“ der Ökonomie ab, und bietet ein differenziertes wachstumskritisches Konzept, das die Tür für eine Diskussion über soziales Wachstum offen hält.

Albrecht von Lucke stellt in seinem Beitrag die Forderung nach „Mehr Gleichheit“ als sozialdemokratische Kernaufgabe in den Fokus. Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Gleichheit sind die Begriffe, die für von Lucke das sozialdemokratische Handeln prägen sollten. Von Lucke fordert die SPD dabei auf, wieder an einen gesellschaftsverändernden Kurs, der für ihn bei-

spielsweise in der Politik von Willy Brandt in den 1970er Jahren zumindest dem Anspruch nach bestanden habe, anzuknüpfen.

Für weitere Diskussionen mit am wichtigsten ist der Beitrag von Benjamin Mikfeld, der vor allem die Frage nach den Rahmenbedingungen für gesellschaftliche Hegemonie eines Fortschrittsprojekts aufwirft. Teil dieses hegemonialen Projekts sollten dabei drei „Fortschrittsversprechen“ sein: ein „Partizipationsversprechen“, ein „Prosperitätsversprechen“, sowie ein „Gerechtigkeits- und Sicherheitsversprechen“. Alle drei „Versprechen“ führt Mikfeld im Text weiter aus. Zudem müsse die Linke einen inklusiven, republikanischen Bürgerbegriff prägen, der mit der Forderung nach einer Stärkung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bürgerrechten verbunden sei müsse. Ein politisches „Wir“ könne es zudem nur geben, wenn es auch ein politisches „Außen“ gebe, sprich alternative Gesellschaftskonzepte definiert werden, von denen man sich scharf abgrenze. Damit gelingt Mikfeld als einem der wenigen Autoren des Bandes die Verbindung einer Beschreibung von politisch-programmatischen Zielen mit der Skizzierung einer politischen Strategie.

Klar ist, dass weder „Fortschritt“ noch „Wachstum“ für sich genommen als Beschreibung politischer Programmatik ausreichend sind, sondern inhaltlich gefüllt und ausbuchstabiert werden müssen. Insgesamt bietet der Band eine Mischung aus diversen eher allgemein interessanten Beiträgen sowie einigen Texten, die in der Tat Ausgangspunkt für weitere Diskussionen über Ziele und Wege eines „neuen Fortschritts“ sein könnten. Deutlich wird, dass „sozialer Wohlstand“ und Wachstum für die politische Linke nur dann gesellschaftliche Wirkmächtigkeit erlangen können, wenn konzeptionell wie im Beitrag von Mikfeld politisch-programmatische und politisch-strategische Dimensionen zusammengebracht werden. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Sozialistische Reformdiskurse: gerecht, emanzipatorisch und demokratisch

Frühjahrstagung der spw vom 27. – 28. April 2012 in Springe

Am letzten April-Wochenende wird die diesjährige spw-Frühjahrstagung in Springe stattfinden und sich „Sozialistischen Reformdiskursen“ widmen.

Eingebettet in die Hegemonie des Neoliberalismus schienen Reformdiskurse in den letzten drei Dekaden immer nur eine Richtung zuzulassen: ein Mehr an Liberalisierung und Entstaatlichung. Anderes wurde als rückwärtsgewandt, sozialromantisch oder als beharrend diffamiert.

Es gilt zu fragen: Wie kann es gelingen, den Reformbegriff wieder positiv, also progressiv zu wenden und in welchen Diskurs um Freiheit und Gerechtigkeit gilt es ihn glaubwürdig einzubetten? Darüber hinaus: Wie können die gegenwärtigen progressiven programmatischen Rückbesinnungen und Weiterentwicklungen der SPD auch in Regierungsverantwortung noch Gültigkeit erfahren und Wirksamkeit entfalten? Und welche Wege könnten zurück zur gesellschaftlichen Hegemonie führen?

Damit der Kompass der Sozialdemokratie nicht wie in der Vergangenheit erneut verloren geht und die Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit und Vertrauen in programmatischer und strategischer Hinsicht gelingen, widmet sich die diesjährige Frühjahrstagung der spw am Vorabend der Weichenstellungen zur Bundestagswahl 2013 den Anforderungen an sozialistische Reformdiskurse und den Möglichkeiten der Einflussnahme der gesellschaftlichen Linken auf die SPD.

Als Referenten konnten mit Dr. Michael Vester, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hannover und Leiter

der Forschungsgruppe Habitus und Milieu, und Dr. Matthias Micus, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung, zwei profilierte Wissenschaftler der Forschung zur Sozialdemokratie gewonnen werden.

- ▶ **Wann:** 27.–28. April 2012
- ▶ **Wo:** HVHS Springe, Kurt-Schumacher-Straße 5, 31832 Springe
- ▶ **Veranstalter:** spw-Förderverein
- ▶ **Anmeldung:** Möglichst bis zum 20. April 2012 an verein@spw.de
- ▶ **Teilnahmebeitrag:** kostenfrei für Mitglieder, 50 Euro für Nicht-Mitglieder
- ▶ **Weitere Informationen:** Vollständiges Programm und Hinweise auf www.spw.de

Argumente-Hefte „Marx Heute“ Teil 1 & Teil 2 erschienen

Zum Jahreswechsel sind die beiden neuesten Ausgaben der Argumente-Hefte des Juso-Bundesverbandes erschienen (3/ 2011 und 4/ 2011). Die Doppelhefte „Marx Heute“ dienen einerseits der Vergegenwärtigung zentraler Ansätze und Begriffe der Marx'schen Gesellschaftsanalyse. Andererseits möchten sie aber nicht nur Einblicke in Ideen und historische Bedeutung von Karl Marx geben, sondern eben so sehr – wie der Titel bereits andeutet – nach der Weiterentwicklung und Aktualität seiner Schriften fragen.

Zu den AutorInnen zählen unter anderem Thilo Scholle, Jan Schwarz, Tobias Gombert, Klaus Körner, Andreas Fisahn, Ulrich Brand, Rosemarie Will oder Rainer Winter.

Beide Ausgaben sind über den SPD-Shop beziehbar, können aber ebenso auf www.jusos.de/materialien/argumente-hefte **kostenfrei** heruntergeladen werden.

DL 21 Aktuell: Die Verteilungsfrage ins Zentrum rücken



Die Beantwortung der Verteilungsfragen muss wieder im Mittelpunkt der SPD-Politik stehen. Grundlage hierfür sind die Beschlüsse des letzten Bundesparteitages. Die SPD muss ihr Versprechen der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand und der Möglichkeit des sozialen Aufstiegs erneuern und dies mit ihrer Politik deutlich machen. Die Folgen des entfesselten Finanzmarktkapitalismus der letzten Jahrzehnte werden immer deutlicher: für den überwiegenden Teil der Bevölkerung werden die Chancen auf eine gut bezahlte Arbeit, auf eine anständige Rente und auf einen guten Start für ihre Kinder immer geringer. „Es zeigt sich, dass ein System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert“, formulierte der konservative britische Journalist Charles Moore im August 2011.

Diese von vielen gefühlte wachsende Ungleichheit wird durch die unten angefügten Daten belegt: der Verteilungsbericht des DGB, der Armutsbericht 2011 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes oder auch die im Dezember veröffentlichte OECD-Studie machen deutlich, dass sich die soziale Spaltung durch die Finanzmarktkrise vertieft hat und dass diese soziale Spaltung auch unterschiedliche Zugänge zu Versorgungssystemen wie der Gesundheitsversorgung und Energieversorgung betrifft. Klar belegbar ist auch, dass mit der zunehmenden Ungleichverteilung der Einkommen, Vermögen, Zugänge und Chancen gesellschaftliche Probleme wie Angst, Gewalt, Depression, soziale Verwahrlosung bei Armen und Reichen zunehmen und den sozialen Zusammenhalt und das Fundament der Demokratien gefährden. Dagegen macht mehr Gleichheit und damit mehr Gerechtigkeit eine Gesellschaft insgesamt friedlicher, glücklicher und festigt demokratische Strukturen.

Daher muss Gerechtigkeit, vor allem soziale Gerechtigkeit und damit die Verteilungsfrage im Zentrum der SPD-Politik stehen. Die SPD muss ihr Versprechen auf Teilhabe aller am Wohlstand und die Möglichkeit des Aufstiegs erneuern und konsequent auf der Grundlage des letzten Bundesparteitages Verteilungsgerechtigkeit als zentrales Anliegen ihrer politischen Ziele und Maßnahmen deutlich machen:

- Durch sozialdemokratische Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik.
- Durch eine sozialdemokratische Bildungsoffensive.
- Durch einen starken Sozialstaat und Stärkung des öffentlichen Sektors.
- Durch gerechtere Steuern und eine Finanzpolitik, die Gerechtigkeit über die Interessen weniger stellt.

Die Beantwortung alter und neuer Verteilungsfragen soll auch in unserem „Dialog linke Programmbausteine“ Schwerpunkt werden. Das Forum DL21 will zusammen mit seinen Mitgliedern linke Programmbausteine für ein sozialdemokratisches Regierungsprogramm erarbeiten. Dieser Dialog soll auf unterschiedlichen Ebenen geführt werden. Die Auftaktveranstaltung für diesen Prozess wird die **DL21-Frühjarstagung am 28. April 2012 in Frankfurt am Main** sein.

Weitere Informationen und Daten zur Verteilungsfrage sowie zu unserem „Dialog Linke Programmbausteine“ sind auf www.forum-dl21.de zu finden. ■

Fünf Fragen an... Burkhard Zimmermann



↳ Burkhard Zimmermann

Foto: privat

Burkhard Zimmermann (Jahrgang 1950) ist Diplom-Politologe und seit 1970 SPD-Mitglied. Seit fast 30 Jahren ist er Ortsvereinsvorsitzender in (Berlin-)Dahlem, aktuell ist er außerdem stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Jugend der Berliner SPD, Leiter des AK Frieden der DL21, Mitkoordinator der ostdeutschen SPD-Linken und engagiert sich in der politischen Bildung und Kulturarbeit. Zuvor war er unter anderem Landesvorsitzender der Berliner Jungsozialisten, als Klaus-Uwe Benneter ausgeschlossen wurde. Zwei Jahre war er Koordinator des Hannoveraner Kreises. Er arbeitete an den Herforder Thesen mit und war Mitgründer der SPW sowie zeitweise einer ihrer Herausgeber.

spw: Welche Juso-Debatten Deiner aktiven Zeit sind für dich heute noch wichtig?

» **B.Z.:** Vieles hat sich geändert: es gibt die Sowjetunion nicht mehr, China, Indien und Lateinamerika spielen eine wesentlich wichtigere Rolle, als damals vermutet. Die Bündnispolitik hat sich verändert: drohte uns damals die Bundes-SPD doch nicht nur wegen Zusammenarbeit mit Kommunisten in der Friedensbewegung oder bei der Ablehnung der Berufsverbote mit Ausschluss, sondern auch als wir Menschenrechtsverstöße bei uns im Land kritisierten (Stichwort „Russel-Tribunal“).

Ich erinnere mich an die unsinnigsten Diskussionen mit der Landes- oder Bundes-SPD wegen der Zensur unserer Juso-Infos (bis hin zu Parteiordnungsverfahren). Eigentlich aber sind alle Fragen von damals heute aktuell:

- wir haben es damals Stamokap genannt, heute heißt das anders, aber die Kernthemen sind dieselben: heute diskutieren wir öffentlich die Fragen von Vergesellschaftung von Banken; über Finanzkrisen und Finanzkapital;
- wir wollten die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften intensivieren – und wollen dies auch heute wieder in der Partei durchsetzen;
- Internationalismus erzwingt den Blick auf Lateinamerika und andere Regionen, die Nahrungsspekulation ist beispielsweise aktueller und brisanter denn je;
- Nachhaltigkeit und Umweltpolitik waren unsere Themen; die Notwendigkeit und Erkenntnis des Atomausstiegs mussten wir erst in der Partei durchsetzen;
- das Ende des Kalten Krieges hat Krieg wahrscheinlicher und immer näherkommend gemacht, Friedenspolitik wird noch wichtiger.

Wichtig waren immer die Zusammenarbeit von parteipolitischer und parlamentarischer Bewegung sowie die Arbeit im außerparlamentarischen Bereich in und mit den sozialen Bewegungen.

spw: Du hast eine der letzten großen Veranstaltungen in der SPD mit Wolfgang Abendroth organisiert. Wie würdest Du die Rolle von Wolfgang Abendroth für die SPD-Linke damals beschreiben?

» **B.Z.:** Ja, wir haben es geschafft, eine große Veranstaltung meines SPD-Unterbezirkes Berlin-Zehlendorf mit Wolfgang Abendroth zu organisieren. Das war richtig klasse; wir haben es im großen Gemeindesaal der alten Dahlemer Kirchengemeinde von

Martin Niemöller durchgeführt. Es war knackend voll und sehr beeindruckend.

Wolfgang Abendroth war für uns JUSO-Linke und weite Teile der SPD-Linken sehr wichtig. Das galt leider nicht für alle SPD-Linken. Sein großer Widerpart war ja leider Peter von Oertzen, der Wolf Abendroth immer wieder in die DKP-Ecke schieben wollte. Wolfs Frau Lisa war damals lange Jahre im Unterbezirksvorstand der Frankfurter SPD. Beide waren sehr interessiert und engagiert an unserer Arbeit, sie gaben wichtige Impulse bei der Erarbeitung der Herforder Thesen. Wolf diskutierte da ja auch öffentlich mit. Öfters habe ich bei Abendroths in Frankfurt übernachtet und hatte das Privileg, mit beiden lange politisch zu diskutieren. Wolf begleitete uns kritisch, legte großen Wert auf die Arbeit in der SPD, und ich hatte das Gefühl, er hätte gerne dabei mitgewirkt. Wir kannten seinen Alternativentwurf zum Godesberger Programm und kannten die Namen der Gegenstimmen zum Godesberger Programm 1959. Wolfs Bücher – vor allem sein autobiographisches „Leben in der Arbeiterbewegung“ – faszinierten uns alle.

spw: In den letzten Jahren hat wieder eine vermehrte Beschäftigung mit dem Werk Abendroths eingesetzt. Was glaubst Du lässt sich auch heute noch von Abendroth lernen?

» **B.Z.:** Erfreulicherweise ist Wolf nicht vergessen. Wir können heute noch von seiner klaren Analyse lernen. Als ich Wolf kennenlernte, war er faktisch blind. Wie er politische Analysen schriftreif vortrug, war faszinierend. Er analysierte ökonomische Zusammenhänge und er formulierte den Dreierschritt des Erfurter Programms: Analyse, Zielperspektive und Zwischenschritte. Das konnten wir als Möchte-Gern-Marxisten in der SPD von ihm lernen – und können es heute noch – hoffentlich – beherzigen. Das lehrte uns „revolutionäre Ausdauer“.

spw: Du bist in der Koordinierung der SPD-Linken in den ostdeutschen Bundesländern

aktiv. Welche politischen Herausforderungen stehen dort im Mittelpunkt?

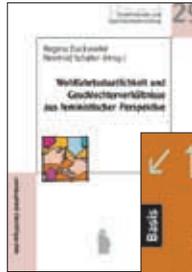
» **B.Z.:** Das Dilemma der ostdeutschen SPD liegt darin, dass sie mit ihren immer noch zu wenigen Mitgliedern überall Verantwortung haben. Die aktiven GenossInnen haben überall kommunale Funktionen inne – und damit objektiv wenig Zeit sich um andere als kommunal- oder landespolitische Fragen zu kümmern. Hinzu kommen eine große Zahl von Ministerial-/Bundestags-/Landtagsmitarbeitern sowie hauptamtlichen städtischen und SPD-Mitarbeitern sowie ihr Umfeld. Das lähmt vielfach weitergehende, die SPD-Politik hinterfragende politische Arbeit. Das Bachelor/Master-Studium erschwert zusätzlich den Aufbau nachhaltiger JUSO-Strukturen. Politische AktivistInnen werden leicht aufgesogen in Teilzeitbeschäftigung oder ihren anderen Funktionen.

spw: Was glaubst Du sind die größten Herausforderungen für die SPD im Jahr 2012?

» **B.Z.:** Wir brauchen eine nachhaltige und glaubwürdige Oppositionspolitik. Unsere eigenen Fehler unter Rot-Grün müssen wir benennen und korrigieren. Die Antworten, mit denen wir jetzt in die Bundestagswahl gehen, müssen wir danach auch durchhalten und nicht auf dem Koalitionstisch opfern. WIR haben Finanzmärkte liberalisiert und Daseinsfürsorge entstaatlicht, jetzt brauchen wir glaubwürdige Konzepte von gesellschaftlich kontrollierten öffentlichen Bereichen. Wir brauchen natürlich eine Vermögenssteuer und eine Vermögensabgabe. Wir haben Sozialabbau betrieben und tragen Verantwortung für Kinderarmut und in wenigen Jahren für grassierende Altersarmut. Wir müssen genossenschaftliche Perspektiven fördern, wo wir nur können, ohne die Illusion zu haben, damit das System zu überwinden. Wir brauchen die aktive Beteiligung der Menschen an demokratischen Prozessen, die Mitarbeit in sozialen Bewegungen. ■

☞ Das Interview führte Thilo Scholle.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Post-Neoliberalismus?
Ulrich Brand
224 Seiten; € 13,80

»Das Kapital« kompakt
Georg Fülberth
123 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 2

Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnisse aus feministischer Perspektive
Regina-Maria Dackweiler / Reinhild Schäfer (Hrsg.)
248 Seiten; € 27,90

Feminismus
Gisela Notz
131 Seiten, € 9,90

Prämienpaket 3

VielfachKrise
Alex Demirović / Julia Dück / Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)
232 Seiten; € 16,80

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Heiner Ganßmann
229 Seiten; € 19,90

Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
 - Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
 - Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
 - Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____ Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____
- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____
- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 432 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.